Stenographischer Bericht

10. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XI. Gesetzgebungsperiode – 14. Juli 1987

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt: Landesrat Dr. Heidinger, Abg. Gottlieb, Abg. Prieschl, Abg. DDr. Steiner.

1. a) Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 247/1, der Abgeordneten Pörtl, Präsident Klasnic, Schrammel, Göber, Dr. Lopatka und Schweighofer, betreffend den Ausbau der Lärmschutzeinrichtungen entlang der A 2 durch die verbauten Gebiete Aural, Nestelbach, Nutzenfeld, Sebersdorf, Buch, Geiseldorf, Schölböng, die durch den Autobahnbau eine enorme Lärmbelastigung zu tragen haben (562);

Antrag, Einl.-Zahl 249/1, der Abgeordneten Harmtoldt, Neuhold, Kröll und Dr. Hirschmann, betreffend die Erhöhung der Förderung für den steirischen Sängerbund beziehungsweise die Gesangsvereine in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 250/1, der Abgeordneten Buchberger, Pörtl, Fuchs, Neuhold, Schrammel, Grillitsch, Schwab und Schweighofer, betreffend Maßnahmen gegen die steigenden Agrarimporte;

Antrag, Einl.-Zahl 251/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Freitag, Minder, Gennaro und Genossen, betreffend die Weiterführung berufs begleitender Maßnahmen durch das Sozialministerium;

Antrag, Einl.-Zahl 253/1, der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Minder, Meyer, Ofner Franz, Ofner Günther, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 1974;

Antrag, Einl.-Zahl 254/1, der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Meyer, Minder, Ofner Franz, Ofner Günther, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Einbindung der legislativen Körperschaften in die Tätigkeit der ARGE Alpen-Adria;

Antrag, Einl.-Zahl 261/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammländer, betreffend die Erfüllung der Förderungsrichtlinien für wasserbauliche Maßnahmen beziehungsweise zur Novellierung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976 in der Fassung 79/1985;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 128/3, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammländer, betreffend die finanzielle Förderung des Trinkwasserverbandes „Schöckl Alpenquell Ges. m. b. H.“, Sitz Gemeinde Kumberg;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 262/1, betreffend Bezirkshauptmannschaft Leibnitz, Wohnversorgung für den Bezirkshauptmann, Ankauf der Wohnung von Frau Kraner, Konradweg 8, 8430 Leibnitz, zu einem Barkaufpreis von 950.000 Schilling, Rückzahlung der Landesdarlehen in Höhe von 397.615,65 Schilling und Übernahme der aushaftenden Sparkassendarlehen von 277.642,20 Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 263/1, betreffend die Einholung einer Ermächtigung zur zusätzlichen Aufnahme von Darlehen beziehungsweise zur Durchführung von sonstigen Finanzoperationen bis zu einer

Höhe von 200 Millionen Schilling zur Aufstockung des Ansatzes 1/970009 „Allgemeine Verstärkungsmittel“, damit die Sicherstellung der Finanzierung von anfallenden unabwendbaren zusätzlichen Bedekungsmaßnahmen im Landeshaushalt 1987 gegeben ist;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 264/1, über die Bedekung außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1986 auf Grund des Rechnungsabschlusses 1986;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 265/1, betreffend Grundeinlösung von Ing. Ernst Tagger für das Bauvorhaben Nr. 310186 „Annengraben“ der L 329, Rinnegger Straße;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 266/1, betreffend Grund- sowie Objektseinlösung Gosch, KG. Sonnberg, EZ. 43, Gemeinde Tragöß, für das Bauvorhaben „Pichl-Großdorf der L 111, Tragößter Straße;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 267/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Betriebsliegenschaft EZ. 212, 346 und 394, je KG. Leoben Waasen, GB. Leoben, im unverbürgten Flächenausmaß von 12.483 Quadratmeter mit darauf befindlichen Baulichkeiten und fest verbundenen Anlagen an die Leobner Maschinen- und Montagebau Ges. m. b. H., Vordernberger Straße 53, 8700 Leoben;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 268/1, über die Bedekung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1987 (3. Bericht für das Rechnungsjahr 1987);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 269/1, betreffend den käuflichen Erwerb der landeseigenen Liegenschaft EZ. 1229, KG. Fürstenfeld, GB. Fürstenfeld, im unverbürgten Flächenausmaß von 5522 Quadratmeter samt Baulichkeiten um einen Kaufpreis von 1,5 Millionen Schilling an die Firma Peter Scheibelhofer, Jahngasse Nr. 5, 8280 Fürstenfeld beziehungsweise an Herrn Peter Scheibelhofer;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 30/5, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und Göber, betreffend die Begründung einer Änderung der Amtsarzt Ausbildung;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 147/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Göber und Pußwald, betreffend Richtlinien für das Labor- und Pflegepersonal zum Schutz gegen Aidsinfektion.

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 270/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Gebarungsüberprüfung 1986 bei der Zellstoff-Pöls AG., Pöls, zwecks Feststellung der Ursachen der Verluste sowie die hiezu abgegebene Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 64/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Dr. Dorfer, betreffend die Übertragung der Bewährungshilfe an den „Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit“ durch das Bundesministerium für Justiz;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 34/4, zum Antrag der Abgeordneten Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Dr. Lopatka und Harmtoldt, betreffend das Verbot von Phosphaten und sonstigen gefährlichen Umweltchemikalien in Wasch-, Spül- und Reinigungsmitteln und rasche Verabschiedung des Chemikaliengesetzes;

Antrag, Einl.-Zahl 232/1, der Abgeordneten Kammländer und Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976 in der Fassung LGBl. Nr. 79/1985 und des Steiermärkischen Geländefahrzeuggesetzes, womit Motorsportveranstaltungen im freien Gelände verboten und auf Straßen im Freiland beschränkt werden sollen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 72/4, zum Antrag der Abgeordneten Göber, Präsident Klasnic, Prof. Dr. Eichtinger und Pinegger, betreffend die Gleichstellung von Ehefrauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (563).

1. b) Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 247/1, 249/1, 250/1, 251/1, 253/1, 254/1, und 261/1, der Landesregierung (562);

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 128/3, 262/1, 163/1, 264/1, 265/1, 266/1, 267/1, 268/1 und 269/1, dem Finanz-Ausschuß (563);

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 30/5 und 147/3, dem Ausschuß für Gesundheit (563);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 270/1, dem Kontroll-Ausschuß (563);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 64/4, dem Sozial-Ausschuß (563);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 34/4, und Antrag, Einl.-Zahl 232/1, dem Ausschuß für Umweltschutz (563);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 72/4, dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß (563).

1. c) Antrag:

Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro und Genossen, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes (564).

2. Bericht des Gemeinde-Ausschusses, Einl.-Zahl 246/2, Beilage Nr. 17, über den Antrag der Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka, Pußwald, Neuhold und Schwab, Einl.-Zahl 246/1, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Abfallbeseitigungsgesetzes 1974.

Berichterstatter: Abg. Pinegger (564).

Redner: Abg. Kröll (565), Abg. Dr. Strenitz (567), Abg. Mag. Rader (570), Abg. Kammländer (573), Abg. Dr. Maitz (574), Abg. Dr. Hirschmann (576), Abg. Hammerl (579), Abg. Dr. Maitz (580), Abg. Ofner Günther (581), Abg. Grillitsch (583), Abg. Reicher (584), Abg. Fuchs (585), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (587), Präsident Abg. Wegart (587), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (587), Abg. Pußwald (591), Abg. Sponer (592), Abg. Trampusch (594), Abg. Dr. Kalnoky (598), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (599), Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (604), Abg. Mag. Rader (605), Landeshauptmann Dr. Krainer (605).

Ablehnung eines Antrages (609).

Annahme von Anträgen (609).

Ablehnung eines Antrages (609).

3. Bericht des Gemeinde-Ausschusses, Einl.-Zahl 248/2, Beilage Nr. 18, über den Antrag der Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka und Schwab, Einl.-Zahl 248/1, betreffend die Novellierung der Steiermärkischen Bauordnung.

Berichterstatter: Abg. Pinegger (609).

Redner: Abg. Kammländer (610), Abg. Mag. Rader (611), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (612), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (614).

Annahme eines Antrages (615).

Ablehnung eines Antrages (615).

Annahme von Anträgen (615).

Ablehnung eines Antrages (615).

Beginn der Sitzung: 10.25 Uhr.

Präsident Wegart: Hohes Haus!

Heute findet die 10. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode als außerordentliche Tagung statt.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 2 des Landesverfassungsgesetzes hat der Präsident, wenn es mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Landtages verlangt, den Landtag binnen fünf Tagen zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen.

Am 9. Juli 1987 wurde ein diesbezüglicher Antrag der Abgeordneten Bacher, Buchberger, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Fuchs, Göber, Grillitsch, Harmtodt, Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Kanduth, Präsident Klasnic, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Purr, Pußwald, Schweighofer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, DDr. Steiner und Ing. Stoisser auf Einberufung zu einer außerordentlichen Tagung des Landtages gemäß Paragraph 13 Absatz 2 Landesverfassungsgesetz in der Landtagspräsidialkanzlei eingebracht.

Deshalb wurde von mir die heutige Sitzung einberufen.

Ich begrüße daher alle Erschienenen, im besonderen die Regierungsmitglieder mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze, sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind Herr Landesrat Dr. Helmut Heidinger und die Herren Abgeordneten Gottlieb, Prieschl und DDr. Steiner.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

der Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 247/1, der Abgeordneten Pörtl, Präsident Klasnic, Schrammel, Göber, Dr. Lopatka und Schweighofer, betreffend den Ausbau der Lärmschutzeinrichtungen entlang der A 2 durch die verbauten Gebiete Aural, Nöstelbach, Nutzenfeld, Sebersdorf, Buch, Geiseldorf, Schölbing, die durch den Autobahnbau eine enorme Lärmbelastigung zu tragen haben;

den Antrag, Einl.-Zahl 249/1, der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Kröll und Dr. Hirschmann, betreffend die Erhöhung der Förderung für den steirischen Sängerbund beziehungsweise die Gesangsvereine in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 250/1, der Abgeordneten Buchberger, Pörtl, Fuchs, Neuhold, Schrammel, Grillitsch, Schwab und Schweighofer, betreffend Maßnahmen gegen die steigenden Agrarimporte;

den Antrag, Einl.-Zahl 251/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Freitag, Minder, Gennaro und Genossen, betreffend die Weiterführung berufsbegleitender Maßnahmen durch das Sozialministerium;

den Antrag, Einl.-Zahl 253/1, der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl,

Kirner, Kohlhammer, Minder, Meyer, Ofner Franz, Ofner Günther, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 1974;

den Antrag, Einl.-Zahl 254/1, der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Meyer, Minder, Ofner Franz, Ofner Günther, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Einbindung der legislativen Körperschaften in die Tätigkeit der ARGE Alpen-Adria;

den Antrag, Einl.-Zahl 261/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammlander, betreffend die Erfüllung der Förderungsrichtlinien für wasserbauliche Maßnahmen beziehungsweise zur Novellierung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976 in der Fassung 79/1985;

dem Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 128/3, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammlander, betreffend die finanzielle Förderung des Trinkwasserverbandes „Schöckl Alpenquell Ges. m. b. H.“, Sitz Gemeinde Kumberg;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 262/1, betreffend Bezirkshauptmannschaft Leibnitz, Wohnversorgung für den Bezirkshauptmann, Ankauf der Wohnung von Frau Kraner, Konradweg 8, 8430 Leibnitz, zu einem Barkaufpreis von 950.000 Schilling, Rückzahlung der Landesdarlehen in Höhe von 397.615,65 Schilling und Übernahme der aushaftenden Sparkassendarlehen von 277.642,20 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 263/1, betreffend die Einholung einer Ermächtigung zur zusätzlichen Aufnahme von Darlehen beziehungsweise zur Durchführung von sonstigen Finanzoperationen bis zu einer Höhe von 200 Millionen Schilling zur Aufstockung des Ansatzes 1/970009 „Allgemeine Verstärkungsmittel“, damit die Sicherstellung der Finanzierung von anfallenden unabwendbaren zusätzlichen Bedeckungsmaßnahmen im Landeshaushalt 1987 gegeben ist;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 264/1, über die Bedeckung außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1986 auf Grund des Rechnungsabschlusses 1986;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 265/1, betreffend Grundeinlösung von Ing. Ernst Tagger für das Bauvorhaben Nr. 310186 „Annengraben“ der L 329, Rinnegger Straße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 266/1, betreffend Grund- sowie Objektseinlösung Gosch, KG. Sonnberg, EZ. 43, Gemeinde Tragöß, für das Bauvorhaben „Pichl-Großdorf der L 111, Tragößener Straße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 267/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Betriebsliegenschaft EZ. 212, 346 und 394, je KG. Leoben Waasen, GB. Leoben, im unverbürgten Flächenausmaß von 12.483 Quadratmeter mit darauf befindlichen Baulichkeiten und fest verbundenen Anlagen an die Leobner Maschinen- und Montagebau Ges. m. b. H., Vordernberger Straße 53, 8700 Leoben;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 268/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1987 (3. Bericht für das Rechnungsjahr 1987);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 269/1, betreffend den käuflichen Erwerb der landeseigenen Liegenschaft EZ. 1229, KG. Fürstenfeld, GB. Fürstenfeld, im unverbürgten Flächenausmaß von 5522 Quadratmeter samt Baulichkeiten um einen Kaufpreis von 1,5 Millionen Schilling an die Firma Peter Scheibelhofer, Jahngasse 5, 8280 Fürstenfeld beziehungsweise an Herrn Peter Scheibelhofer;

dem Ausschuß für Gesundheit:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 30/5, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und Göber, betreffend die Begründung einer Änderung der Amtsarztausbildung;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 147/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Göber und Pußwald, betreffend Richtlinien für das Labor- und Pflegepersonal zum Schutz gegen Aidsinfektion.

dem Kontroll-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 270/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Gebarungüberprüfung 1986 bei der Zellstoff-Pöls AG., Pöls, zwecks Feststellung der Ursachen der Verluste sowie die hierzu abgegebene Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung;

dem Sozial-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 64/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Dr. Dorfer, betreffend die Übertragung der Bewährungshilfe an den „Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit“ durch das Bundesministerium für Justiz;

dem Ausschuß für Umweltschutz:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 34/4, zum Antrag der Abgeordneten Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Dr. Lopatka und Harmtodt, betreffend das Verbot von Phosphaten und sonstigen gefährlichen Umweltchemikalien in Wasch-, Spül- und Reinigungsmitteln und rasche Verabschiedung des Chemikaliengesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 232/1, der Abgeordneten Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976 in der Fassung LGBl. Nr. 79/1985 und des Steiermärkischen Geländefahrzeuggesetzes, womit Motorsportveranstaltungen im freien Gelände verboten und auf Straßen im Freiland beschränkt werden sollen;

dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 72/4, zum Antrag der Abgeordneten Göber, Präsident Klasnic, Prof. Dr. Eichinger und Pinegger, betreffend die Gleichstellung von Ehefrauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgender Antrag wurde heute eingebracht, den ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro und Genossen, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß der Gemeinde-Ausschuß den Antrag der Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka, Pußwald, Neuhold und Schwab, Einl.-Zahl 246/1, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Abfallbeseitigungsgesetzes 1974 sowie den Antrag der Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka und Schwab, Einl.-Zahl 248/1, betreffend die Novellierung der Steiermärkischen Bauordnung, mit wesentlichen Änderungen und Ergänzungen beschlossen hat.

Die Ergebnisse dieser Beratungen sind als schriftlicher Bericht in den nunmehr aufgelegten gedruckten Beilagen Nr. 17, Einl.-Zahl 246/2, und Nr. 18, Einl.-Zahl 248/2, enthalten.

Diese Vorlagen sind heute auf der Tagesordnung.

Gemäß Paragraph 31 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist, da diese Beilagen erst heute aufgelegt werden konnten, die Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist notwendig.

Ich ersuche die Damen und Herren, welche damit einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

2. Bericht des Gemeinde-Ausschusses, Einl.-Zahl 246/2, Beilage Nr. 17, über den Antrag der Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka, Pußwald, Neuhold und Schwab, Einl.-Zahl 246/1, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Abfallbeseitigungsgesetzes 1974.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Adolf Pinegger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Pinegger: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat am 6. Juli 1987 getagt und die Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes 1974 beraten. In diesem Zusammenhang sind Abänderungsanträge eingegangen, und zwar ein Minderheitsantrag der Sozialistischen Partei Österreichs, bezogen auf den Paragraph 15 unter Hinzufügung eines Absatzes 9, und ein Antrag der vorhin genannten Abgeordneten, ebenfalls bezogen auf diese kleine Novelle, Paragraph 15 Absatz 9.

Ich darf nunmehr, meine geschätzten Damen und Herren, nachdem diese Thematik in diesem Ausschuß ausführlich beraten wurde und auch hier Bedenken bezüglich verfassungsmäßiger Bestimmungen laut wurden, vielleicht folgendes festhalten: Die in Aussicht genommene Neuregelung gibt vor allem unter kompetenzrechtlichen Gesichtspunkten Anlaß zu verfassungsrechtlichen Überlegungen, und es stellt sich die Frage, ob der verfassungsrechtliche Zuständigkeitsbereich des Landes gewahrt bleibt oder ob in Kompetenzen des Bundes, insbesondere in den Bereichen des Gewerberechtes, des Wasserrechtes, des Gesundheits-

wesens und der Abwehr von gefährlichen Umweltbelastungen, eingegriffen wird.

Die Zuständigkeit zur Regelung der Beseitigung von Abfällen stellt sich – kompetenzrechtlich gesehen – als eine sogenannte „Querschnittsmaterie“ dar und ergibt sich die Zuständigkeit als Ausfluß der Zuständigkeit des Bundes und der Länder zur Regelung eines bestimmten Sachgebietes. Daß sich bei einer derartigen „Querschnittsmaterie“ in einem Bundesstaat – wie der Verfassungsgerichtshof festgestellt hat – Schwierigkeiten oder Reibungen ergeben können, ist in der Natur des Bundesstaates begründet. Die im Paragraph 1 Absatz 2 des geltenden Steiermärkischen Abfallbeseitigungsgesetzes enthaltene Abgrenzungsklausel – „in die Zuständigkeit des Bundes wird nicht eingegriffen“ – kann aber als ausreichend bestimmte Grundlage für eine verfassungskonforme Einschränkung der sachlichen Reichweite des Steiermärkischen Abfallbeseitigungsgesetzes und insbesondere auch der Reichweite von Maßnahmen nach der in Aussicht genommenen Neuregelung gedeutet werden beziehungsweise eine kompetenzrechtlich zulässige Lösung – bei der gebotenen verfassungskonformen Interpretation – gefunden werden.

Die in Aussicht genommene Neuregelung gibt aber auch dahin gehend zu verfassungsrechtlichen Überlegungen Anlaß, daß Eingriffe der Verwaltung in grundrechtliche Freiheiten – Vertragsfreiheit, Freiheit der Erwerbstätigkeit und so weiter – nicht nur durch ein entsprechendes öffentliches Interesse legitimiert, sondern darüber hinaus auch angemessen und möglichst schonend sein müssen. Die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit – als sogenanntes Übermaßverbot – werden vom Verfassungsgerichtshof in neuerer Rechtsprechung in zunehmendem Maße betont und mit wachsender Strenge angewandt.

Im Hinblick auf diese neuere Judikatur des Verfassungsgerichtshofes wird es zur Erzielung einer verfassungskonformen Lösung unerlässlich sein, daß die Landesregierung von ihrer Verordnungsermächtigung angemessen und möglichst schonend Gebrauch macht. Sie wird zur Wahrung des als notwendig erkannten öffentlichen Interesses insofern auf die Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit Bedacht zu nehmen haben, als von den verschiedenen Eingriffsmöglichkeiten nur das gelindeste – am wenigsten beschränkende – Mittel, das zur notwendigen Erreichung des Zieles noch geeignet ist, ergriffen wird.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe vorhin erwähnt, daß zwei Anträge eingebracht wurden, bezogen auf die Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes, Paragraph 15 unter Hinzufügung eines Absatzes 9. Ich darf hier noch einmal erwähnen: Der Minderheitsantrag der Sozialistischen Partei hat im Ausschuß keine Mehrheit gefunden; der Antrag der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei hat die Mehrheit gefunden. Nunmehr liegt, bezogen auf diesen Antrag, der von ÖVP-Abgeordneten eingebracht wurde, ein zusätzlicher Abänderungs- und Zusatzantrag gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages vor, und ich ersuche, daß Sie diesem Antrag beitreten beziehungsweise ihn zur Kenntnis nehmen.

Ich darf ihn wortwörtlich zur Verlesung bringen. Der Absatz 9 des Paragraphen 15 hätte demnach zu lauten:

„Zur Abwehr oder Beseitigung der drohenden Gefahr für die Gesundheit von Menschen und Tieren, der Reinhaltung des Bodens, der Gewässer oder der Luft sowie von unzumutbaren Belästigungen der Nachbarschaft und der Verkehrsteilnehmer kann die Landesregierung über Antrag von mindestens zwei Drittel der Gemeinden eines politischen Bezirkes durch Verordnung den Einzugsbereich einer im politischen Bezirk gelegenen oder geplanten Müllbeseitigungsanlage begrenzen beziehungsweise die Menge sowie auch die Art der durch diese Anlage zu entsorgenden Abfälle eingrenzen. Handlungen und Unterlassungen gegen diese Verordnung sind mit Bescheid zu untersagen.“

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie, dieser Abänderung dieser kleinen Novelle, bezogen auf das Abfallbeseitigungsgesetz 1974, Paragraph 15 unter Beifügung eines Absatzes 9 - wie von mir vorhin verlesen -, Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröll, dem ich es erteile.

Abg. Kröll: Herr Präsident, Hoher Landtag!

Durch den Beschluß des Steiermärkischen Abfallbeseitigungsgesetzes von 1974 ist in unserem Land viel geschehen, wenn man bedenkt, daß noch 1975 422 wilde Müllsturzplätze unser Land belasteten und heute 29 Deponien dieser Art zu registrieren sind. Wie dem Umweltschutzbericht 1986 des Landes Steiermark zu entnehmen ist, wird in der Steiermark mit Stand Jänner 1986 der Müll wie folgt entsorgt:

51,3 Prozent der Bevölkerung werden durch eine geordnete Deponie, 21 Prozent der Bevölkerung durch eine Müllklärschlamm-Kompostieranlage mit dem Stand Aich-Liezen für den Bezirk Liezen, Allerheiligen für die Bezirke Mürzzuschlag und Bruck im Mürztal, Frojach-Katsch für den Bezirk Murau unter derzeitiger Möglichkeit auch für den Bezirk Leoben entsorgt; zusätzlich noch die Sortieranlage in Graz.

1,3 Prozent oder zwölf Gemeinden bringen den Müll außerhalb unseres Bundeslandes in ein anderes Bundesland.

4,3 Prozent der Einwohner oder 39 Gemeinden waren demnach 1986 noch nicht an eine geordnete Müllentsorgung angeschlossen. Die Stadt Graz und acht Umlandgemeinden wurden bisher über die AEVG (Abfallentsorgungs- und Verarbeitungs-Ges. m. b. H.) entsorgt. Das Grazer Müllkonzept ist noch nicht realisiert.

Wie man aus den Anlieferungen an die drei Müllklärschlamm-Kompostieranlagen in Allerheiligen, Aich-Liezen und Frojach-Katsch, wo die Müllanlieferung gewogen wurde, schließt, stieg die Müllanlieferung von 1985 auf 1986 um 2 Prozent, also weiterhin leicht an. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Aufkommen lag nach Auswertung der steirischen Abfallerhebung 1985 bei 261 Kilogramm pro Einwohner und Jahr.

Für die Entsorgung des Hausmülls und des dem Hausmüll ähnlichen Gewerbemülls mußten zirka 300 Millionen Schilling über die Müllgebühren aufge-

bracht werden. Zirka drei Viertel oder 74 Prozent davon entfallen auf den Bereich der Müllsammlung und der Transportkosten und ein Viertel oder 26 Prozent auf die Kosten der geordneten Deponie oder der Kompostierung. Die spezifischen Müllbearbeitungskosten lagen somit in der Steiermark bei durchschnittlich 65 Schilling pro Einwohner. Im einzelnen belaufen sich diese von 19 Schilling als tiefsten Wert bis 179 Schilling pro Einwohner als höchste Marke. Darüber hinaus hat aber die Steiermark auch eine sehr erfreuliche Initiative über die Landesgrenzen hinaus gestartet. In Zusammenarbeit mit den Nachbarbundesländern Salzburg, Oberösterreich und Kärnten wurde eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die sogenannten „Murauer Gespräche“ zeigten einige erfolgversprechende Versuchsmodelle, wo erste Ergebnisse über die Verwendbarkeit von Müllkomposten und dergleichen vorliegen. Ich verweise darauf, daß es Modelle gibt, zum Beispiel für Straßenböschungen, andere für Wegebauten und dergleichen mehr, je nachdem in welchem Bundesland man sich für die Erprobung bereiterklärt hat. Diese Initiative vom damalig zuständigen Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, welche Dipl.-Ing. Schaller fortgesetzt hat, finde ich als äußerst fruchtbringend, weil doch ein sehr hoher Erfahrungsaustausch innerhalb dieser Länder Platz greift. Auch in bezug auf Recycling konnte durch die Altpapier- und Glassammlung Beachtliches erzielt und damit auch zur Müllvermeidung ein ganz wesentlicher Beitrag geleistet werden. So stieg zum Beispiel in Österreich der Altpapierverbrauch im Jahr 1970 von 200.000 Tonnen 1985 auf 814.000 Tonnen, während das Altpapieraufkommen in Österreich noch 1970 7000 Tonnen betrug, so ist es auf 76.000 Tonnen im Jahr 1985 angestiegen. Dies ist auch bereits ein sehr respektable europäischer Wert, den unser Land hier insgesamt vorweisen kann, und die Steiermark nimmt dabei einen guten Mittelwert ein. Bei der Altglassammlung konnte in den steirischen Bezirken ein spezifisches Aufkommen von 3,80 Kilogramm pro Einwohner im Bezirk Voitsberg bis 10,72 Kilogramm pro Einwohner im Bezirk Liezen erzielt werden. Die erfolgreichsten vier Gemeinden bei der Altglassammlung 1985 waren: St. Marein im Mürztal mit 23,13 Kilogramm je Einwohner, Oberwölz mit 22,51 Kilogramm, Kleinsölk mit 18,18 Kilogramm, Mürzhofen mit 17,75 Kilogramm. Dann folgt eine große Zahl Gemeinden, die noch über 15 Kilogramm pro Einwohner liegen. Aber auch im Bereich der Problemstoffsammlung wurde Beachtliches geleistet. Nach 451 Sammlungen mit 1177 Arbeitsstunden wurden nach Auswertung bis 9. Dezember 1986 492 Tonnen an Altölen, Altmedikamenten, Pflanzenschutzmitteln, Lösungen, Säuren, Laugen, Batterien, Lacken und dergleichen aus dem Hausmüll herausgebracht und an geeigneterer Stelle deponiert. Ein schöner Beitrag zum Umweltschutz ist hier gelungen.

Verehrte Damen und Herren Abgeordnete des Hohen Hauses! Man kann mit gutem Gewissen sagen, daß erstaunlich viel in unseren Gemeinden geschehen ist, seit der Landtag 1974 das Abfallbeseitigungsgesetz beschlossen hat. Ich möchte daher der betroffenen Bevölkerung für die Bewußtseinsänderung und das Verhältnis, das dafür notwendig war, aber auch den Verantwortlichen in den Gemeinderäten und Bürgermeistern für diese großen Anstrengungen ein herzliches Dankeschön sagen, ebenso den zuständigen

Regierungsmitgliedern und der Landesregierung sowie diesem Haus, daß die Problematik Abfallentsorgung einen hohen Stellenwert erhalten hat, und die Landesregierung steht als Hilfestellung und Förderer den Gemeinden und Betreibern von Müllanlagen zur Seite. Es ist wirklich viel geschehen, und obwohl viel geschehen ist, müssen wir uns der noch nicht gelösten Probleme stellen und dabei einige Überlegungen anstellen. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß noch unter Landesrat Dipl.-Ing. Riegler und fortgesetzt durch Landesrat Dipl.-Ing. Schaller prioritätsmäßig eine Initiative ergriffen wurde, ein neues Müllbewirtschaftungsgesetz zu initiieren. Schwerpunkt ist dabei die regionale Verantwortung der Gemeinden bei der Erstellung der Müllbewirtschaftungspläne und der Standorte. Jeder, meine sehr verehrten Damen und Herren, produziert Müll. Da sind wir in der Steiermark nicht ausgenommen. Keiner will ihn haben. Aber alle haben noch für den eigenen Müll aus dem Ort und der Region mehr Verständnis, als für den Müll von irgendwoher, und daher bekenne ich mich auch als einer der Bürgermeister und Mitglied dieses Hauses sehr zu einer stärkeren Verantwortung der Regionen zur Erstellung der Pläne und der Art der Müllbewirtschaftung. Begutachtungen und Meinungen im Zuge dieser Gesetzesvorlage, die nach dem Volksrechtsgesetz über das Land gezogen ist, liegen zahlreich vor, und ebenfalls können durch die Verschiebung der Beschlußfassung auf den Herbst nicht nur all diese Meinungen mitverarbeitet und ausgiebig beraten werden, sondern auch die Erkenntnisse des Volksbegehrens der FPÖ eingebunden werden, um so wirklich im Herbst zu dieser dringenden Problematik aus einer großen Schau die beste Lösung zu machen. Ich begrüße es daher außerordentlich, daß der Landesrat dafür die Möglichkeiten geschaffen hat und daß wir heute sozusagen die brennenden Probleme mit einer sogenannten kleinen Novelle des bestehenden Abfallbeseitigungsgesetzes einer Lösung zuführen sollen. Die heutige Entscheidung der Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes aus 1974 ermöglicht es, die brennenden Probleme insbesondere der Halbenrainer im Bezirk Radkersburg, wo die Deponie bereits weitgehendst voll ist, und auch eine Lösung für die Standortfrage in Murwald bei Fohnsdorf unter neuen Aspekten und Erkenntnissen für die Zukunft zu lösen. Neue Überlegungen, wie Technologien, vor allem auch für die Ballungsräume sind sicherlich damit auf Grund des neuen Geistes des geplanten Gesetzes und der neuen Verantwortlichkeit nicht out, sondern wieder in und sind sicherlich wieder neu einzubinden. Die Novelle bringt daher eine Abgrenzung der Menge und des Gebietes und der Art und des Umfanges, und das ist, glaube ich, etwas, wo sich alle hier im Haus, egal welcher Fraktion sie zugehören, und auch alle, die in den Gemeinden eine Verantwortung tragen, durchaus finden könnten. Es ist mir daher nicht ganz verständlich, warum sich im Ausschuß die SPÖ für diese Novelle nicht erwärmen konnte. Ich sehe es nicht in der Sache begründet und kann mir hier auch keinen politischen Hinterhalt vorstellen, der das Nein der SPÖ zu einer solchen Lösung, die Umfang, Art und Menge in Zukunft mitbestimmen kann, erklärt. Aber vielleicht, und ich gebe die Hoffnung nicht auf, ist heute und auch durch die zusätzliche Berichterstattung des Herrn Abgeordneten Pinegger noch immer die Mög-

lichkeit gegeben, daß beim Neuüberdenken der Sachlage auch eine Zustimmung von dieser Seite möglich ist.

Ich sagte schon, daß ich mich zu dieser Entscheidung und zu dieser Möglichkeit der Novelle, daß zwei Drittel der Gemeinden bei positiver Beschlußfassung darüber befinden und an die Landesregierung herantreten können, absolut bekenne, und ich möchte darauf verweisen, daß ich nicht nur hier auch von der Theorie spreche, sondern daß wir im Ennstal, genauso wie die Mürtzaler – auch damals –, nicht gefragt haben: Wer ist der Oberverantwortliche? Sondern wir haben uns zusammengesetzt, wir haben eine Lösung gesucht, wir haben einen Standort gesucht, wir haben eine Technik gesucht, und wir haben sie verwirklicht, unter Hilfestellung des Landes, mit Beistand des Landes im rechtlichen Sinn, im organisatorischen Sinn, in finanzieller Hinsicht. Aber wir haben nicht gewartet, bis irgendwer im Land oder im Bund für uns im Bezirk die Probleme des Standortes oder die Art der Entsorgung des Mülls in die Hand nehmen wird, sondern wir haben es freiwillig getan, als wohlverstandene Verantwortung, als Bürgermeister, als Gemeinderäte unserer Gemeinden, mit unserem eigenen Müll auf unsere Weise fertig zu werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn man beabsichtigt, das stärker zu unterstreichen, dann kann es ja nur dienlich sein. Denn dort, wo es schon freiwillig geschehen ist, ja bitte, dort ist es ja geschehen, und wo man noch nicht so weit ist, wird man sich halt auch bequemen müssen, die eigene Verantwortung zuerst anzusprechen und dann die Hilfe bei Land und Bund je nach Art der Probleme in Anspruch zu nehmen. Das heißt aber nicht, verehrte Damen und Herren Kollegen, daß deshalb das Land aus der Müllfrage mit dieser Novelle sozusagen abgemeldet ist – wie man immer wieder lesen kann. Ganz im Gegenteil: Das Land muß uns weiterhin bei den Müllresten und beim Problemmüll helfen, hat zusätzlich viele koordinierende Aufgaben, wie der Bund seine Aufgabe, die ihm kompetenzmäßig zusteht, für Standorte der Sondermüllentsorgung selbstverständlich jetzt und in Zukunft auch zu erfüllen hat. Aber sollten wir nicht doch örtlich und regional einmal beginnen, beim Hausmüll auch die Eigenkompetenz stärker anzusprechen und nicht immer nur zu warten, daß es schon irgendwer für uns machen wird, und wenn es uns dann nicht paßt, dann sind wir erst recht dagegen, weil es ja immer Diskussionen über Standort und Art der Müllentsorgung geben wird – und auch der zukünftigen Müllbewirtschaftung. Denn eines zeigt sich auch: War die Entsorgung 1974 im Mittelpunkt, so ist es heute die Bewirtschaftung. Man ist zur Erkenntnis gekommen, daß die Vermeidung, die Sortierung, die Fraktionierung, das Recycling – das Rückgewinnen von Wertstoffen – im Vordergrund stehen und daß wir dann, was wir dann entweder deponieren oder kompostieren oder vielleicht in Zukunft in einer größeren Stadt auch verbrennen, meine sehr verehrten Damen und Herren – nach neuer Technologie –, gefragt sind, auch das zu lösen und dann wiederum mit den Resten, die daraus entstehen.

Ich glaube daher, verehrte Kollegen und Damen und Herren, daß man es wirklich nicht ganz verstehen kann, wenn man hier nicht eine Gemeinsamkeit dokumentieren könnte.

Hoher Landtag! Mit dem Beschluß der Novellen zum Abfallbeseitigungsgesetz 1974 und auch zur Bauordnung bringen wir die Betroffenen und die Problematik – glaube ich – einen Schritt weiter.

Zur Dringlichkeit und zum Begehren der SPÖ, die ja auch schon in der Ausschlußberatung im Sinne des Paragraphen 25 des Raumordnungsgesetzes zum Ausdruck gekommen sind, ist zu vermerken, daß dafür durch die umfangreichen Beratungen im Müllbewirtschaftungsgesetz im Herbst und die Zuordnung heute ausreichend und umfangreich Gelegenheit gegeben ist und daß aber auch jetzt insofern keine Notsituation vorherrscht, als die Bürgermeister als Baubehörde nach dem Bauordnungsrecht ja ohnehin auch Möglichkeiten haben, sie wahrzunehmen.

Verehrte Damen und Herren! Wenn wir uns in einer Zeit, wo sich die gesetzgebenden Körperschaften an sich schon meist auf Urlaub befinden, mit diesem Problem auseinandersetzen, dann ist es gut, sich nicht immer nur die Probleme, die noch nicht gelöst sind, alleine anzuschauen, sondern daß man auch einmal sagt, was schon geschehen ist. Ich konnte es nur kurz tun, ich verweise aber auf den umfangreichen Bericht, der allen zugegangen ist – im Umweltschutzbericht 1986 – und auf die praktischen Erfahrungen in weiten Teilen unseres Landes und daß wir die Probleme ansprechen, wo sie anzusprechen sind. Daß wir hier, wo aus einer gut gemeinten Sache für eine Regionalentsorgung mittlerweile ein Sturzplatz, ein Deponieplatz für alle, die keine Lösung haben, entstanden ist und damit, bitte, die Bevölkerung in diesen Teilen des Landes überfordern – dafür muß man Verständnis haben. Da erwartet die betroffene Bevölkerung zu Recht von uns, daß wir hier reagieren und daß wir hier agieren. Und mit dieser Novelle agieren wir und schaffen eine Möglichkeit, daß man hier gewisse Eingrenzungen vornimmt, denn ich sagte schon: Müll ist ein Problem, ist überall ein Problem, jeder produziert ihn, keiner will ihn haben, aber eher und lieber ist das Verständnis bei der Bevölkerung und bei den Amtsverantwortlichen in den Gemeinderäten für den orts- und regionalbezogenen Müll als für den Mülltourismus, wenn der Müll weit her kommt oder gar außerhalb des Landes erzeugt wird und bei Nacht und Nebel zu uns kommt. Das ist nicht der Sinn, wie wir das seinerzeit auch verstanden haben.

Ich glaube daher, zum Schluß sagen zu können, daß, wenn man das alles sachlich und auch wegen der politischen Dimension, nämlich in Form von Problemlösung, wie es der Bürger sieht, anschaut, es dem Haus gut anstehen würde, wenn wir zu sommerlicher Zeit zu einem so wichtigen Thema auch möglichst eine einstimmige Kundgebung in Form eines einstimmigen Beschlusses hier zusammenbringen könnten und daß wir im Herbst das neue Müllbewirtschaftungsgesetz sehr ausführlich und eingehend beraten, um dann endgültig eine Weichenstellung für die Zukunft vorzunehmen. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es mag für jemanden, der die steirischen Gebräuche nicht kennt, vielleicht verwunderlich sein, daß man aus

einer so komplexen Materie, wie das die Müllproblematik ist, eine einzige Bestimmung herausholt und dieser Bestimmung wegen sogar eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages anberaumt. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wenn man so uneinsichtig ist, wie ihr es seid!“) Haben Sie ein bißchen Geduld, die Begründung wird kommen. (Abg. Schrammel: „Wir hätten es beim letzten Mal beschlossen!“) Doppelt verwunderlich erscheint die Hast, mit der Sie dies tun. Liegen doch zur Zeit zwei Gesetzesentwürfe vor – Ihrer Fraktion und unserer Fraktion –, die bei gutem Willen durchaus rasch zum Abschluß gebracht werden könnten. Und gänzlich unverständlich, meine Damen und Herren, ist es, daß Sie in einer derart sensiblen Materie, die von so hoher politischer Bedeutung ist, nicht den Weg des Konsenses suchen (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Mea culpa!“), sondern den kalten und harten Weg des Überstimmens gehen.

Und jetzt frage ich Sie: Was bewegt Sie dazu (Abg. Dr. Maitz: „Das ist ein Rückzieher von euch!“), derart unsystematisch vorzugehen und welche Nervosität treibt Sie denn zu dieser übereilten Ho-ruck-Aktion, nachdem Sie und Ihre politischen Referenten seit dem Jahre 1974, 13 Jahre lang, bis heute Zeit zu einer planvollen und sinnvollen gesamtsteirischen Lösung gehabt hätten. (Abg. Schrammel: „Es ist eine wohlüberlegte Lösung!“) Und ich bin auf Ihre Argumente hier von diesem Rednerpult aus sehr neugierig, nicht nur durch Zwischenrufe, die offenbar nur Lärm hervorrufen sollen, welche sachlichen und vielleicht auch politischen Motive Sie veranlassen, diese harte Gangart einzuschlagen.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, ich mache Ihnen hier von dieser Stelle aus nicht mehr und nicht weniger den Vorwurf, als daß das Untätigsein Ihrer politischen Referenten während 13 Jahren, seit dem Abfallbeseitigungsgesetz 1974, zu jener Misere geführt hat, zu jenem steirischen Flächenbrand, der immer glost und einmal in diesem Bezirk und einmal in jenem Bezirk auflodert (Beifall bei der SPÖ.) und den Sie jetzt mit völlig unzureichenden Mitteln zu löschen versuchen.

Ihre Nervosität beweist mir, daß ich richtig liege und daß Ihnen sehr weh tut, was ich sage. Nicht wir sind es, die für den Mülltourismus verantwortlich sind.

Nicht wir sind es, die uns gegen die Beendigung des Mülltourismus wenden, sondern Ihre Untätigkeit ist dafür verantwortlich, daß es heute keine gesamtsteirische Lösung gibt und daß der Müll in der Steiermark kreuz und quer geführt wird. Ich werde Ihnen den Beweis dafür nicht schuldig bleiben. Ich bin neugierig, ob Sie hinterdrein auch noch diese fröhlichen Mienen zeigen. (Abg. Schützenhöfer: „Das alte Lied beginnt. Sie sind in der Regierung und spielen Opposition!“)

Das Abfallbeseitigungsgesetz 1974 hat damals erstmals versucht, die Abfuhr und die Beseitigung des Mülls gesetzlich zu regeln und verpflichtet zunächst die Gemeinden im Paragraph 3, für die Abfuhr und Beseitigung des im Gemeindegebiet anfallenden Mülls zu sorgen. Aber – und jetzt zitiere ich wörtlich – Paragraph 15 dieses Gesetzes sagt: „Die Errichtung und der Betrieb öffentlicher Müllbeseitigungsanlagen obliegt den Gemeinden auf Grund von Müllbeseitigungsplänen.“ Das kann ja wohl nur heißen, daß vor der Abfuhrverpflichtung die Müllbeseitigungspläne

vorhanden sein müssen. Diese haben nach Paragraph 15 Absatz 5 dieses Gesetzes, und das kann jeder, der lesen kann, sehr gerne nachlesen,

- a) die Müllbeseitigungsbereiche,
- b) die Art des Mülls und der Anlage,
- c) die Standorte zu enthalten.

Nach Paragraph 15 Absatz 6 des Gesetzes hat jeder Müllbeseitigungsplan sogar zwei Standortvorschläge zu erstellen sowie die Art der Abfälle und die Art der Beseitigung. Jetzt zitiere ich wieder wörtlich, meine Damen und Herren, denn es ist der Kern dieses Gesetzes: „Die Landesregierung hat durch Verordnung regionale Müllbeseitigungspläne zu erstellen.“ Das ist ein klarer, das ist ein eindeutiger, das ist ein unmißverständlicher Auftrag des Gesetzes: „Die Landesregierung hat“, und das ist 1974 von den damaligen Abgeordneten dieses Hohen Hauses beschlossen worden. Ergebnis bis heute: leider keines. (Abg. Pörtl: „Es wird besser werden, wenn du drinnen bist!“)

Daß die Vorgänger der heute in der ÖVP verantwortlichen Regierungsmitglieder durchaus die Absicht gehabt haben, diesen Auftrag des Gesetzes wahr und ernst zu nehmen, beweist ein Durchführungserlaß aus dem Jahre 1975, 4. März 1975, gezeichnet vom damaligen Landeshauptmann Dr. Niederl, der hier sehr klar ausführt: „Besondere Bedeutung kommt dem Paragraph 15 des Abfallbeseitigungsgesetzes zu, wonach die Errichtung und der Betrieb öffentlicher Müllbeseitigungsanlagen den Gemeinden auf Grund von Müllbeseitigungsplänen obliegt, die durch die Landesregierung zu erstellen sind. Die Müllbeseitigungspläne der Landesregierung bilden die Grundlage für die Abfallbeseitigung durch die Gemeinden. Zur Durchführung des Abfallbeseitigungsgesetzes ist daher die Erstellung von Müllbeseitigungsplänen durch entsprechende Verordnung der Landesregierung vordringlich erforderlich.“ So am 4. März 1975 Landeshauptmann Dr. Niederl. Ergebnis bis heute: keines.

Es gibt aber noch eine dritte Bestimmung, die Sie und Ihre Verantwortlichen verpflichtet hätte, solche Müllbeseitigungspläne zu erstellen. Gemäß Paragraph 10 des am 6. Oktober 1977 rechtskräftig gewordenen Landesentwicklungsprogrammes wäre das Entwicklungsprogramm für die Sachbereiche Abfall- und Abwasserentsorgung innerhalb von fünf Jahren zu erstellen gewesen. Es ist also auch dieses seit dem Oktober 1982 überfällig. Meine Damen und Herren! Das Land und seine Verantwortlichen haben sich aus dieser Verantwortung verabschiedet, und das war ja nicht irgendwer, und es wäre an der Zeit, daß die Verantwortlichen dieses Landes ihre eigenen Gesetze endlich ernst nehmen würden. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist ein bemerkenswertes Maß an Selbstkritik, Herr Abgeordneter!“) Ja, aber es ist Kritik an Ihnen, denn der erste, der dazu verantwortlich und verpflichtet gewesen wäre, sind Sie, Herr Landeshauptmann. (Beifall bei der SPÖ.) Sie haben nur eines gemacht: (Abg. Dr. Maitz: „Jetzt kommt endlich der parteipolitische Zweck heraus!“) Sie haben im Dezember 1983 die Verantwortung für diese Zuständigkeit klammheimlich dem damals neuen Landesrat Dipl.-Ing. Riegler weitergegeben. (Abg. Dr. Maitz: „Reden wir sachlich!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Clam-heimlich!“) Durch Verordnung der Landesregierung, nicht dieses Hohen

Hauses. Dipl.-Ing. Riegler wurde dann von seiner Verpflichtung befreit, als er nach Wien übersiedelte. Nunmehr liegt die Kompetenz beim jetzigen Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, und nachdem es beim ÖVP-Regierungssystem niemanden mehr gibt, dem er diesen zugegebenermaßen „heißen Erdapfel“ weitergeben kann, scheint die Königsidee offenbar zu sein, daß man jetzt die Verpflichtung, die man an sich hat, überhaupt weitergeben will, nämlich den Gemeinden. Das mag vielleicht für Sie die politische Königsidee sein, für die Gemeinden in der Steiermark ist sie es mit Sicherheit nicht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kröll: „Ich möchte gerne etwas sagen. Einerseits wird verlangt, daß die Problematik des Umweltschutzes umfassend eine Konzentrierung ergeben soll; geschieht das, dann heißt es – davonschleichen. Es ehrt euch, daß eure Gemeinden seit zehn Jahren Fortschritte gemacht haben!“) Aufträge erfüllen, gesetzliche Verpflichtungen wahrnehmen, das tun, was der Landtag beschlossen hat. (Unverständliche Zwischenrufe.) Diese Verpflichtung aus dem Jahre 1974 hat sehr wohl eine Sinnhaftigkeit gehabt, weil sich in der Zwischenzeit in diesen 13 Jahren sehr deutlich gezeigt hat, daß die Gemeinden allein und auf sich gestellt ganz einfach nicht in der Lage sind, dieses Problem zu lösen, Standorte zu finden, auf Grund der Verknappung der Deponieflächen, auf Grund der Chemisierung des Mülls, auf Grund der immer größer werdenden Sensibilität der Bevölkerung. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Mürzverband!“)

Jetzt darf ich noch etwas sagen, wenn Sie die Geduld hätten, Nervosität zeigen Sie ja schon seit vielen Tagen. Ich möchte aus einem Fachgutachten der Abteilung I b, Landes-, Regional- und Ortsplanung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, zitieren. Wenn ich recht informiert bin, untersteht diese Fachabteilung dem Herrn Landesrat, aber ich nehme doch an, daß alle Herren, die das interessiert, dieses Gutachten kennen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Er ist schon wieder im Irrtum!“) Ihre Nervosität beweist immer deutlicher, wie weh Ihnen das tut. (Abg. Kröll: „Schau, wieviel in den Gemeinden geschehen ist!“) Ich zitiere das Gutachten, das sehr bedeutend ist, erst dann, wenn in Ihren Reihen wieder Ruhe eingekehrt ist.

Im November 1982 hat die von mir zitierte Fachabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung an das Institut für Umweltforschung einen Forschungsauftrag, betreffend eine Standortstudie für Mülldeponien Graz und Umland, erteilt. Hier heißt es in der Zusammenfassung des Endberichtes auf Seite acht: Flächen mit den erforderlichen Abstandswerten von Siedlungsgebieten in Graz sind innerhalb des Grazer Stadtgebietes nicht mehr vorhanden. Auch bei Betrachtung sämtlicher Flächen von über 400 Meter – Anmerkung des von Ihnen sicherlich hochgeschätzten Professor Dr. Möse – Entfernung von Siedlungsgebieten unter Annahme sogar zusätzlicher Abschirmungsmaßnahmen bestehen keine Flächen im nötigen Flächenausmaß beziehungsweise der erforderlichen Geländebeschaffenheit. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Keine Aufregung! Beruhigen Sie sich!“) Auch bei zusätzlichen Maßnahmen, zum Beispiel künstliche Abdichtung zum Grundwasser hin, Absiedelung von Einzelgebäuden, kann keine Fläche im Grazer Stadt-

gebiet mehr als geeignet angesehen werden. Sämtliche Flächen entsprechen in mehrfacher Hinsicht nicht den in den Deponierichtlinien festgelegten Anordnungen. (Präsident Klasnic: „Wer ist in Graz zuständig?“) Das ist das Unglaubliche: Auf der einen Seite stellen Sie selbst fest, daß es in Graz keine Deponieflächen mehr gibt, auf der anderen Seite beschließen Sie heute mit Mehrheit (Präsident Zdarsky: „Seit 1973 die ÖVP!“) eine Verordnung, von der Landesrat Dipl.-Ing. Schaller heute um 6.45 Uhr im Radio hören läßt, daß es durchaus möglich wäre, daß es bereits im September dieses Jahres eine Verordnung gibt, die für die Müllentsorgung von Graz allerhöchste Gefahr bedeuten würde. Herr Landesrat, erlauben Sie mir, daß ich der Bedeutung dieses, Ihres Ausspruches wörtlich zitiere, was Sie am vergangenen Montag in der Ausschußsitzung gesagt haben: Sie haben damals gesagt, Sie könnten nicht ausschließen, daß auf Grund einer solchen Verordnung einzelne Gemeinden in der Luft hängen. Ich überlasse es Ihnen, sich selbst darauf einen Reim zu machen, eine Verordnung zu beschließen, auf Grund derer dann einzelne Gemeinden in der Luft hängen würden, (Abg. Dr. Maitz: „Wir beschließen heute ein Gesetz. Eine Verordnung ist Sache der Landesregierung!“) das ist der Offenbarungseid der ÖVP-Umweltpolitik in diesem Land, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und nun, meine Damen und Herren, ich habe Ihnen vorhin mangelnde Systematik vorgeworfen, und ich möchte jetzt diese Vorwürfe im einzelnen auseinandersetzen. (Abg. Pörtl: „Wer wird dir das glauben?“) Wenn Sie ein bißchen ruhiger wären, dann würden Sie die vielleicht auch zur Kenntnis nehmen, vor allem, wenn Sie die Absicht hätten, die sachlichen Argumente zur Kenntnis zu nehmen.

Meine Damen und Herren, nicht vorhanden Ihrerseits sind irgendwelche gesamtsteirische Strategien zur Müllvermeidung, Müllverringerung oder zum Müllrecycling. Kein Gesetz und schon gar nicht diese Verordnung wird auch nur ein Müllsackerl in der Steiermark aus der Welt schaffen.

Meine Damen und Herren, ungeklärt ist auch die verfassungsrechtliche Problematik, und ich wundere mich, mit welcher Leichtfertigkeit Sie über dieses Problem hinweggehen.

Die verfassungsrechtliche Problematik, vor allem hinsichtlich des Gewerbemülls, und ich glaube, sogar darüber sind wir uns einig, Herr Landesrat, daß Sie den Gewerbemüll, der ein Vielfaches des Hausmülls umfaßt, mit dieser Verordnung nicht in den Griff bekommen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Was ist das für ein Argument?“) Ungeklärt ist die Frage der Entschädigungspflicht, wenn Sie in bestehende Verträge eingreifen. Eine Entschädigungspflicht, die mit Sicherheit das Land Steiermark trifft und in ihrer Höhe auch nicht annähernd abgeschätzt werden kann.

Ungeregelt ist ferner die Organisation der Müllbewirtschaftungsverbände. Die soll ja bekanntlich nach dem Gemeindeverbandsorganisationsgesetz erfolgen, das es auch noch nicht gibt.

Und, meine Damen und Herren, zweifelhaft ist die Frage der Sinnhaftigkeit, und jetzt komme ich konkret noch einmal zu diesem Novellierungsentwurf, einer absoluten Regionalisierung auf einen Bezirk. Oder sind Sie nicht auch der Meinung, daß eine solche Beschrän-

kung auf einen Bezirk geradezu die billigste, die umweltschädlichste Beseitigungsanlage, nämlich die Deponie, geradezu provoziert, weil größere, auf technisch höherem Standard stehende Anlagen natürlich auch einen größeren Einzugsbereich brauchen. Der größte Vorwurf aber, den ich Ihnen in dem Zusammenhang mache, ist, daß Ihnen nur ein Verbot eingefallen ist. Ein Verbot, mit dem Sie einzelnen Regionen, die sich heute in zugegeben großen Schwierigkeiten befinden, Hoffnungen machen, die Sie auf der anderen Seite aber auch nicht erfüllen können. Eine zukunftsweisende gesamtsteirische Lösung ist Ihnen leider nicht eingefallen. (Beifall bei der SPÖ.)

Obwohl die Ankündigung, Sie würden uns in dieser Sondersitzung mit Mehrheit überfahren, nicht gerade ein freundlicher Akt Ihrerseits war, haben wir dennoch, meine Damen und Herren, Gesprächsbereitschaft gezeigt und haben Ihrem Antrag unsererseits einen positiven Antrag entgegengesetzt, weil wir die Sorgen dieser Regionen kennen. (Abg. Dr. Maitz: „Ihr seid ja auf Urlaub gewesen!“) Aber wir haben gesagt: Einer solchen Verordnung hat ein von der Landesregierung zu beschließender Müllbewirtschaftungsplan für die betroffenen Regionen beziehungsweise den zu entsorgenden Abfall einschließlich der dafür erforderlichen genehmigten Ersatzdeponien vorauszugehen. Das, meine Damen und Herren (Abg. Dr. Maitz: „Das wäre ein Rückschlag!“), würde ich Sie bitten, noch einmal zu überdenken, und zwar ausreichender zu überdenken als im Ausschuß, wo Sie weniger als zehn Minuten gebraucht haben, um mit Ihrer Mehrheit über diesen Vorschlag hinwegzubrausen.

Und ich fasse jetzt zum Abschluß noch einmal zusammen: Wir können Ihrem Vorschlag nicht zustimmen, weil

erstens das Herausgreifen einer einzelnen Bestimmung unsystematisch ist und nicht im entferntesten die gesamtsteirische Müllproblematik löst,

zweitens er zeitlich während laufender Parteigespräche überhastet eingebracht würde,

drittens die verfassungsrechtliche Problematik bedenklich ist und Entschädigungsfragen überhaupt nicht bedacht wurden,

viertens Sie nicht einmal jenen Regionen wirklich Hilfe bringen, denen Sie jetzt mit dem Schlagwort vom Ende des Mülltourismus Hoffnungen machen, die Sie dann in der Praxis nicht erfüllen können, aber dafür

fünftens in Kauf nehmen, daß – wie Sie wörtlich gesagt haben, und ich wiederhole es nochmals – einzelne Gemeinden oder Städte dann völlig in der Luft hängen.

Sie haben sechstens keine wie immer gearteten Strategien zur Müllvermeidung, Müllverringerung oder Müllverwertung.

Die Verordnung erweckt siebentens nur den Anschein, daß man tätig sei, ist in Wahrheit aber Gewissensberuhigung, um nicht zu sagen Kosmetik,

Sie achten Ihrer seit 13 Jahren bestehenden und sachlich begründeten überregionalen Verantwortung zur Erstellung von Müllbewirtschaftungsplänen zu entledigen suchen,

neuntens weil Sie sich schließlich auf Grund des Fehlens jeder sachlichen Notwendigkeit nicht wundern dürfen, daß man bei Ihrem Schritt auch nach

politischen Motiven rätselt (Abg. Dr. Maitz: „Weil wir sachlich den ersten Schritt setzen!“) und endlich

zehntens diese Novelle niemals jenen Mülltourismus stoppen kann, für den Sie durch 13jährige Untätigkeit verantwortlich sind. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Für soviel Polemik soviel Beifall, ist nicht notwendig!“)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Ludwig Rader, dem ich es erteile.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich war im Frühjahr des heurigen Jahres bei einer vom Kollegen Fuchs einberufenen Protestdemonstration in Halbenrain, wo Mitglieder dieses Hauses, höchste Repräsentanten dieses Hauses, mit körperlichem Einsatz garantiert haben, daß die Ausweitungen in Halbenrain nicht erfolgen werden und kein Baum fallen wird. Sie liegen in der Zwischenzeit.

Und ich war am Freitag im Murwald bei Fohnsdorf und habe dort Menschen getroffen, die mit dem Mut der Verzweiflung meiner Meinung nicht nur für ihr vermeintliches, sondern für ihr wirkliches Recht kämpfen. Sie tun es heute noch. Mit dieser heutigen Sondersitzung und dem heutigen Antrag legen die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei dieses Hauses ein Geständnis ab, nämlich das Geständnis, daß sie seit 1974 (Abg. Dr. Maitz: „Sehr schwer gearbeitet haben!“) ihre Pflicht nicht erfüllt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren (Glockenzeichen des Präsidenten. – Präsident: „Herr Abgeordneter Mag. Rader, einen Augenblick. Ich darf die Damen und Herren auf der Galerie ersuchen, sich jeder Beifallskundgebung oder ähnlichem zu enthalten!“) Die Beifalls- und Mißfallenskundgebungen der Damen und Herren der Galerie sind bei den nächsten Wahlen selbstverständlich angebracht.

Meine Damen und Herren, all das, was Sie mit Ihrer Verordnungsermächtigung heute beschließen wollen – (Abg. Schützenhöfer: „Herr Mag. Rader, reden Sie nicht zu groß. Sie sind nicht der Lehrmeister der Nation!“) Sie auch nicht! (Abg. Schützenhöfer: „Nein, ich auch nicht!“) Und wir werden Ihnen, Herr Kollege Schützenhöfer, dabei helfen. –, all das, Herr Kollege Schützenhöfer, können Sie nämlich seit 1974 bereits machen. Die heutige Verordnungsermächtigung beinhaltet im wesentlichen zwei Dinge:

erstens eine räumliche Eingrenzung des hereinzuholenden Mülls für eine bestimmte Müllentsorgungsanlage und

zweitens die Eingrenzung von Art und Menge des Mülls, der dort entsorgt werden kann.

Dazu hätte es der heutigen Verordnungsermächtigung in Wahrheit nicht bedurft, weil Sie bereits seit 1974 nach Paragraph 15 Absatz 4 durch die Erlassung jener Müllbeseitigungspläne genau das hätten machen können, nämlich

erstens die Müllbeseitigungsbereiche durch Festsetzung der Gemeinden, für die jeweils eine Müllentsorgungsanlage zu errichten ist, zu fixieren und

zweitens die Art der Abfälle, die durch die betreffende Anlage beseitigt oder nicht beseitigt werden können, ebenfalls festzulegen.

Sie haben das 13 Jahre lang nicht gemacht, und Sie legen heute mit dieser Sondersitzung und mit diesem Antrag ein Geständnis darüber ab und wollen sich die Ermächtigung holen, jetzt in einer Feuerwehraction den Versuch zu unternehmen, das nachzuholen, was Sie 13 Jahre lang versäumt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Dabei, meine Damen und Herren, war das Gesetz des Jahres 1974 eines der optimistischsten und fortschrittlichsten, das es in Österreich gegeben hat. Allein schon aus den erläuternden Bemerkungen sieht man, was man sich alles vorgestellt hat, nämlich, wenn Sie die Kostenfrage auf Seite 14 der damaligen Unterlage durchlesen, dann sehen Sie folgenden Optimismus: zehn Müllverbrennungsanlagen hätten errichtet werden sollen. Zehn geordnete Deponien, fünf Rotte-Deponien, und in wenigen Jahren – so der damalige Text – ist die Regelung in der Steiermark erledigt. Was haben wir heute, meine Damen und Herren? Die Müllentsorgungspläne fehlen, und zwar die der Landesregierung, wenn Sie es so haben wollen, denn der Kollege Dr. Strenitz kann zu Recht sich nicht von Verantwortung drücken und so tun, als ob nicht vier von neun Regierungsmitgliedern in der Steiermark von der Sozialistischen Partei gestellt würden. Wir haben keine einzige Müllverbrennungsanlage: Wir haben 16 mehr oder weniger geordnete Mülldeponien, vier Müllklärschlamm-Kompostieranlagen und eine Müllsortier- und -umladestation mit nachgeschalteten Mülldeponien, nämlich jene in Graz. Meine Damen und Herren, das ist Schilda auf österreichisch oder wenn Sie wollen, Schilda auf steirisch. Mit unerhörtem finanziellen Aufwand wird hier Bram hergestellt, Brennstoff aus Müll, in schönen kubikmetergroßen Quadern gebaut, mit Draht schon zugemacht, in einen Container verladen, hinausgeführt in den Karlsschacht und dort mit Schubraupen eingewalzt. Alles umsonst. Das ist Schilda. 800 Schilling pro Tonne dafür, daß der Müll genauso weggeschmissen wird, wie er vorher hätte weggeschmissen werden sollen. Das ist das Ergebnis von 13 Jahren Müllentsorgungspolitik.

Selbst wenn Sie die Situation 1974 sehen, damals hat es 422 wilde Mülldeponien gegeben, aber schon die zugegebenermaßen bestrittene Abfallerhebung unter den Gemeinden 1984 sagt im wesentlichen, daß nur eine einzige Deponie in der Steiermark halbwegs den rechtlichen Voraussetzungen entspricht; 29 Deponien nur eine behördliche Genehmigung besaßen, und das ist schon viel. Nur 47 Deponien befanden sich mehr als 200 Meter von bewohnten Objekten entfernt, und das ist schon wahnsinnig viel von insgesamt 67. Nur 21 Deponien sind mit einem Betriebsgebäude oder wenigstens mit einem Unterstand ausgestattet. Bei 17 Deponien wird wenigstens einmal wöchentlich eine Abdichtung des Mülls durchgeführt. Das sind die Positiva, die dieser Bericht sagt. 46 Deponien von 67 sind gegen das Grundwasser abgedichtet, womit Sie verstehen, warum die Leute oben im Murwald so skeptisch gegen all die Vorschriften sind. Nur bei zwölf Deponien bestand die Möglichkeit, durch Kontrollbrunnen Grundwasserproben zu entnehmen und bei 23 von 67 Deponien wurde eine Sickerwasser-

behandlung angegeben. Nur für 18 von 67 Deponien waren bei Beendigung der Ablagerung Langzeitvorkehrungen vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Es ist ein Bankrott, der angemeldet wurde, und heute haben wir einige brennende Probleme, die der Herr Kollege Dr. Strenitz mit den Flächenbränden, die in manchen Gebieten aufblühen, beschrieben hat, nämlich das brennende Problem Halbenrain, wo die Menschen darauf vertraut haben, daß sie eigentlich nur den eigenen Müll oder den der Region nehmen müssen, in der Zwischenzeit aber ein Zielland des Mülltourismus sind, wo die Steiermark froh wäre, wenn so viele Fremde im Fremdenverkehr herkämen würden, wie Müll in die Steiermark geschickt wird. Wir haben das Problem Kaiserwald, von dem heute überhaupt nicht gesprochen wird, weil alle schon darüber das Kreuz gemacht haben, weil der Kaiserwald ganz einfach überfahren werden soll. Wir haben das Problem Fohnsdorf, wo selbstverständlich nur mit kosmetischen Maßnahmen versucht wird, die Problematik in den Griff zu bekommen. Fazit der ganzen Überlegungen: Sie haben versagt. Versagt haben die zuständigen Referenten. (Beifall bei der VGÖ-AL.) Um sie namentlich zu nennen: zuerst der frühere Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl, dann der jetzige Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, der jetzige Bundesminister für Agrarfragen Dipl.-Ing. Josef Riegler; und einen Versuch der Reparatur unternimmt der jetzt zuständige Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller, der ganz einfach zu kurz im Amt ist, um als Landesrat, wohl aber als Abgeordneter, an diesem Versagen mitgewirkt zu haben. Was wir heute beschließen sollen, ist ein Zwischenschritt. Da hat der Kollege Dr. Strenitz recht, und da kommen Sie nicht darüber hinweg. Sie haben in Wahrheit in den letzten Jahrzehnten die Landeshauptstadt Graz bei der Problematik der Müllentsorgung schmachlich im Stich gelassen. Sie haben ihnen nicht geholfen, höchstens durch gute, aber nicht brauchbare Ratschläge, und Sie haben damit zugelassen, daß es heute eine Situation gibt, unter der die Bürger zu leiden haben und die mit politischem Hick-Hack schon gar nichts mehr zu tun haben kann. Es wird Ihnen nichts nützen, obwohl es angemerkt werden sollte: Seit Menschengedenken waren in der Zweiten Republik als zuständige Referenten für die Müllentsorgung in Graz sozialistische Referenten verantwortlich. Sie haben sich beim Land nicht durchgesetzt, sie haben es auch nicht geschafft, über ihre Regierungsmitglieder in der Landesregierung die notwendigen Maßnahmen zu erzwingen, aber Sie von der Mehrheit in diesem Land haben sowohl die sozialistischen Regierungsmitglieder als auch die Landeshauptstadt im Stich gelassen, und darüber kommen Sie nicht hinweg. (Abg. Erhart: „Wer war Bürgermeister?“ – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Was ist mit DDr. Götz? War er nicht auch einmal Bürgermeister? Ihn haben Sie schon wegrationalisiert!“) Wenn, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, der nicht zuständige Bürgermeister verantwortlich ist, dann ist heute der nicht zuständige Landeshauptmann verantwortlich. Sie können es sich aussuchen. Jedenfalls bin ich bereit, den auch jetzt nicht zuständigen Landeshauptmann für die heutige Situation verantwortlich zu machen. (Abg. Kröll: „DDr. Götz war auch einmal Bürgermeister!“) Lieber Kollege Kröll, wie soll es jetzt weitergehen? Wir machen heute einen kleinen Zwischenschritt, von dem

gehofft wird, daß er den Menschen durch rasche Verordnungserlassung dienen soll. Ich habe mir herauschreiben lassen, wie die formalen Vorgangsweisen sind, wenn wir heute diese Novelle beschließen. Bis das Landesgesetz durch das Land ausgefertigt und beim Bundeskanzleramt eingelangt ist – Sie wissen, daß die Bundesregierung acht Wochen Zeit hat, einen Einspruch zu machen –, vergeht mindestens eine Woche. Daher kann das frühestens am 21. Juli 1987 beim Bundeskanzleramt sein. Von dort muß die Novelle, die wir heute beschließen sollen, an den zuständigen Minister zur Bearbeitung. Sodann eine Behandlung im nächsten Ministerrat. Die nächste Ministerratssitzung nach der Beschlußfassung ist am 28. Juli. Sogar Optimisten halten es für kaum möglich, daß am 28. Juli dieses Stück im Ministerrat ist. Die übernächste Ministerratssitzung ist erst wieder am 25. August 1987. Daher kann die Bundesregierung erst am 25. August 1987 beschließen, daß sie gegen diese Novelle keinen Einspruch erhebt. Wenn sie das tut, das heißt, wenn das zuständige Ministerium rasch genug ist und zu diesem Zeitpunkt vorlegt, dann geht das Landesgesetz zurück zum Land, wird durch die zuständigen Regierungsmitglieder unterfertigt, gedruckt und verlautbart. Das dauert mindestens wieder ein Monat, so daß das, was wir jetzt beschließen, nach Menschengedenken nicht vor Ende September in Kraft treten könnte. Nach Ihrem eigenen Willen haben wir zu diesem Zeitpunkt allerdings schon die Beschlußfassung der neuen gesetzlichen Grundlagen, wenn schon nicht hinter uns gebracht, so zumindest in unmittelbarer Vorbereitung, das heißt, ich halte es für ausgeschlossen, was der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller heute im Rundfunk erklärt hat, daß Anfang September eine Verordnung auf Grund einer Gesetzesnovelle ergeht, die frühestens Ende September in Kraft tritt. (Abg. Dr. Maitz: „Er wird Sie aufklären!“) Das heißt, ich befürchte, wenn es nicht sehr schnell geht, werden wir zwar heute einen Zwischenschritt beschließen, der aber in Wahrheit nicht so viel bringen wird, wie wir uns erwarten. Ich bitte daher, daß wir gegenüber den Menschen fair sind und sagen, daß wir zwar einen Schritt setzen, 13 Jahre zu spät, aber daß dieser Schritt möglicherweise in der Raschheit, die man erwartet, die nötigen Konsequenzen, die man erwartet, nicht bringen wird.

Ich halte es daher für erforderlich, meine Damen und Herren, daß der steirische Landtag – und ich hoffe jetzt wirklich gemeinsam, Herr Kollege Schützenhöfer – (Abg. Schützenhöfer: „Das ist recht ungeheuerlich, Herr Kollege Mag. Rader!“) Lehrmeister der Nation pflegen immer mit dem Finger zu zeigen. Das tun Sie immer, stelle ich gerade fest. (Abg. Schützenhöfer: „Sie wissen, daß wir auf Sie Rücksicht genommen haben bei der Unterschriftensammlung!“) Geh, Herr Kollege, sagen Sie mir das nachher. Dann müssen Sie nicht so schreien.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß wir uns jetzt gemeinsam dazu finden können, eine Resolution zu beschließen, die die Landesregierung ersucht, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, von diesem Zeitplan abzugehen und rascher – viel rascher – die nötigen Zustimmungen zu geben, damit der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller viel rascher die nötigen Verordnungen erlassen kann.

Ich stelle daher namens meiner Fraktion sowie namens der grün-alternativen Fraktion folgenden Antrag:

Im Antrag, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Abfallbeseitigungsgesetzes 1974, wird ausgeführt, daß es ein Gebot der Dringlichkeit sei, daß eine Sofortmaßnahme jene gesetzlichen Voraussetzungen schafft, um den unmittelbar anstehenden Problembereich des Mülltourismus einzugrenzen beziehungsweise Fehlentwicklungen hintanzuhalten. Um das rasche Wirksamwerden dieser Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz sicherzustellen, wird beantragt: Der Hohe Landtag – Herr Kollege Schützenhöfer – wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird, um das rasche Inkrafttreten der Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz sicherzustellen, aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, gemäß Paragraph 98 Bundesverfassungsgesetz beziehungsweise Paragraph 21 Landesverfassungsgesetz der Kundmachung dieser jetzt zu beschließenden Novellierung möglichst rasch, jedenfalls vor Ablauf der achtwöchigen Einspruchsfrist, zuzustimmen.

Ich habe mir erlaubt, bereits am Morgen bei der Klubobmännerkonferenz diesen Antrag dem Herrn Präsidenten zu überreichen, und ich bitte ihn daher abzustimmen. Aber, weil der Herr Kollege Schützenhöfer einen Zwischenruf im Zusammenhang mit der weiteren gesetzlichen Entwicklung gemacht hat:

Meine Damen und Herren und lieber Kollege Schützenhöfer, auch wenn Sie dem Kollegen Dr. Strenitz zu Recht vorwerfen können, daß Sie ja nicht allein die Landesregierung stellen, sondern immer nur die Mehrheit, und dann darauf hinweisen (Abg. Schützenhöfer: „Das ist das persönliche Problem des Herrn Dr. Strenitz!“), wenn Sie es brauchen, und aufs Gegenteil hinweisen, wenn Sie es nicht brauchen. Faktum ist, daß Sie diesem Haus einen Gesetzesentwurf vorgelegt haben (Abg. Schützenhöfer: „Das schafft er innerlich nicht ganz!“), bei dem Sie genau das tun, was Ihnen vorgeworfen wird. Nämlich sich genau der Verantwortung, die Sie 13 Jahre lang nicht wahrgenommen haben, zu entledigen und die Problematik jetzt, wo es beinahe zu spät ist, wieder den Bürgermeistern umzuhängen.

Und da nützt Ihnen alles nichts, meine Damen und Herren (Beifall bei der SPÖ, FPÖ und VGÖ/AL.), auch nicht, wenn Sie einen Bürgermeister ans Rednerpult schicken, der sicher gegen seine eigene tiefe persönliche, innere Überzeugung die Parteilinie vertritt und sagt, daß die Bürgermeister damit einverstanden sind.

Auch der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat zugegeben, daß mit ein Grund für die Verschiebung dieses Gesetzes war, daß Sie aus Ihrem eigenen Bereich, aus dem Bürgermeisterbereich, mehr Widerstand erhalten haben, als Sie das je erwartet haben, meine Damen und Herren. Das ist die nüchterne Realität. Auch Ihre Bürgermeister lassen sich nicht vergewaltigen, auch Ihre Bürgermeister lassen sich nicht ein Problem zuschieben, das sie in Wahrheit allein nicht bewältigen können.

Und jetzt, meine Damen und Herren, zu jenem Volksbegehren, das wir eingeleitet haben: Jawohl, Herr Kollege Schützenhöfer, wir haben dieses Volks-

begehren eingeleitet, weil niemand, der sich in diesem Land verantwortlich fühlt, zuschauen kann, wie eine Lösung getroffen wird, von der alle, die weiter denken als bis zur nächsten Wahl, wissen, daß sie die Müllproblematik nicht lösen, sondern weiter verschlechtern wird, meine Damen und Herren. Und daher gibt es nur eine wirkliche, gesamtsteirische ordentliche Lösung – und ich nehme das Wort vom Abgeordneten Kröll auf, der sagt: „Es muß eine ordentliche Lösung sein“ (Abg. Pörtl: „Herr Mag. Rader, das ist Zentralismus!“). Nicht abschieben auf die Bürgermeister, nicht abschieben auf Gemeindeverbände, die Sie vorher fixieren, ohne zu wissen, ob die Entsorgungsgebiete für die zu planenden Müllanlagen überhaupt die optimalen sind, sondern, meine Damen und Herren, eine Gemeinsamkeit zwischen allen Gemeinden – (Abg. Schützenhöfer: „Sie haben uns den Fristenlauf erklärt!“) Auf den Fristenlauf kommen wir noch zurück. (Abg. Schützenhöfer: „Aber weil wir Demokraten sind, haben wir auf Ihre Unterschriftensammlung Rücksicht genommen, und das werfen Sie uns in diesem Zusammenhang wieder vor: Also, was wollen Sie?“) Das werde ich Ihnen gleich sagen, wenn Sie mich diesen Satz zu Ende sprechen lassen.

Was wir brauchen, ist eine Gemeinsamkeit zwischen allen Gemeinden und dem Land Steiermark, Herr Oberschulrat. Was wir brauchen, Herr Oberschulrat, ist eine Gemeinsamkeit aller Gemeinden und dem Land Steiermark, und zwar genauso konstruiert, daß auch die finanzielle Mitverantwortung des Landes von vornherein fixiert ist. (Beifall bei der FPÖ.) Und was wir weiter brauchen, ist, Herr Oberschulrat Schützenhöfer (Unverständlicher Zwischenruf.), daß wir, weil Sie gerade die Ideologie ansprechen, es einmal schaffen, bei einer so schwerwiegenden Problematik über die ideologische Basis hinwegzuspringen.

Und ich verstehe da auch die sozialistischen Kollegen nicht. Ich jedenfalls bin in der Lage, Herr Kollege Schützenhöfer, über meine ideologischen Grenzen hinwegzuspringen, und wir treten dafür ein, daß private Unternehmer Müllentsorgungsanlagen nicht mehr betreiben dürfen, meine Damen und Herren, weil die Problematik in Halbenrain, die Problematik in Fohnsdorf und die Problematik im Kaiserwald weniger eine Problematik der dortigen Mülldeponien ist, sondern eine Problematik der dort tätigen privaten Firmen, meine Damen und Herren, auf die Sie sich verlassen, daß sie Ihnen die Schmutzarbeit abnehmen, und die Sie abdecken, damit sie diese Tätigkeit ausführen können, meine Damen und Herren. Das ist die nüchterne Realität! (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, die jetzige Novelle (Abg. Schützenhöfer: „Euch geht es gemeinsam mit dem Herrn Dr. Strenitz darum, den Flächenbrand nicht ausgehen zu lassen!“) ist nichts anderes, als einen Schlauch für eine Feuerwehreaktion zur Verfügung zu stellen. Sie haben lange genug, und zwar 13 Jahre lang, zugeschaut, bis es zu brennen begonnen hat, und jetzt möchten Sie vom Landtag einen Feuerwehrschauch haben, um wenigstens die kleinsten Auswirkungen dieses Brandes löschen zu können.

Meine Damen und Herren, die Sozialistische Partei wird Ihnen, wie ich sehe, nicht zustimmen und wird Ihnen nicht erlauben, einen Feuerwehrschauch zur

Brandlöschung in die Hand zu nehmen. Ich bin der Meinung, daß man das nicht tun kann.

Warum sollen die Menschen darunter leiden, daß Sie 13 Jahre Versäumnisse begangen haben. Wenn Sie heute mit dieser Sitzung dieses Geständnis ablegen und wenn Sie sich heute die Ermächtigung holen wollen, wenigstens wenige Auswirkungen in den nächsten Monaten eindämmen zu können, dann werden Sie für diese Maßnahme unsere Unterstützung haben. Ich bin überzeugt, daß Sie es nicht schaffen werden, aber die Möglichkeit dazu soll man Ihnen geben, und ich hoffe, daß auch Sie in der Lage sein werden, wenn wir dann die wirklichen Müllbewirtschaftungsgesetze in der Steiermark im Herbst diskutieren werden, daß auch Sie einmal über Ihren ideologischen Schatten hinwegspringen. Das wünsche ich vor allem der steirischen Bevölkerung. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde versuchen, das Problem möglichst sachlich anzuschauen, wie das der Herr Abgeordnete Kröll gemeint hat, obwohl hier heute schon mehr als genug Parteipolitik für Stimmung gesorgt hat. Ich vermisse hier herinnen viel mehr Problembewußtsein, und ich vermisse auch so etwas wie eine Müllphilosophie.

Zu dem Antrag: In den Erläuterungen zum Initiativantrag heißt es: „Es ist ein Gebot der Dringlichkeit, als eine Sofortmaßnahme jene gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit der unmittelbar ausstehende Problembereich des Mülltourismus eingegrenzt beziehungsweise Fehlentwicklungen hintangehalten werden können.“ Wir fragen uns, ob das mit dieser Novelle tatsächlich möglich sein wird. Was haben sich die Verantwortlichen für diesen Antrag dabei gedacht, wenn sie, um Einzugsbereiche für bestehende und geplante Müllanlagen festzulegen, sich allein auf das Motiv der Abwehr oder Beseitigung der drohenden Gefahr für die Gesundheit von Menschen und Tieren, für die Reinhaltung des Bodens, der Gewässer und der Luft sowie von unzumutbaren Belästigungen der Nachbarschaft und der Verkehrsteilnehmer stützen, nicht bedenkend, daß zwischen der drohenden Gefahr für die Gesundheit von Menschen und der Frage, woher der entsorgte Müll kommt, kein Zusammenhang zu sehen ist?

Müll aus Schladming ist nicht, weil er aus Schladming kommt, gefährlicher als Müll aus Radkersburg. Zur Ausschaltung einer Gesundheitsgefährdung wird der Müll nach dem Kriterium der örtlichen Herkunft differenziert, das hiezu nicht geeignet ist. Eine Differenzierung, die sachlich nicht gerechtfertigt ist. Ein solches unsachliches Gesetz, ausgeführt durch die Verordnung, den Untersagungsbescheid, beschränkt das Grundrecht auf Eigentum und Erwerbsfreiheit, sofern es auf Privatanlagen angewandt wird. Es würde infolge der Anfechtung des Bescheides zu einer Aufhebung der Gesetzesbestimmung, nicht nur aus diesem Grund, durch den Verfassungsgerichtshof kommen.

Unter diesem Aspekt ist auch verständlich, warum man verzichtet hat, für dieses wacklige Gebot eine Strafe vorzusehen und allein die Vollstreckung des Untersagungsbescheides bleibt. Meinen die Antragsteller wirklich, daß damit den Radkersburgern geholfen wäre? Hofft man darauf, daß trotz Ergreifung von Rechtsmitteln die Vollstreckbarkeit des erstinstanzlichen Bescheides ermöglicht wird und es zunächst einmal so aussieht, als würde die Regelung greifen?

Glaubt man, daß ohnehin rechtzeitig das Müllbeseitigungsgesetz nachrücken würde? Der jetzige Entwurf spricht in keinem Punkt das Problem der Altanlagen an. Die derzeit laufenden Verfahren, die Errichtung und Erweiterung von Deponien betreffend, stellen ein bedeutend ernsteres Problem dar als die Einschränkung des Mülltourismus. Die Errichtung einer Deponie ist eine Entscheidung, die auf Jahrhunderte weiterwirkt. Es ist daher die Frage zu stellen: Sind die jetzt im Bau befindlichen Deponien von der Art, daß sie unseren heutigen Erkenntnissen und Forderungen für einen Deponiestandort gerecht werden?

Ich möchte jetzt den Bezug zur Mülldeponie Murwald-Fohnsdorf machen. Die Deponie in Fohnsdorf steht jetzt als Symbol für die Verdrängung der Wegwerfgesellschaft. Genauso wie Zwentendorf als Symbol für den Glauben an die Unfehlbarkeit der Technik und Hainburg für die Mißachtung der Natur gestanden sind. Zwentendorf, Hainburg und Fohnsdorf haben etwas gemeinsam: Die Diskussion um die Rechtssicherheit beziehungsweise den Rechtsstaat. Hier wie dort wird und wurde davon gesprochen, daß zum Zeitpunkt der Planung und Genehmigung im guten Glauben gehandelt und ein gewisser Fortschritt erreicht wurde. Das ist aber heute zu wenig. Wir stehen heute überall vor der Situation, daß das, was noch vor Jahren in der Ära der Wegwerf- und Verschwendungsgesellschaft gegolten hat, heute nicht mehr anzuwenden ist. Die Maßnahmen laufen den Meldungen über Schäden der Umwelt hinten nach. Das Beispiel Grundwasserbelastung, Waldsterben kennen Sie wahrscheinlich alle. Wir können und dürfen uns also nicht auf das verlassen, was vor Jahren genehmigt wurde. Es hilft auch nicht, auf wohlerworbene Rechte und den Rechtsstaat zu pochen. Genau dieser Rechtsstaat sieht auch hier Lösungsmöglichkeiten vor. Nicht zufällig können Bescheide bei Allgemeingefährdung aufgehoben werden. Nicht zufällig sind sowohl im vorliegenden Entwurf für die Richtlinien zur Errichtung von Mülldeponien als auch in den bestehenden Richtlinien für geordnete Mülldeponien, erlassen vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, „Flächen über Grundwasservorkommen, die nach Menge und Qualität für eine Wassernutzung geeignet sind“, nicht geeignete Standorte. Wir müssen in jedem Fall umdenken. Unsere Pflicht ist es, zu lernen, Fehler der Vergangenheit einzugestehen, anstatt sie zu vertuschen. Nicht unsere Pflicht ist es, das geringere Übel zu wählen. Es geht nicht an, mit einer halben Grundwasserverschmutzung zu argumentieren, auch nicht damit, daß diese Grundwasserverschmutzung durch diverse Auflagen erst einige Jahre oder Jahrzehnte später erfolgen wird. Die Frage lautet vielmehr: Kann die Grundwasserverschmutzung ausgeschlossen werden? Ja oder nein. Darauf gibt es nur eine Antwort: Keine künstliche Dichtung kann nach heutigem Stand des Wissens auf

alle Zukunft einen Schutz des Grundwassers leisten. Zumindest nicht bei Deponien, auf denen Müll gelagert wird, der noch reagiert, das heißt, wo nach vielfältige Prozesse ablaufen, vom Sickerwasser bis zu den Sickerölen, wie wir am Beispiel Hamburg Georgswerder erlebt haben. Deshalb ist auch, falls heute hier davon geredet werden sollte, jedes Übernehmen von Verantwortung nur so viel wert, wie entsprechende konkrete Beschlüsse gefaßt werden. Konkret heißt hier: keine Deponie auf einer Fläche, wo unterhalb Grundwasser gefährdet ist; konkret heißt also: keine Deponie im Murwald in Fohnsdorf. (Präsident Zdarsky: „Ich ersuche das Publikum, von Äußerungen abzu- sehen!“) Ich danke für die Äußerungen. Ich muß dazu sagen, ich erlebe hier so wenig Zustimmung, daß es mir guttut, wenn sie einmal von der Galerie kommt. (Abg. Dr. Maitz: „Zur Geschäftsordnung!“)

Präsident Zdarsky: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Die Frau Abgeordnete verletzt ein Gesetz des Landes, wenn sie die Publikumsäußerungen hier provoziert. Es ist ausdrücklich in der Geschäftsordnung vorgesehen, daß im Publikum keine Äußerungen zu den hier stattfindenden Debatten möglich sind. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das ist die schweigende Mehrheit. Das ist hier keine Geheimstube!“ – Abg. Schrammel: „Aber auch keine Wirtsstube!“)

Abg. Kammlander: Ich möchte eine Berichtigung zur Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Maitz anbringen. Ich habe die Beifallskundgebungen nicht provoziert. Sie sind von selbst gekommen. Ihr Aufruf war in diesem Fall umsonst. (Abg. Dr. Maitz: „Sie provozieren!“ – Mehrere unverständliche Zwischenrufe.) Ich provoziere nicht, ich rede ganz einfach so, wie Sie vorher geredet haben, Sie haben gebrüllt, rundherum, von jeder Seite. Ich tue nichts anderes, als Sie alle tun.

Präsident Zdarsky: Zur Sache. Frau Abgeordnete, fahren Sie mit Ihrer Wortmeldung fort. Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Korber, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Abg. Kammlander: Ich möchte in meiner Wortmeldung fortfahren. Um die zunehmende Schwierigkeit zu bewältigen, gewählte Standorte, Anlagetechniken und Einzugsgebiete festzusetzen, müssen diese Planungsvorhaben lange und ausführlich mit den Betroffenen erörtert werden. Was wir für die Zukunft ganz besonders benötigen, ist die offene Einbeziehung der Bürger in den Entscheidungsprozeß. Würden Sie mir bitte zuhören, jetzt muß ich schon resolut werden.

Dabei muß sich jeder einzelne Bürger bewußt werden, daß unsere Abfallbeseitigung nicht nur durch Techniker, Beamte und Politiker gelöst werden kann, sondern daß das Verhalten jedes einzelnen Bürgers als Konsument dabei eine wichtige Rolle spielt.

Die Vorgangsweise der Landesregierung in einzelnen Bewilligungsverfahren der Vergangenheit läßt die Verwunderung, die einem beim Durchlesen des Textes überkommt, zur Skepsis reifen.

Wir wissen, daß im gewerberechtlichen Bewilligungsverfahren in Halbenrain das Land nicht von seiner Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft auf Herz und Nieren zu überprüfen. Das Land war mit seiner Berufungsentscheidung mehr als sechs Monate säumig, so daß die Zuständigkeit ans Bundesministerium überging. Da aber nur der Anlagenbetreiber gegen eine beschränkende Auflage Berufung erhoben hatte, konnte er, nachdem er die übrigen Bewilligungen hatte, zu roden beginnen. Wir wissen auch, daß im wasserrechtlichen Verfahren im Kaiserwald das Land eine solche abweisende Entscheidung erließ, von der sie von vornherein wußte, daß sie im Berufungsverfahren nicht halten würde. Wir wollen keine Scheinhandlungen!

Die Festlegung von bestimmten Einzugsgebieten ist als echte Bewirtschaftungsregel einzustufen, muß also Teil eines Müllbewirtschaftungsgesetzes sein. Ein solches hat nicht nur die menschen- und umweltschonende Entsorgung von Müll zum Ziel, sondern sehr viel mehr: eine geordnete Müllwirtschaft im Sinne einer gerechten Verteilung der Lasten der Müllentsorgung und die Einsparung von Rohstoffen und Energie. Unter diesen Aspekten wird die verbindliche Festlegung von Einzugsgebieten gerechtfertigt sein. Leider hat man sich in den bisherigen Verhandlungen zu einem Müllbewirtschaftungsgesetz auf den Punkt, wer die Müllbewirtschaftungspläne erstellen soll, das Land oder der Gemeindeverband, verbissen. Wir sehen die Planungskompetenz beim Land, und man hat die Zeit zur Klärung anderer Fragen ungenützt verstreichen lassen. Solche Fragen sind beispielsweise, für die es allerdings in den Entwürfen keinerlei Ansätze gibt. Ich vermisse auch im SPÖ-Entwurf, obwohl vorhin der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz so schön über den Müll und die Müllvermeidung gesprochen hat – dieser Entwurf enthält genausowenig wie der andere von der ÖVP.

Wir vermissen ganz besonders: Was kann das Land zur Müllvermeidung beitragen? Zu den Maßnahmen zur Abfallvermeidung zählen typischerweise die Beschränkung von Verpackungen und Gebinden, die Festlegung einer Waren- und Verpackungskennzeichnungspflicht im Hinblick auf die mögliche oder notwendige Entsorgungsart und eine eventuell bestehende Bepfandung und eine Verpflichtung zur Rücknahme gebrauchter Waren, Warenreste und Verpackungen. Solche Regelungen fehlen in beiden Entwürfen.

Anlässlich jüngster Rechtsmeinungen ist es nicht gerechtfertigt, sich auf eine mangelnde Gesetzgebungskompetenz des Landes zu solchen Verordnungsermächtigungen zu berufen. Wie Sie wahrscheinlich wissen und wie wir alle wissen, hat Niederösterreich in seinem Abfallbewirtschaftungsgesetz hier mutige Schritte gesetzt. Ohne Zweifel ist auf alle Fälle die Möglichkeit des Landes, für den Bereich der landwirtschaftlichen Produktion und des landwirtschaftlichen Handels, soweit nicht die Gewerbeordnung greift, solche Beschränkungen festzusetzen, gegeben. Auch dies ist nicht geschehen.

Abfallwirtschaft ist der komplementäre Begriff zur Produktionswirtschaft. Es muß angestrebt werden, möglichst viele Produktions-, Nutzungs- und Verwer-

tungskreisläufe zu unterhalten beziehungsweise gegebenenfalls zu schließen. Wir werden damit von der Wegwerf- zur Sortiergesellschaft kommen.

Diskutiert werden muß auch eine progressive Tarifpolitik für die Müllabfuhr zwischen Haushalt und Gemeinde beziehungsweise für die Müllentsorgung zwischen Gemeinde und Gemeindeverband. Kein Problem wäre es, der eigenen Landesverwaltung vorbildliches Handeln aufzutragen, in ihrer Mittelbeschaffung und -verwendung die Grundsätze der Müllvermeidung und -verwertung zu berücksichtigen.

Weiters hätte das Land im Rahmen der Wirtschaftsförderung jene Unternehmen vorrangig zu unterstützen, die Produkte erzeugen, die nach Gebrauch in Verhältnis zu gleichartigen Produkten geringere Abfälle hervorbringen oder deren Abfälle leicht einer Wiederverwertung zugeführt werden können. Für die Wirtschaftsförderung wäre also der Grundsatz festzulegen, daß abfallvermeidende beziehungsweise abfallwiederverwendende Unternehmen in der Wirtschaftsförderung vor anderen den Vorzug haben.

Es fehlt auch die Installierung von Müllberatern, die einiges an Aufklärungsarbeit zu leisten hätten. In unserer Stellungnahme zum neuen Müllbewirtschaftungsgesetz sind wir auch auf die Aufgabenerfüllung durch Private eingegangen. Es heißt dazu, daß jede Müllentsorgung, die nicht die Wiedereingliederung des Abfalls als Ware in anderer Form in den Wirtschaftskreislauf zum Ergebnis hat, nur durch die öffentliche Hand erfolgen soll. Die Prinzipien, die dem privaten wirtschaftlichen Handeln zugrunde liegen, widersprechen dem Ziel einer volkswirtschaftlich tragbaren Müllbeseitigung. Der Private strebt eine optimale Auslastung des eingesetzten Kapitals an, das heißt eine schnelle Auffüllung des Deponiegrundes, der Anteil der variablen Kosten ist gering. Bei einer Bezahlung pro Kilogramm Müll ist diese Vorgangsweise betriebswirtschaftlich verständlich. Umweltvernichung, Gesundheits- und Umweltgefährdung stellen in erster Linie externe Effekte dar. Aus diesem Grund müssen Deponien und bloße Vorstufen zur Beseitigung allein von der öffentlichen Hand, sprich dem Gemeindeverband, getragen werden.

Wir wissen aus Niederösterreich, daß der Herr Landesrat Pröll auf Grund der Stimmung und des Mißtrauens in der Bevölkerung für alle Anlagen eine Mehrheitsbeteiligung durch die öffentliche Hand vorschlägt.

Ein zweiter großer Problembereich wäre, wie eine Umsetzung der Müllbewirtschaftungspläne zu gewährleisten ist. In den Entwürfen findet sich nur ein dürftig ausgestaltetes Bewilligungsverfahren für die Entsorgungsanlagen. Das Bewilligungsverfahren für Entsorgungsanlagen müßte zumindest zwei zentralen Anliegen gerecht werden:

Erstens: Die Regeln des Nachbarschaftsschutzes, wie sie im gewerblichen Betriebsanlagenrecht fehlen, sollten auch für Anlagen, die vom Gemeindeverband unmittelbar getragen werden, gelten.

Zweitens: Die Müllbewirtschaftungsgrundsätze sollten zu Parteirechten der Nachbarn ausgestaltet werden.

Ich will erklären, was ich unter dem letzteren meine: Im Entwurf heißt es, daß der Betriebsplan, der den

Standort, den Müllentsorgungsbereich, das beabsichtigte technische Verfahren, die Art des zu entsorgenden Mülls beinhaltet, dem Sachprogramm für Abfallbeseitigung und dem Müllbewirtschaftungsplan zu entsprechen hat. Diese ihrerseits sind nach den Müllbewirtschaftungsgrundsätzen, insbesondere der verbindlichen Rangordnung Vermeidung, Verringerung, Verwertung und zuletzt erst Deponierung, zu erstellen. Wird diese Rangordnung ernst genommen, so sind Anzahl und Umfang der Restdeponien aus der Menge und Art des Müllanfalles und den wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten zur Vermeidung, Verringerung und Verwertung bestimmbar. Eine darüber hinausgehende Belastung sollte den Nachbarn einer Deponieanlage nicht zugemutet werden. Es ist durchaus gerechtfertigt, auf das Ergreifen aller rechtlich gebotenen Mittel zur Vermeidung, Verringerung und Verwertung des Mülls durch den Gemeindeverband den betroffenen Nachbarn ein Recht zu gewähren, daß die Errichtung einer Deponie nur dann zulässig ist, wenn dieses oben angeführte Mittel ergriffen wurde. Die Belastungen der Nachbarn durch Emissionen sind je nach Deponiegröße und Auslastungsgrad jeweils andere. Insofern würde der Rechtsanspruch des privaten Konsenswerbers auf Bewilligung der Errichtung davon abhängen.

Zur Erleichterung der Entscheidung der Bewilligungsbehörde, ob nun die Belastung der Nachbarn durch die konkrete Anlage im Verhältnis gerechtfertigt ist, müßten geeignete Feststellungsregeln in Durchführungsverordnungen geschaffen werden. Zu denken wäre auch daran, im jeweiligen Müllbewirtschaftungsplan, der nur vom Land erlassen wird, quantitative Vorgaben mit fixem Zeithorizont, das heißt, wieviel Müll soll bis wann verringert werden, für die Umstellung der Entsorgung von der reinen Deponierung auf mögliche Einbeziehung der Abfallverwertung, -verringerung und -vermeidung zu machen.

Eine Deponie ist nur innerhalb des durch diese Vorgaben erstellten quantitativen und zeitlichen Rahmens zulässig. Dies wäre ein wesentlicher Schritt, das Vertrauen der Bevölkerung in Sachen Deponien wiederzugewinnen! Berechtigter Unmut, ein paar Anrainer sind die Dummen, und alle produzieren ungemutet Müll, könnte so in sachliche Bahnen geleitet werden. Dies wären nur einige der Punkte, für die wir unseren Geist und unser Engagement verwenden sollten, um ein optimales Müllbewirtschaftungsgesetz zu erstellen. Ein Müllbewirtschaftungsgesetz, das auch hält, was es verspricht. Es wird über den Sommer wichtig sein, angesichts der in der Vergangenheit durch Nichtentscheidung entstandenen Problematik, möglichst im Konsens über alle Parteien hinweg, eine gemeinsame Lösung zu finden. In diesem Zusammenhang steht weit mehr als die Müllproblematik auf dem Spiel. Es geht hier letztlich auch um die Funktionsfähigkeit der Demokratie.

Ich möchte noch zum Text des Entwurfes kommen. Er zeigt die Übereiltheit, wie das passiert ist. Da heißt es im ersten Satz: „Zur Abwehr oder Beseitigung der drohenden Gefahr für die Gesundheit von Menschen und Tieren, der Reinhaltung des Bodens, der Gewässer oder der Luft . . .“ Es wird Ihnen wahrscheinlich auffallen, daß da ein Fehler drinnen ist. Es müßte heißen: „Zur Abwehr oder Beseitigung der drohenden Gefahr

für die Reinhaltung des Bodens . . ." denn sonst kommt wirklich ein Blödsinn heraus. Ich danke schön. (Beifall bei der VGÖ/AL.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Hirschmann: Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Wir führen eine Debatte über ein Gesetz, das wir heute nicht beschließen. Das macht aber nichts, weil alle Probleme natürlich angesprochen werden können, sollen und müssen. Ich meine nur, wir sind ja, wenn ich mich nicht irre, mit allen Fraktionen dieses Hauses in Verhandlungen, und da wäre die Gelegenheit, alle gutgemeinten Vorschläge und Ideen, die heute zu Recht vorgetragen wurden, dort einzubringen und einer vernünftigen gemeinsamen Lösung zuzuführen. Ich möchte aber doch zu den Ausführungen des Kollegen Dr. Strenitz und des Abgeordneten Mag. Rader etwas anmerken: Ich habe den Eindruck, Sie sind heute sehr frustriert, daß Sie im Sommer hier noch einmal sitzen müssen. Sie haben nämlich geglaubt, Sie entkommen der Geschichte auf eine ganz billige Tour. Sie sind 14 Tage im Mittelmeer gekreuzt, Gott möge Ihnen das gönnen, wir persönlich auch, aber diese Zeit hätten wir zum Beispiel gut nützen können, um die Dinge, die wir heute hier beschließen wollen, gemeinsam mit Ihnen einer Lösung zuzuführen. (Abg. Dr. Strenitz: „Zehn Tage sind wenig im Vergleich zu 13 Jahren!“) Aber daß Sie, Herr Dr. Strenitz, deswegen so frustriert sind, daß Sie heute hier sitzen müssen! Eines wird auf Dauer nicht gehen, daß Sie draußen bei den Leuten etwas anderes sagen als hier, nämlich daß wir verschleppen, verzögern. Aber wenn es hier auf die Arbeit ankäme, dann sind Sie nicht da. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Strenitz: „Das ist billigst. Wo sind Sie in den letzten 13 Jahren gewesen?“ - Abg. Trampusch: „Kennen Sie diese Fakten?“) Lieber Herr Trampusch, zu den Dingen komme ich gleich. Ich weiß, Sie drückt Ihr schlechtes Gewissen, und Sie wissen auch, daß die Leute das durchschauen. Wer fährt denn um diese Zeit auf Urlaub? Noch einmal: Ich gönne es Ihnen, aber wir hätten das in der Zeit reparieren können. Weiters, Herr Dr. Strenitz. Ich brauche kein Tiefenpsychologe zu sein und Sigmund Freud studiert zu haben, aber wenn einer so oft das Wort „Nervosität“ in den Mund nimmt wie Sie, dann muß er schon sehr nerven. (Beifall bei der ÖVP.) Dazu noch etwas Wohlgemeintes, Herr Dr. Strenitz. Wir haben alle gemeint, Sie sind für die Entscheidung, da oben zu sitzen, schon durch, aber offenbar haben Sie heute nochmals eine Maturarede halten müssen für den Gang da hinauf.

Zur Sache zurück. Wenn wir heute diese Novellierung beschließen, dann geht es uns darum, was Sie hier immer angezogen haben oder der Abgeordnete Mag. Rader, um die Menschen. Jawohl, es geht uns um die Betroffenen in Halbenrain, in Fohnsdorf und wo immer auch, daß wir in einem weiteren Zwischenschritt einer stufenweisen Entwicklung eine gute Lösung finden. Und noch einmal: Ihre Urlaubsprobleme sind uns in diesem Zusammenhang relativ egal. (Beifall bei der ÖVP.) Es wäre schön gewesen, wären Sie dem klugen Rat Ihres Landesrates Dr. Klau-

ser gefolgt, dann hätten wir die Probleme nämlich schon hinter uns und wir könnten uns schon der nächsten Etappe widmen. Aber, wie gesagt, es sind nicht unsere Probleme, wenn Ihre Fraktion ständig in zwei Gruppen geteilt ist. (Abg. Trampusch: „Was sagen Ihre Handelskammervertreter zum Müllbeseitigungsgesetz? Sie sind nicht nur in zwei Gruppen geteilt, sondern in drei bis vier!“) Lieber Herr Abgeordneter Trampusch! Bei uns gibt es immer viele Meinungen im Diskussionsstadium, aber am Schluß gibt es eine gemeinsame Lösung, zu der wir alle stehen. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist der Unterschied zu euch. Ihr steht nämlich zu überhaupt keiner Lösung. (Abg. Sponer: „Ist das die Sachlichkeit, die der Kollege Kröll gemeint hat? Dann werden wir uns auch darauf einstellen!“ - Abg. Dr. Strenitz: „Der Kollege Kröll ist selbst ein Mülltourist!“ - Abg. Kröll: „Wieso?“ - Abg. Dr. Strenitz: „Was ist mit Bad Aussee?“) Wortmeldungen werden bei der Frau Präsidentin jederzeit entgegengenommen, falls jemand das Bedürfnis hat.

Herr Dr. Strenitz, Sie sprechen auch in guter sozialistischer Manier - nicht alle, aber die meisten - nur zum Thema Vergangenheit, aber keine Perspektive, kein konstruktiver Vorschlag. Das ist mir ein bißchen zu wenig für eine große Fraktion, wie Sie es sind. Es ist zu wenig, wenn man sich nur zum Thema Schuldzuweisung ans Pult stellt.

Apropos 13 Jahre nichts getan. Sind wir doch nicht so naiv. Der Umweltschutz ist kein Eldorado für Phrasendrescherei und für endgültige Lösungen. Wir wissen ganz genau, daß es um zähe, geduldige Arbeit, um stufenweise Entwicklung geht und das nicht nur im Vergleich zu anderen Bundesländern in Österreich. Wenn man sich auch das ein bißchen ansieht, sehen wir nicht so schlecht aus, sondern es ist in diesen 13 Jahren sehr wohl sehr viel geschehen. Aber, meine Damen und Herren, und da muß ich vor allem die sozialistische Fraktion ansprechen: Der Unterschied zu Ihnen ist bei uns der, daß wir auf neue Entwicklungen auch eingehen, und zwar in zweifacher Hinsicht. Sie, lieber Kollege Dr. Strenitz oder Trampusch, können das als Abschieben der Verantwortung denunzieren, aber wir haben in den letzten Jahren gelernt, daß der Bürger einfach mehr Mitsprache fordert, mitreden und seine Rechte einbringen will. (Abg. Kammlander: „Wo denn?“ - Beifall bei der ÖVP.)

Deswegen ist Ihre Strategie, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, Ihr Problem, aber nicht unser Lösungsansatz. Deswegen sagen wir in Analogie zum Volksrechtegesetz, wir möchten, daß die Gemeinden in dieser Sache nicht überfahren werden, so wie Sie das wollen, sondern daß sie mitreden dürfen. Denn eine Lösung wird umso eher akzeptiert werden, als jeder seine Meinung einbringen kann und dort auf der möglichst unteren Ebene diese Meinung auch zu einer gemeinsamen Lösung führt. Das ist der demokratiepolitische Unterschied - zum ersten. Zum zweiten: Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller wird sicherlich einiges dazu sagen. Es gibt natürlich heute eine Reihe von Entwicklungen im gesamten Umweltschutz, und da unterscheiden wir uns vielleicht ein bißerl von den Ausführungen der Frau Abgeordneten Kammlander, wobei ich sagen muß: Einiges, was sie hier gesagt hat, ist außerordentlich zu unterstreichen. Nur, meine Damen und Herren, das Umweltschutzproblem wer-

den wir nicht nur über staatliche Lösungen, zentralistische Lösungen, in die Hand bekommen – richtig, der Staat ist verantwortlich, Rahmenbedingungen zu setzen, für Kontrolle zu sorgen –, aber der Bürger wird entscheidend sein, und nicht nur das Recht des Bürgers, sondern auch die Pflicht des Bürgers, bitte, hier selbst bei sich Hand anzulegen und einen Beitrag zu leisten. Nur so, meine Damen und Herren, werden wir den Umweltschutz auch lösen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine lieben Kollegen von der sozialistischen Fraktion: Wir haben zwar heute in Moskau einen neuen Führer, aber hinter dem wollen wir, bitte, mit dem Dr. Vranitzky auch nicht zurückbleiben. Also mit der russischen Gesamtentwicklung im Sinne von Privatisierung, Eigenverantwortung, Eigeninitiative werden wir doch noch mithalten wollen, bitte, meine Damen und Herren! Das sind ja auch zentrale Fragen in diesem Zusammenhang. (Abg. Trampusch: „Ich kann dir nicht folgen. Ich verstehe dich nicht!“) Das ist dein Problem, lieber Kollege Trampusch! Und jetzt noch ein Problem, lieber Kollege Trampusch! (Abg. Dr. Strenitz: „Wo es schwierig ist, läßt ihr den Bürger allein!“) Schau, lieber Herr Kollege Dr. Strenitz, Sie hätten im Mittelmeer oder wo ihr wart – noch einmal, ich habe ja ein bißchen einen Neid, daß ihr in der Zeit wegfahrt –, die Gelegenheit gehabt, sich die Entwürfe – ihren eigenen und unseren – einmal durchzuschauen. Ich verstehe Sie einfach nicht. Wir sind doch so nah beieinander (Abg. Dr. Strenitz: „Bis auf den einen Punkt!“), bis auf den einen Unterschied, daß Sie halt einer marxistischen Zentralismusthese huldigen und sagen, „bitte, alles muß von oben geregelt werden“, und wir sagen, „im Sinne der Gemeinden, die lassen wir mitbestimmen“. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Die Gemeinden freuen sich darüber!“) Ja, lieber Herr Bürgermeister, Sie werden das doch wissen! Sie haben ja auch immer gerne mitgeredet, wo immer Sie dabei waren, nicht? Sie wollen sich ja von Graz aus sicherlich bestimmt als Bürgermeister nichts sagen lassen. Ich verstehe das bei Ihnen ja ganz besonders. Sie haben ja auch recht in dieser Frage.

Aber, wenn wir schon dabei sind, meine Damen und Herren, es wurde heute auch das Problem Graz angesprochen:

Meine Damen und Herren, ja, jetzt muß ich schon sagen, daß es mir da nicht um Schuldzuweisung geht, aber da gibt es zwei Aspekte zu sehen: Die Stadt Wien ist ja – glaube ich – eine größere Stadt als Graz, und die haben das Problem auch nicht im Sinne von endgültig gelöst, aber die haben einmal ein paar vorläufige Lösungen zustande gebracht. In Graz ist nichts geschehen. Wir würden ja gerne Hilfestellung anbieten, aber wo ist denn der gute Mann? Ich weiß nicht, wie der zuständige Referent heißt, er ist nur seit 1945 von Ihnen gestellt. Beim Vorgänger, beim Isidor Blematl, hat man immerhin gewußt, wo er ist. Er war immer bei der Fronleichnamspzession dabei, da hat man ihn einmal im Jahr gesehen, aber den Herrn (Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba: „Gärtler heißt er!“) Gärtler – danke schön –, den sehen wir nirgends. Wo ist der gute Mann? Der soll sich doch bitte auch in diese Arbeit einbringen! (Abg. Trampusch: „Du meinst natürlich den Klärschlamm und Industrieabfall – alles – oder nur den Hausmüll?“) Du, wenn er irgend etwas täte! Ich habe von dem noch nie irgendwo etwas

gehört. Vielleicht wird er nur von den Medien so schlecht behandelt. Ist ja in dieser Zeit auch alles möglich. Aber das allein kann und wird es nicht sein, denn sonst würde er ja wenigstens in euren Parteipostillen vorkommen – kommt auch nicht vor.

Ein nächster Punkt, meine Damen und Herren, zum Allgemeinen zurück, weil es hier ja auch vom Kollegen Mag. Rader angesprochen wurde: Wie war die Formulierung? „Bei den nächsten Landtagswahlen . . .“ Ja, Sie, wenn wir uns bitte auf das verlassen müßten, was Sie an Tips geben – Sie haben ja immer mit Sicherheit auf das falscheste Pferd gesetzt. Bitte, bis in die Nachtstunden, in die schwülen, haben Sie in Innsbruck für den Dr. Steger gekämpft. Na, wäre der durchgekommen, säßen Sie heute mit Ihrem liebenswürdigen Kollegen nicht hier, Herr Mag. Rader. Das ist bitte halt auch zum Thema „Landtagswahl“ anzumerken.

Aber, apropos noch einmal „nächste Landtagswahlen“: Ja, bitte, auch die letzten Landtagswahlen haben ja den Umweltschutz zu einem ganz zentralen Thema gehabt, und die Leute haben gewußt, daß in diesem Land unser Landeshauptmann, der zuständige damalige Landesrat Dipl.-Ing. Riegler und vor allem bitte der heutige Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sich doch unermeßliche Verdienste um den Umweltschutz erworben haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Kollege Mag. Rader, der Herr Dipl.-Ing. Hermann Schaller, selbst wenn er schläft, leistet mehr für den Umweltschutz in der Steiermark als Sie, wo immer Sie auch öffentlich agieren. (Beifall bei der ÖVP.) Und dann möchte ich noch eines sagen: (Abg. Trampusch: „Du wirst ja nicht sagen, daß er etwas falsch macht, wenn er nicht schläft!“ – Abg. Dr. Strenitz: „Dipl.-Ing. Schaller ist ein Umweltschutzträumer – das hätten wir nie gesagt!“) Selbst wenn er schläft, lieber Kollege Trampusch, geht da noch mehr weiter als mit eurer Destruktion.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, nochmals aufmerksam machen und einladen, daß wir in Verhandlungen stehen. Wir könnten das schon ein Stück weiter haben, wie gesagt, wenn ihr dagewesen wärt. Bei Ihnen, Herr Kollege Mag. Rader, weiß ich nicht, ob Sie überhaupt einen Standpunkt haben. Ich habe mir Ihr Volksbegehren durchgeschaut. (Abg. Trampusch: „Herr Abgeordneter, ich nehme zur Kenntnis: Was die ÖVP in 13 Jahren nicht geschafft hat, hätte die SPÖ in elf Tagen machen können, und die sind weggefahren. Du billigst uns zu, daß wir in elf Tagen mehr weiterbringen als ihr in 13 Jahren. Danke!“) Für jene, die es unter den Kollegen nicht wissen: Der Kollege Trampusch ist Taucher. Deswegen ist er meistens unter Wasser und weiß nicht, was oben vorgeht. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Gerhard Heidinger: „Das ist eine echte Mülldebatte! Sind Sie mir nicht böse!“)

Herr Landesrat Gerhard Heidinger, die Kollegen bleiben da nicht hinten. Aber wissen Sie, wir auch nicht, Herr Landesrat. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Bei dem Niveau müßte man fast untertauchen. Da haben Sie recht!“)

Herr Kollege Dr. Strenitz, Sie haben dann auch gesagt: „Vieles ist ungeklärt.“ Ja, es ist vieles ungeklärt, wie gesagt, die Einladung steht, die Dinge zu klären.

Dann wegen Ihrer verfassungsrechtlichen Bedenken – da erschauere ich immer vor dem Staatsmann Dr. Strenitz. Andächtig sitze ich dort und schaue mir das an, wie Sie den Staat schützen. Ich möchte das nicht beiseite schieben, aber schauen Sie, Herr Dr. Strenitz, wir werden eine Reihe von Problemen in den nächsten Jahren haben. Ich rede jetzt zunächst einmal von der Bundesregierung, wo wir immer wieder mit dem Verfassungsgerichtshof auch zu tun haben werden, denn wenn Sie sich das Koalitionübereinkommen der Bundes-SPÖ und Bundes-ÖVP angeschaut haben, so sind ja dort, bitte, auch gerade im Bereich des Umweltschutzes einige Dinge genannt, wo wir wahrscheinlich auch mit dem Verfassungsgerichtshof zu tun haben werden, weil wir halt bestehende Gesetze, auf die man guten Glaubens vertrauen kann, ändern werden müssen. Das sind halt die Realitäten, und das ist dann immer das allerletzte Argument. Noch einmal: Ich möchte es nicht geringschätzen, aber mit diesem Argument kann man die Dinge, die gelöst werden müssen, nicht so beiseite schieben.

Ich bitte Sie also nochmals, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, sich die Dinge gut zu überlegen, denn es wäre natürlich eine gemeinsame Vorgangsweise in einer so wichtigen Frage außerordentlich wünschenswert. Aber eines müssen wir auch sagen: Das Doppelspiel, draußen zu sagen, es geht nichts weiter und die verschleppen und die tun nichts so viele Jahre (Abg. Sponer: „Das ist die Wahrheit!“), und sich hier drinnen dann querlegen, wenn es um die konkreten Aktionen, sprich auch gesetzlichen Vorhaben, geht, das geht nicht, da tun wir nicht mit, und deswegen werden wir die Sache so rasch als möglich bereinigen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Ist die ÖVP bereit, Verantwortung zu tragen in der Abfallfrage? Oder sind nur wir zuständig?“) Lieber Kollege Trampusch, apropos Nervosität. (Abg. Kröll: „Gemeinsam waren wir zuständig und haben es bewiesen. Es geht euch um eine parteipolitische Aktion!“) Daß dich ein Postwurf schon so aufregt, daß du deinen Klubobmann öffentlich ausschicken mußt, spricht auch für sich, wir nehmen es mit Wohlmeinung zur Kenntnis. Weiters: „Verantwortung in diesem Land.“ Ich möchte dich nicht ärgern. Nur sieh dir das Landtagswahlergebnis des Vorjahres an. Die Leute wissen schon, wer in diesem Land was tut und wer sich zurücklehnt und aus der Sonnenperspektive die Dinge betrachtet. (Abg. Trampusch: „Die ÖVP versteht es, für die angenehmen Dinge zuständig zu sein!“)

Ich habe jetzt keine Zeit mehr für die SPÖ, ich muß mich jetzt kurz dem Kollegen Mag. Rader zuwenden. Lieber Kollege Mag. Rader, eines muß ich schon sagen: Es ist ein starkes Stück, der Kollege Schützenhöfer hat es in einem Zwischenruf schon gesagt, wenn Sie hier Fristen vorrechnen. Übrigens, die Fristen für die Gesetzesabläufe bleiben immer gleich, da brauchen wir uns auf Sie als Rechner Gott sei Dank nicht verlassen. Wir haben gute Beamte, die das hervorragend machen. Aber Ihr Müllvolksbegehren! Ich erinnere mich genau, was Sie zum Anti-Draken-Volksbegehren hier in diesem Haus gesagt haben. Ich schweige aus Zeitgründen heute dazu. Aber eines muß ich schon sagen. Ich kann darin nichts Konstruktives entdecken, was über den Vorschlag unserer eigenen Fraktion und den der SPÖ

hinausgeht. Ganz im Gegenteil. Während sich Ihr Herr und Meister Haider in allen Wahlreden öffentlich ereifert, was er für das private Unternehmertum tut, legen Sie hier eine Idee vor, die hinter dem zurückliegt, was die SPÖ sogar bereit ist, unter dem Gesichtspunkt neuerer Erkenntnisse in dieser Frage zu tun. Da sehe ich einen Wirklichkeitssprung, der nicht einmal dreimal um die Ecken herum erklärbar ist. (Abg. Mag. Rader: „Sie sehen das Problem nicht. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden!“) Lieber Kollege Mag. Rader, das Problem sehen wir doch mindestens ebensogut wie Sie. Ich muß Ihnen schon eines sagen, das was ich einem „Profil“-Interview entnehme, das Götz-Zitat, nicht das klassische, sondern ein neueres, wo er sich über Sie äußert – ich muß das nicht vorlesen, aber „ein Mann der dritten Ebene, wenn er stark geführt wird“ –, das ist die Meinung Ihrer Herrschaften in diesem Land! (Abg. Mag. Rader: „In der Zwischenzeit Ihrer!“) Deswegen zucken wir ein bißchen zusammen, wenn Sie hier als der große Lehrmeister in diesem Haus auftreten wollen. Da haben wir durchaus im Sinne der Interessen der Menschen dieses Landes berechtigte Vorbehalte. Aber wir haben einen großen Schritt gesetzt, wir haben gesagt, wir warten ab, obwohl wir das gerne vor dem Sommer erledigt hätten, aus demokratiepolitischen Gründen. So sind wir von der Volkspartei. Aber in der Sache selbst, Kollege Mag. Rader, werden wir nach guten Verhandlungen die bestmögliche Lösung in diesem Zusammenhang treffen.

Liebe Frau Abgeordnete Kammlander, ein Wort. (Abg. Kammlander: „Zur Sache bitte!“) Es ist zur Sache. (Abg. Kammlander: „Das ist nicht zur Sache!“) Was machen denn bitte Sie? Das was ihr macht, ist etwas anderes. (Abg. Kammlander: „Ja sicher!“) So klassisch, wie Sie Parteipolitik machen, das können wir noch lange nicht, obwohl wir 40 Jahre in dem Land schon die Hauptverantwortung tragen. Dieses Maß an Parteipolitik, das Sie vorleben, ist uns fremd. (Abg. Kammlander: „Oh, danke!“) Ein paar Anmerkungen aber auch gleich zu Ihnen: Frau Kollegin Kammlander, was Sie sagten, in manchen Teilen außerordentlich akzeptabel, ist aber heute Allgemeinerkenntnis, bedarf nur einer guten Umsetzung. (Abg. Kammlander: „Wo ist etwas im Gesetz?“) Zum Beispiel was Sie zum Thema Müllvermeidung sagen. So einfach sind die Dinge eben nicht. Da gibt es viele Probleme zu lösen, nicht nur, daß es Bundeskompetenz ist und vom Bund entsprechende Regelungen getroffen werden müssen. Ich bin durchaus einer Meinung, das Tempo wäre zu erhöhen. Aber, noch einmal, mir fehlt bei Ihnen, da Sie sich immer auf die Bürger berufen, der Konnex, auch den Leuten – das meine ich damit, Kollege Mag. Rader – reinen Wein einzuschenken. Es gibt keine absolut idealen Lösungen (Abg. Mag. Rader: „Aber es gibt bessere Lösungen!“), die im Nirwana irgendwo aufgehen, sondern man muß schauen; daß der Bürger auch aufgefordert wird, seinen Beitrag zu leisten. (Abg. Kammlander: „Das habe ich gesagt. Da haben Sie nicht zugehört!“) Ich habe Ihnen sogar mächtig zugehört.

Lieber Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, daß du das hier als Zeltfest zu mitternächtlicher Stunde meistens auffaßt, ich persönlich bin ein Mensch, der da nicht so berührt ist –, aber ich nehme an, daß es einigen

Kollegen doch ein bißchen nahegeht, daß das alles hier von dir als Faschingsparty aufgefaßt wird. Aber das ist im Zusammenhang mit dir nicht mein Hauptproblem, sondern ich sehe, daß du auch mächtig vor Ort draußen agierst. Da muß ich auch eine Anmerkung machen. In der sogenannten grünen Zeitschrift „Mutter Courage“, oder „Courage“ heißt sie, da lese ich, der Kollege Hagenauer oder wer immer das war, ist ja nicht dein Kollege, du distanzierst dich ja von ihm, sagt, zurückkommend auf den letzten Landtagswahlkampf, daß du dort Proben der Abwässer der Chipsfirma AMI in Unterpremstätten genommen hast, und obwohl es dort keine Schadstoffe gegeben hat, bist du überall herumgegangen. Ich entnehme das dieser Zeitschrift „Courage“. (Abg. Kammlander: „Das hat damit nichts zu tun!“) Frau Abgeordnete Kammlander, es hat schon etwas damit zu tun. Denn eines geht auch nicht. Wir haben zum Beispiel im Land einige ganz ausgezeichnete Beamte, an der Spitze Hofrat Rupprecht, die sich Tag und Nacht um die Probleme des Umweltschutzes bemühen, und Sie gehen herum und schütten die überall an und sagen, der ist mit dem verwandt und der ist der Taufpate von dem und die ist die Frau von dem und so weiter, und so weiter. Das ist doch eine verbale Umweltverschmutzung, die Sie sich in diesem Zusammenhang ständig leisten. So wird es sicher nicht gehen, daß wir die Leute nur aufhetzen. Jeder, allen zuvor die politisch Verantwortlichen in diesem Land und die Beamten, wird die berechtigten Sorgen nicht nur ernst nehmen, sondern alles tun, was nach dem heutigen Stand der Technik möglich ist. Das ist überhaupt keine Frage. Alles andere wäre ohnehin politischer Selbstmord. Für so dumm dürfen Sie uns nicht halten. Ich meine nur die ständige Unterstellung, daß hier bewußt gegen die Interessen der Bevölkerung gearbeitet wird. Das können wir uns und diesen Leuten, die sich Tag und Nacht um diese Dinge kümmern, nicht zumuten. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Mit der Aussage habt ihr ein ganzes Mandat in der Obersteiermark verloren!“) Wissen Sie, lieber Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Korber. Das lassen Sie erstens unsere Sorge sein und zweitens, irgendwo hört sich der Spaß einfach auf. Man kann nicht nur alles als Klamaukveranstaltung hinnehmen und alles in blindem Aktionismus betreiben. Ich glaube, es gibt ein paar rechtsstaatliche Grundsätze, die wir zu akzeptieren haben, und man muß zuerst wenigstens die Fakten einmal erheben, bevor man sie zu verdrehen beginnt.

Ein Letztes. Wir stehen nicht nur zu dem, was wir heute hier beschließen wollen und werden, sondern wir stehen auch zu den Grundzügen dessen, was wir für den Herbst vorbereitet haben, aber da sind wir noch in Verhandlung, und da gibt es für uns überhaupt kein Problem, auf irgendein gutes Argument einzugehen. Ich warne nur nochmals davor, an endgültige und fertige Lösungen zu glauben. Es wird immer ein Entwicklungsprozeß bleiben und sein müssen, zu dem wir auch stehen werden. Wir bekennen uns auch dazu, daß das Land Rahmenbedingungen zu schaffen hat für alle Zukunft, daß es aber auch Kontrolle zu gewärtigen hat und daß darüber hinaus für die Entsorgung private Initiative und das Subsidiaritätsprinzip zu gelten haben. In diesem Sinne sind wir überzeugt, daß wir in zäher, geduldiger Arbeit, meine Damen und Herren, eine Lösung im Interesse unseres Landes, im Interesse

des Umweltschutzes und vor allem mit und für die Bürger dieses Landes finden werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammerl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist wohl niemand in diesem Haus, dem heute nicht klar ist, daß die Müllbeseitigung vielerorts in der Steiermark zum Problem Nummer eins geworden ist. Ich habe deine Kabaretteinlagen auch verfolgt, lieber Freund Dr. Hirschmann, zur Auflockerung, aber ich meine doch, daß wir in diesem Haus sehr ernst und möglichst ohne große oder kleine demagogische Behandlung diesen Fragenkomplex abverhandeln sollen.

Meine Damen und Herren, das Abfallbeseitigungsgesetz 1974 hat sich zwar als ein geeignetes Instrument für die Einrichtung der Müllabfuhr in den Gemeinden erwiesen, aber auch nicht mehr. Jedenfalls war dieses Gesetz kein geeignetes Instrumentarium, um das Problem Müll von den gesetzlichen Voraussetzungen her in den Griff zu bekommen, wie dies die Entwicklung der letzten zwölf Jahre leider eindeutig bewiesen hat. Es ist keine Frage: Schon längst hätte vom Land her die Abfallbewirtschaftung als weitergehende Maßnahme rechtlich aufbereitet werden müssen. Ich stelle das nur aus der Sicht der Stadt Graz dar und möchte einfach aufzeigen, was sich, meine Damen und Herren, in der Stadt Graz rund um die Müllentsorgung tut oder was sich rund um die Müllentsorgung getan hat. An die städtische Müllabfuhr angeschlossen waren im Jahre 1986 28.635 Objekte. Die Zahl der aufgestellten Müllbehälter beträgt 29.361. Dazu kommen noch 3831 Müllgroßbehälter und 1390 Sackständer. Rund 135 Bedienstete des städtischen Wirtschaftshofes sorgen durch ihre Arbeit und durch den täglichen Einsatz von 30 Müllwagen, Containerfahrzeugen und Sonder-Lkws, daß 1986 72.559 Tonnen an die AEVG zur Müllsortierung angeliefert werden konnten. Diese Müllberge muß man sich einmal vorstellen. Selbst Christbäume entwickeln sich in einer Stadt zum Problem. Über 2000 Christbäume mußten über Sammelstellen nach Weihnachten entsorgt werden.

Auf die Behauptung, daß in Graz nichts geschehen sei – und das hat der wortgewaltige ÖVP-Landespartei sekretär hier eben gesagt –, darf ich doch einige konkrete Aussagen machen: Weil die Praxis der bloßen Abfallbeseitigung den geänderten umwelt- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht mehr entsprochen hat, faßte der Gemeinderat der Stadt Graz am 7. Juli 1983 – also vor vier Jahren bereits – einen Grundsatzbeschluß zur Abfallentsorgung, der die Stufen Abfallvermeidung, getrennte Sammlung von Wertstoffen, getrennte Erfassung von Sonderabfällen aus Haushalten, Kompostierung, thermische beziehungsweise energetische Verwertung, Verarbeitung des Mülls zu Brennstoffen und Kompost und umweltgerechte Restdeponierung vorsieht.

Bei der Realisierung dieses Konzeptes sind, soweit es in der Stadt Graz machbar war, beachtliche Erfolge erzielt worden. Aber ein besonderes Problem gab und

gibt es bei der Sicherung von Standorten für die zur Abfallentsorgung erforderlichen Anlagen. Es ist schon erwähnt worden: Die Standortstudie für Mülldeponien der Fachabteilung Ib vom Jahre 1982 hat klargestellt, daß keine Fläche im Grazer Stadtgebiet den in den Deponierichtlinien festgelegten Anforderungen entspricht; was natürlich zur Folge hatte, daß eine geordnete Restdeponie nur außerhalb von Graz gesucht werden konnte. Und, meine Damen und Herren, hiebei hat die Stadt ihre Wunder erleben können. Ich zeige einfach Fakten auf, die einigen nicht gefallen werden, aber es sind Tatsachen:

Im Jahre 1984 deponierten in fast zeitgleich getätigten Aussagen führende ÖVP-Landespolitiker ihr Nein zu zwei von der Stadt Graz in Aussicht genommenen Deponiestandorten. Anläßlich einer Besichtigung des Standortes Mühlleitenwald haben führende ÖVP-Mandatare des Landtages und ein ÖVP-Bundesrat erklärt, daß der Kaiserwald nicht mehr für eine Mülldeponie in Frage kommt. Einen Tag später, am 28. Februar 1984, stellte ein oststeirischer ÖVP-Landtagsabgeordneter in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung in Blumau fest, daß in dieser Gemeinde eine Deponie der Stadt Graz nicht errichtet werden dürfe und Graz sich anderswo bemühen möge. Auf Anraten des Umweltschutzkoordinators des Landes reichte die Stadt Graz am 19. Dezember 1983 ein Projekt zur Errichtung einer Restdeponie im Basaltsteinbruch Weitendorf ein. Um diese Deponie zu verhindern, wurde der Steinbruch am 4. März 1985 von der Bezirkshauptmannschaft Leibnitz und dann am 5. August 1986 von Landeshauptmannstellvertreter Professor Jungwirth unter Naturschutz gestellt. Die Stadt hat dagegen zwar den Verwaltungsgerichtshof angerufen, ein Erfolg erscheint aber eher unwahrscheinlich. Drei Deponiestandorte, meine Damen und Herren, dreimal politisches Nein. Und mindestens so wichtig wie die Restdeponien sind für die Stadt Graz die weiteren für die Realisierung ihres integrierten Entsorgungskonzeptes erforderlichen Anlagen. Das ist ein sehr weitgehender Plan, der in der Stadt Graz auch einstimmige Zustimmung gefunden hat.

Es geht hiebei um die Müllaufbereitungsanlage, die Müllklärschlamm-Kompostierungsanlage – ein Bereich, in dem die meiste Zeit ÖVP-Mandatare in der Stadt Graz verantwortlich waren und heute ein FPÖ-Mandatar – und als drittem Punkt eine Anlage zur thermischen Verwertung des Brennstoffes aus Müll. Die Müllaufbereitungsanlage wurde in der Sturzgasse in Graz errichtet und nahm am 1. August 1985 ihren Betrieb auf. Sie verarbeitet den Grazer Müll und den von den Umlandgemeinden zu Schrott, Kompostrohfraktion, Brennstoff und Deponiegut. Da bis jetzt weder die Kompostier- noch die Bramverwertungsanlage realisierbar war, müssen die getrennten Fraktionen in einer teuren Zwischenlösung deponiert werden. Das zahlen die Gemeinden, oder – wenn Sie so wollen – das zahlen auch alle Gemeindebürger.

Bram wird im Karlsschacht untergebracht, Kompostrohfraktion und Deponiegut in Ungarn beziehungsweise über die Firma Kommunalservice und neu auf der Deponie in Frohnleiten.

Aber, meine Damen und Herren, auch in Frohnleiten wird in altbewährter Manier Widerstand geleistet. Der ÖVP-Vizebürgermeister will einen Antrag auf Volks-

befragung gegen den Grazer Müll in der Gemeinde stellen.

Für die Errichtung der Kompostieranlage auf dem dafür bestens geeigneten Standort in Gössendorf wurde der Gemeinde Gössendorf ein weitgehendes Angebot der Stadt Graz gemacht, unter anderem die Übernahme der gesamten Entsorgung der Gemeinde. Aber auch hier hat die ÖVP-Fraktion im Gemeinderat bisher alles abgelehnt und weiter verzögert. Und auch dieses behördliche Verfahren ist nun beim Verwaltungsgerichtshof anhängig. Wer hat hiefür politische Verantwortung zu tragen, meine Damen und Herren? Die, die sich um Regelungen bemühen, oder die, die Regelungen laufend verhindern. Ich meine, daß es vielleicht notwendig wäre, in der Steiermark zuerst politischen Müll zu entsorgen, damit Existenzfragen der Bewohner von Städten und Gemeinden sachlich und wirtschaftlich gelöst werden können.

Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, die Grazer haben nach all diesen Erfahrungen kein gutes Gefühl, wenn ein Notverordnungsrecht herausgestampft wird, das neue Möglichkeiten zur politischen Entscheidung oder Abschiebung von Verantwortung gibt.

Wenn Sie, Herr Landesrat, und wenn wir alle hier diesen Aufwand für diese Novelle den Verhandlungen um das neue Müllbewirtschaftungsgesetz gewidmet hätten, dann wären wir wohl einen großen Sprung weiter, zumal ja die Stadt Graz einstimmig dem sozialistischen Gesetzesvorschlag ihre Zustimmung gegeben hat. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Herr Kollege Hammerl, frage deine Kollegen, wie viele Stunden wir verhandelt haben. Uns vorzuwerfen, daß wir keine Mühe aufgewandt haben, ist wirklich arg!“) Wir hätten diesen Aufwand nützen können, das ist meine Überzeugung. Wenn wir schon zu einer Sondersitzung gekommen sind, dann hätten wir die Chance gehabt, über das gesamte Gesetz zu reden. Wenn es in Graz diesen einstimmigen Beschluß gegeben hat, dem sozialistischen Gesetzesvorschlag in dieser Frage zuzustimmen, dann wäre wohl auch meine Meinung richtig, daß es möglich wäre, strittige Fragen nun leichter abzustimmen. Ich frage, meine Damen und Herren, warum gelingt es den Oberösterreichern, so schwierige Probleme in gemeinsamer Verantwortung beider Großparteien zu lösen? In der jetzigen Situation bleibt den Grazer Abgeordneten, wenn sie die Verantwortung für fast eine viertel Million Menschen wahrnehmen, nur die Möglichkeit, die von der ÖVP beantragte Abfallbeseitigungsgesetznovelle 1987 abzulehnen und zu ersuchen, dem SPÖ-Minderheitsantrag Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Verehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Dem Kollegen Hammerl kann man – ohne parteipolitischen Hintergrund – ganz leicht antworten. Denn es gibt drei Gruppen von Bereichen in der Steiermark, die das Müllproblem geschafft oder nicht geschafft haben.

Wir haben heute schon einmal davon gesprochen: Es gibt im Müllverband Mürztal eine große Zahl von Gemeinden, die überwiegend von sozialistischen Bür-

germeister geführt werden und es in Eigenverantwortung geschafft haben. Es gibt 17 Gemeinden, die zum Müllverwaltungsverband Oberes Ennstal zusammengeschlossen sind, davon sind 16 ÖVP-Gemeinden, also das gegenläufige Beispiel. Sie haben es in eigener Verantwortung in der eigenen Region geschafft. (Abg. Kohlhammer: „Lobenswert!“) Das ist der Ansatz, den wir heute mit dieser Novelle verfolgen: in eigener Verantwortlichkeit in der eigenen Region das Müllproblem zu bewältigen.

Der Kollege Hammerl hat dann noch gemeint, es ist in Graz durch die Schuld ÖVP-naher Gemeinden einiges nicht gelungen. Er hat vergessen, aufzuzählen, daß die VOEST-Alpine einen Vertrag, den sie mit der Gemeinde Graz geschlossen hat, nicht eingehalten hat, weiters, daß Donawitz oder Leoben sicherlich kein von der ÖVP dominiertes Gebiet ist. Da kommen wir nicht weiter, wenn wir versuchen, parteipolitische Zuordnungen zu schaffen. (Abg. Vollmann: „Das ist richtig!“ – Abg. Kohlhammer: „Das hat mit der Novelle nichts zu tun!“) Wenn wir weiterkommen wollen, dann sollten wir – und das ist der Appell an Sie – mit dieser Novelle, die genau das macht, was Ihre Gemeinden im Mürztal geschafft haben und unsere Gemeinden im Ennstal, nämlich nach Region, Art und Umfang, das Müllproblem lösen helfen. Das bringt die Novelle. (Abg. Vollmann: „Das ist Kindesweglegung!“) Das ist die Entwicklung, der wir Rechnung tragen. Zum Beispiel in Graz hat die derzeitige Zwischenlösung im Jahre 1986 bereits 65 Millionen Schilling verursacht, und für 1987 werden es 72 Millionen Schilling sein, weil der Zickzack durch das ganze Land und darüber hinaus es Graz nicht erlaubt hat, das Problem zu lösen. Schauen Sie sich nur an, wo die Versuche überall stattgefunden haben: Köglerweg, Weitendorf, Blumau, Halbenrain, Donawitz, Voitsberg, Eisenerz, Seibersdorf, Frohnleiten, Niederösterreich knapp hinter dem Semmering und Ungarn. (Abg. Dr. Strenitz: „Überall habt ihr torpediert!“) Alle Versuche kreuz und quer durch so oder so politisch geführte Gemeinden haben keine Lösung gebracht. Daher brauchen wir die heute von uns vorgeschlagene Novelle, um diesem Mißstand ein Ende zu setzen. Die Versuche waren redlich, sachlich, zum Teil auch von politischer Polemik getragen, das ist in der Demokratie durchaus möglich, aber jetzt geht es darum, den nächsten Schritt zu setzen, um ab Herbst weitere Schritte vorzunehmen und das Problem zu lösen (Abg. Dr. Strenitz: „Welches Problem? Das Grazer Problem?“), und nicht politische Schuldzuweisungen vorzunehmen, die kein einziges Stück Müll in die richtige Bahn bringen. Das wollte ich dazu noch anmerken. Die drei Gruppen sind es, die uns veranlassen, diese Lösung zu suchen, und keine andere. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Günther Ofner das Wort.

Abg. Günther Ofner: Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Zuerst möchte ich eine kleine Bemerkung zur demagogischen Rede des Landesparteisekretärs Dr. Hirschmann machen. Er hat hier unsere Klubreise sehr angegriffen. Ich muß ihm sagen, ob ihm vielleicht nicht bekannt ist, daß auch der Nationalratsklub der

ÖVP zu den „Schwarzen“, also nach Südafrika, fährt. Es sollte eine Studienreise werden aus dem Grund, damit sie endlich studieren, um wieviel mehr Schwarze sie bekommen könnten.

Ich glaube, diese Studienreise würde auch Ihnen guttun. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die fahren in den Ferien!“)

Wenn wir zu einer Sondersitzung zusammengerufen worden sind, so kann ich das sicherlich nicht als eine notwendige Sitzung mit einer wichtigen Tagesordnung bezeichnen, sondern ich sehe es eigentlich als einen Alibiakt der Mehrheitspartei oder, wenn Sie wollen, als einen Willkürakt der ÖVP. Denn diese Punkte, die heute auf der Tagesordnung sind, hätten schon lange beschlossen werden können. Sie sind auch bei Gott nicht seriös, überhaupt nicht überdacht, und ich finde, daß das eine Husch-Pfusch-Lösung ist (Abg. Dr. Maitz: „Hast mir nicht zugehört!“), die heute mit Ihrer Mehrheit beschlossen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, 13 Jahre lang, und das ist heute hier so oft gesagt worden, hätte man Zeit gehabt, diese Punkte in einer viel besseren und seriöseren Art und Weise zu lösen, als es heute überhaupt möglich ist. Viel zu wenig Landtagssitzungen hat es in letzter Zeit gegeben (Abg. Kammlander: „Weil ihr nicht da wart!“ – Abg. Schrammel: „Ihr seid ja dauernd auf Urlaub!“) und es wäre daher ein leichtes gewesen, dieses wichtige Müllproblem auf eine dieser viel zu kurzen Tagesordnungen zu setzen. Sie sind es mit Ihrer Mehrheit nur gewohnt, die Mehrheit einzusetzen und alle anderen niederzuschreien. Die ÖVP, die in der Müllfrage immer zuständig war und ist, hätte schon längst die so wichtigen Müllbewirtschaftungspläne erstellen müssen. Hätten Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, Ihre Kompetenzen wahrgenommen, gäbe es überhaupt keinen Mülltourismus. Das muß einmal mit aller Klarheit hier gesagt werden. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL.)

Es gäbe aber auch keine Rechtsprobleme, wie sie heute in Fohnsdorf oder in Halbenrain bestehen, meine Damen und Herren (Abg. Dr. Maitz: „Fragen Sie den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross. Er kann Ihnen das auch sagen!“), wenn Sie Ihre Kompetenzen wahrgenommen hätten. Ich finde, die heutige Sitzung ist eine reine Pseudositzung. Das muß gesagt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese zwei Tagesordnungspunkte, die heute auf dem Sitzungsspiegel sind, sind sowieso nach meinem Dafürhalten äußerst problematisch, denn damit – ich meine mit der Novellierung des Paragraph 15 – können Lösungen, die von der Gemeinde bis jetzt unter sehr schwierigen Verhältnissen erzielt worden sind, sowieso wieder zunichte gemacht werden. Zwei Drittel der Gemeinden könnten, wie aus der Vorlage hervorgeht, durch einen Beschluß den Einzugsbereich durch die Landesregierung ändern lassen. Ich möchte die Gefährlichkeit dieses Beschlusses mit einem sehr plastischen Beispiel erklären und nehme hiezu die Müllhygienisierungsanlage in meinem Bezirk, in Frojach-Katsch, her. Durch Mitwirkung und durch die Beratung des Landes wurde die Müllhygienisierungsanlage vor einigen Jahren errichtet. Leider – und das muß ich sagen – um ein Vielfaches zu groß und daher auch um ein Vielfaches zu teuer. Das Müllaufkommen im Bezirk Murau beträgt derzeit zirka 2000 Jahresbruttotonnen. Ein viel

zu geringes Aufkommen für die viel zu große Anlage. Tatsache ist, daß zur Zeit mit den 15 Umlandgemeinden von Leoben und mit dem Bezirk Lungau, welche alle nach Frojach-Katsch entsorgen, zirka 14.000 Jahresbruttotonnen Müll verarbeitet werden, damit die Anlage überhaupt ausgelastet ist. Jedes Müllaufkommen unter diesem Wert wäre für die Anlage nicht wirtschaftlich und würde viel zu teuer kommen, das heißt, meine geschätzten Damen und Herren, wir sind froh, daß andere Bezirke und andere Gebiete in unseren Bezirk entsorgen und daß wir in dieser Form einen Mülltourismus haben. Nur dadurch kann diese Anlage wirtschaftlich geführt werden und können die Kosten für die Bevölkerung auf einem erträglichen Maß gehalten werden.

Durch den von der ÖVP vorgelegten Antrag ist es jederzeit möglich, daß sich zwei Drittel der Gemeinden des Bezirkes Leoben zusammenschließen und sich gegen die Anlieferung des Mülls nach Frojach-Katsch aussprechen, da es vielleicht eine viel günstigere Deponie im Bezirk Murau gibt. Kollege Dr. Strenitz hat das ja schon – glaube ich – in sehr großer Deutlichkeit gesagt. Mit solch einem Beschluß würden zirka 5000 Jahresbruttotonnen Müll nicht nach Frojach-Katsch geliefert werden. Damit würden die Verarbeitungskosten um ein Vielfaches teurer werden, und es könnte daher auch – und das sage ich hier ganz klar – das Aus dieser Anlage bedeuten oder zumindest eine Verdoppelung des Entsorgungspreises für die Bevölkerung notwendig machen. Es ist also, meine geschätzten Damen und Herren, der Mülltourismus eine wirtschaftliche Überlebensfrage für die Anlage in Frojach-Katsch geworden. Schon aus diesem Grund könnte ich nie – das sage ich hier in aller Deutlichkeit – dieser ÖVP-Vorlage die Zustimmung geben. Warum sollte die Bevölkerung mehr zahlen, warum sollte sie wegen der Versäumnisse leiden, die die ÖVP die ganzen Jahre gemacht hat? (Beifall bei der SPÖ.)

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, sind wirklich für dieses Mülldesaster zuständig und haben hier völlig versagt. (Abg. Harmtodt: „Du nicht! Wir allein sind zuständig!“) Da können Sie sich bei Gott nicht freisprechen. Nun möchten Sie auf Grund Ihres Versagens alle daraus entstandenen Probleme auf die Gemeinden abwälzen, und das, finde ich, ist sehr unfair.

Auch in der Anlage Aich-Assach – und das dürfte dem Kollegen Kröll bekannt sein (Abg. Kröll: „Ja!“) –, sehr gut, ist mir auch bekannt, ist das Müllaufkommen zu gering. Auch diese Anlage wird auf Grund dieses sehr geringen Müllaufkommens nicht wirtschaftlich genug geführt werden können. (Abg. Kröll: „Sind wir froh, daß wir Grundreserven haben!“) Die sind eben nicht hier.

Diese Vorlage, meine Damen und Herren, verbessert nichts, ja im Gegenteil, sie verschlimmert vielmehr die Lage der Gemeinden ganz wesentlich. Viel wichtiger wäre es, viel rascher auf ein wirksames, zukunftsweisendes, seriöses und durchdachtes Müllbewirtschaftungsgesetz hinzuarbeiten. Auf ein Gesetz, das nicht die Verantwortung den Gemeinden zuschiebt, damit sich das Land die Hände in Unschuld waschen kann, sondern auf ein Gesetz, das überregional vom Land bestimmt wird und in dessen Kompetenzen fällt und auch bleibt. Ich finde es sehr bedauerlich, meine

sehr geehrten Damen und Herren, daß auch im vorliegenden Gesetzesentwurf, aber auch im vorliegenden Müllbewirtschaftungsgesetz nichts beziehungsweise sehr wenig über Müllvermeidung und die so wichtige Klärschlamm Entsorgung zu lesen ist. (Abg. Harmtodt: „Sind nur wir allein zuständig?“) Oder haben Sie irgendwo etwas gelesen, Herr Kollege Harmtodt? Sicher nicht, weil hier das Gesetz der ÖVP mit keinem Wort erwähnt ist.

Meine Damen und Herren, die Klärschlamm Entsorgung ist zur Zeit ein ganz, ganz brennendes Problem und müßte eigentlich für den zuständigen Referenten eine vorrangige Behandlung haben. Leider ist auch auf diesem Sektor bis jetzt nichts geschehen. Angeblich gibt es ein Konzept, nur weiß keiner, was in diesem Konzept drinnensteht. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du mußt aktiver werden!“)

Auch hier erkennt man das Versagen der ÖVP und ihrer Referenten. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Herr Abgeordneter Günther Ofner, hier gibt es das Klärschlamm Entsorgungskonzept für die Steiermark. Reden Sie nicht etwas, wenn Sie davon nichts wissen!“) Dann würde ich bitten, geben Sie das den Abgeordneten und den Gemeinden hinaus; nicht in Ihrer Schublade halten, damit es keinem zugänglich gemacht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die zweite Gesetzesvorlage über die Novellierung der Bauordnung, welche auch von der ÖVP eingebracht wurde, ist für mich genauso unverständlich. Das muß ich ganz klar sagen. Auch hier will man die Verantwortung, die normalerweise das Land zu tragen hat, bei der Errichtung einer Deponie den Gemeinden beziehungsweise den Bürgermeistern zuschieben. (Abg. Harmtodt: „Baubehörde erster Instanz ist die Gemeinde – laut Gesetz!“) Kollege Kröll hat ja gesagt, die Bürgermeister hätten schon jetzt die Möglichkeit – ein typisches Beispiel dafür.

Was ist, meine Damen und Herren, wenn Deponiewasser in das Grundwasser eindringt? Wer hat dann die Haftung? Der Bürgermeister, die Gemeinde! Und das finde ich unfair, denn die Bürgermeister sind in dieser Angelegenheit bei weitem überfordert, Herr Kollege Harmtodt. Das müßtest du eigentlich sehr genau wissen. (Abg. Harmtodt: „Nicht die Gemeinde, die Verbände, Herr Kollege!“)

Ich finde es – das sage ich ganz ehrlich – unverantwortlich, mit welcher Achlosigkeit so wichtige und folgenschwere Gesetze geändert und beschlossen werden. Es tut mir wirklich sehr leid, daß die ÖVP auch nicht bereit war, heute hier das Raumordnungsgesetz 1974 zu ändern. Durch die Novellierung des Raumordnungsgesetzes müssen Anlagen und Deponien im Flächenwidmungsplan ausgewiesen werden. Und daher: Zwei Drittel der Gemeinderäte entscheiden, ob auf einer Freifläche, die nicht einer land- und forstwirtschaftlichen Nutzung unterliegt, Mülldeponien errichtet werden oder nicht. Mit dieser Novellierung wäre es wenigstens gesichert, daß sich ein überwiegender Teil der Gemeinderäte zu solch einer Entscheidung bekennen muß, und nicht, wenn einige – und das sage ich hier sehr deutlich – als berufsmäßige Demonstrierer und Besetzer auftreten, in eine gewisse Anonymität und Nichtzuständigkeit flüchten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Problem der Abfallbeseitigung und Müllbewirtschaftung ist zu groß und zu wichtig, und es darf daher mit diesem Thema kein politisches Spiel getrieben werden.

Das möchte ich hier ganz klar aussprechen. Denn dieses Spiel könnte auch für die ÖVP ein großer Bumerang werden. Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich mit dem Zitat des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Hans Gross schließen. Er formulierte es in seiner Verantwortung als Gemeindefürer für die Industriegemeinden so treffend. Es lautet: „Das Müllproblem ist ein gewichtiges Umweltproblem. Die Gemeinden dabei im Stich zu lassen heißt, den Umweltschutz nicht ernst zu nehmen und die Gemeinden hoffnungslos zu überfordern.“ Dem, glaube ich, sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP, siehe ÖVP-Anträge, ist hier sicherlich nichts hinzuzufügen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Grillitsch das Wort.

Abg. Grillitsch: Sehr geschätzte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man heute aufmerksam zugehört hat, bekommt man den Eindruck, daß auch die zweitgrößte Fraktion dieses Hauses hier den Versuch unternimmt, mit einer so ernsten und lebenswichtigen Frage für die Zukunft ein politisches Spiel zu treiben. (Abg. Kohlhammer: „Das ist ein falscher Eindruck!“) Es ist damit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Haltung bestätigt, die ich über ein Jahr in dieser Frage im Hinblick auf die Deponie Fohnsdorf persönlich in meiner Region miterlebe. Ich möchte bitte eingangs den Vorwurf zurückweisen, daß hier die Referenten des Landes, wie es hieß, nichts getan hätten. Ich hoffe immer darauf, daß wir in der letzten Sitzung noch das Müllbewirtschaftungsgesetz verabschiedet werden. Es hatte schon im Vorjahr den Anschein, daß dies passiert. Dann war man der Meinung, daß es im Frühjahr geht und dann wieder in der letzten Frühjahrssitzung, das wäre der 3. Juli gewesen. Wäre das möglich gewesen, die Gründe sind oft genug schon genannt worden, dann hätten wir heute keine Sonder-sitzung vereinbaren müssen. Aber meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn Sie behaupten, daß seit 1985 überhaupt nichts geschehen sei (Abg. Kohlhammer: „Es waren überspitzte Forderungen!“), so kann ich sagen, daß seit 1985 über den damaligen Referenten, Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, und den heutigen Referenten ständig verhandelt wurde, daß nur leider kein Konsens mit Ihnen in dieser brennenden Frage erzielt werden konnte. Ich halte es daher für gut und richtig, daß man sich doch entschlossen hat, heute die Bauordnung und auch die Müllbeseitigung zu novellieren, damit man die brennenden Fragen, vor allem in den betroffenen Gebieten, in den Griff bekommen kann.

Die Novelle der Bauordnung soll klarstellen, daß es hier keine strittige Frage mehr ist, ob eine Baugenehmigung notwendig ist oder nicht, und die Müllbeseitigungsfrage stellt auch eine gewisse Regionalisierung klar.

Meine Damen und Herren! Die Aufregung im Land ist sehr groß, ob im Süden oder im obersteirischen Raum, und zwar ganz berechtigt, weil es im Zuge des Tourismus Vorkommnisse gibt, die mit höchster Gefahr verbunden sind. Sehen Sie nach Halbenrain und in den Murwald, wo voriges Jahr der große Druck begann und wo man im Herbst dann hören konnte, daß der Druck nur deshalb so groß war, weil dort der hessische Dioxinstaub gelagert werden sollte. Gerade diese beiden Novellen verhindern einen Tourismus. Es hat jeder der Betroffenen Verständnis, daß ein regionaler Müll entsorgt werden muß, aber es ist kein Verständnis dafür da, daß der Müll von weiß woher, gar vom mitteleuropäischen Raum, hier in unsere von Haus aus belastete Region kommen soll.

Die Änderung der Bauordnung, meine Damen und Herren, ist äußerst notwendig. Erlauben Sie, daß ich Sie jetzt ein wenig lokal belaste, weil das ein Verfahrensstand ist, wo ich glaube, daß sich hier etwas ändern muß. Gerade für den Murwald wurde schon 1984 die gewerbe- und wasserrechtliche Genehmigung erteilt; die wasserrechtliche Genehmigung mit der Auflage der vollkommenen Entsorgung der Sickerwässer. Die Betreiber der Firma MDH haben bereits von einer Gemeinde die Zustimmung für die Entsorgung gehabt, die jetzt wieder zurückgezogen wurde. Der forstrechtliche Bescheid war die einzige Möglichkeit, die von uns betrieben wurde, daß er nicht genehmigt wird, von der bäuerlichen Interessensvertretung. Ebenso ist auch die grundbücherliche Übertragung bis heute von der Grundverkehrskommission nicht erfolgt, sondern liegt in der zweiten Instanz zur Beratung. Bezüglich des Forstrechtes hat es seitens des Ministeriums Auflagen gegeben, der Bescheid wurde im Juli des vorigen Jahres vom Herrn Minister Schmidt, Ihrem Herrn Landwirtschaftsminister, erlassen mit Auflagen, daß die Baugenehmigung und natürlich auch die Flächenwidmungssache in Ordnung sein müssen. Es ist uns im Vorjahr im Einvernehmen mit der örtlichen Gemeinde gelungen, einen Rechtsstatus herbeizuführen, daß hier ein Feststellungsverfahren für eine Baugenehmigung verlangt wurde, daß dann über einen Vollstreckungsbescheid, nachdem der Betreiber das nicht zur Kenntnis nehmen wollte, auch ein Baustopp erreicht werden konnte, und dieser mühselig erworbene Rechtszustand ist heuer durch eine Fehlentscheidung der örtlichen Gemeinde Fohnsdorf annulliert worden. Wenn das Spiel locker weitergeht, daß flott gebaut wird, wo keine Genehmigung vorhanden ist. Es sind bereits drei Hektar gerodet und eingeebnet, und es ist, auch ohne die Gemeinde zu informieren, mit der Verstärkung der Brücke auf 60 Tonnen begonnen worden, was jetzt größte Gefahr für den Eisenbahnverkehr bedeutet, weil die Brücke angebohrt wurde. Gott sei Dank hat man jetzt einen Baustopp verhängt, und man wird sehen, wie die Dinge weitergehen. Ich wollte Ihnen das nur schildern, damit Sie auch wissen, wie notwendig diese Novelle ist und wie dringend es ist, diese Frage ernst zu nehmen. Damit, meine Damen und Herren, werden die Fragen für die Zukunft entschieden. Ich habe schon erwähnt, wir sind eine von der Umwelt sehr belastete Region, und wir können Belastungen durch einen Mülltourismus nicht mehr brauchen. Wir haben auch im Bezirk eine geordnete Entsorgung unseres regionalen Mülls. Von 24 Gemeinden entsorgen 18 Gemeinden über die Stadtwerke,

sechs Gemeinden haben andere Verträge, und wir sind auch überzeugt, daß es für die Zukunft bezüglich des Standortes für einen regionalen Müll keine Probleme gibt. Nur muß der Standort nicht unbedingt dort sein.

In einem Wassereinzugsgebiet, und bei diesem genannten Standort handelt es sich um ein Wassereinzugsgebiet für die Orte Zeltweg, Weißkirchen, Großlobming und den ganzen Wasserverband, wo Tausende von Menschen in Sorge sind, und wenn 1984 das Wasserrecht mit Gutachten erteilt wurde, so begrüße ich es, daß nun seitens der Verantwortlichen eine Überprüfung des Wasserrechtes angeordnet wurde und mit zwei neuen Gutachtern, die damals nicht dabei waren, hier der Zustand überprüft wird und die Sicherheit des Grundwassers für die Zukunft wirklich sehr ernst genommen wird.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, für mich sind das ernste Fragen, und ich kämpfe über ein Jahr in der rechtlichen Situation in dieser Frage. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn Abgeordnete dieses Hauses, die hier die Verpflichtung und das Gelöbnis abgegeben haben, für das Recht zu sorgen, dann gegen das bestehende Recht etwas unternemen und hier querspielen. Ich glaube, hier muß man auch ihren Kokail bitten, den sozialistischen Abgeordneten zum Nationalrat Kokail, genauso wie den grünen Herrn und auch den Mag. Rader.

Ich glaube, wenn wir in der Demokratie weiterleben wollen, wenn wir uns zum Rechtsstaat bekennen, dann muß hier die Unterschiedlichkeit klar sein, dann müssen wir zu dem, was wir hier entscheiden, stehen, und wenn ein Staatsbürger – ganz gleich wie – recht bekommt, dann hat er eben das Recht. Dann müssen wir wieder in unserer Verantwortung die Gesetze ändern, wenn wir glauben, daß er zu Unrecht das Recht hat. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „So viel Blödsinn habe ich noch nie gehört!“) Das ist kein Doppelblödsinn, lieber Kollege. Die Dinge ändern sich von Tag zu Tag, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Maitz: „Daß gerade du das sagst, ist besonders lustig!“) Und gerade in dieser Müllfrage wissen wir, wie die Entwicklung ist, und wissen wir, daß viele rechtlichen Voraussetzungen noch geändert werden müssen, um die Dinge überhaupt in den Griff zu bekommen.

Nur eines, was Sie tun, Herr Kollege, das paßt für Waldpolitik, aber nicht für eine Gesetzespolitik.

Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, niemand von den Tausenden Betroffenen wird verstehen, wenn mit solchen Fragen ein politisches Spiel betrieben wird. Und ich kann Ihnen hier mit Akten belegen, wie in dieser Frage politisch gespielt wurde: Von Zusagen der Gemeinden bis zu parteipolitischen Äußerungen in Ihrer Zeitung – und das kommt sicher nicht gut an.

Und, meine Damen und Herren, ich glaube, man muß sich dagegen wehren, daß man lebenswichtige Fragen der Zukunft, vor allem Fragen der Jugend, in ein parteipolitisches Denken einbaut. Und wenn Sie Schwierigkeiten in Ihrem Klub haben, dann, bitte, legen Sie das nicht um auch auf diese bedeutenden Gesetze, sondern besinnen Sie sich und erkennen Sie die Gefahr, in der wir leben, und treten Sie heute unserem Antrag bei, daß diese Novellen auch erledigt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Reicher. Ich erteile es ihm.

Abg. Reicher: Sehr geehrte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Ich bin hier im Landtag neu und habe mir bei den Problemen für Graz-Umgebung als Abgeordneter zumindest in dem halben Jahr vorgestellt, daß das Müllproblem wirklich kein parteipolitisches Problem werden sollte, weil diese Situation ja eben, so wie der Herr Abgeordnete Grillitsch gerade vor mir gesagt hat, vor den Bürgern in einem Partei-Hickhack keine Lösung darstellt und auch den Bürgern gegenüber nicht sehr ehrlich ist. Auch diese Sondersitzung zeigt das heute, und wir unterliegen, alle Politiker jeder Fraktion glaube ich, in der Öffentlichkeit, wenn wir uns in dieser Frage gegenseitig beschuldigen, bei den Bürgern einem nicht glaubwürdigen Verhalten. Das einmal grundsätzlich. Ich weiß auch, daß die Materie des Mülls nicht sehr einfach ist und für neue auch nicht sehr einfach überschaubar ist. Aber in der letzten Zeit häuft sich für mich die Bestätigung, daß man, wenn man über den Mülltourismus spricht, ja auch einmal durchleuchten muß, warum es überhaupt einen Mülltourismus gibt. Denn wenn es diesen nicht geben würde, dann würden wir überhaupt noch nicht entsorgen können, bis auf ein paar Regionen, wie Gott sei Dank in Schladming oder Gott sei Dank zuletzt auch in Frohnleiten in Graz-Umgebung, wo aber auch wiederum ein politisches Spiel gespielt wurde. Wo ein politisches Spiel insofern gespielt wurde, daß man jahrelang miteinander in einer sozialistischen Gemeinde mit der ÖVP versuchte, die neuesten Technologien dort anzuwenden und eine Garantie für den Umweltschutz und für die Entsorgung dieser Region zu bekommen. Andererseits aber, auf einmal letztendlich legten sich ÖVP-Gemeinderäte dagegen wieder quer, daß notwendige Verträge unterzeichnet werden, daß der Müll von Graz dort oben gelagert wird. Ich weiß schon, hintergründig mit der Gegenargumentation, daß die Mengen entscheidend sind, die für diese Deponie vorwiegend verwendet werden, um auch eine Kapazitätsauslastung zu erreichen und kostengünstig zu deponieren. Nun, ein weiterer Punkt: Wenn man die Gemeinde Gratkorn hernimmt, welche die Möglichkeit angeboten hatte, sich selbst zu entsorgen, und die Bevölkerung dort keinen Aufstand geprobt hat, sondern über ein wasserrechtliches Gutachten Gefahr besteht, eine eigene Deponie zu betreiben, wobei aber laut den Gratkornern auch vermerkt wurde, daß auch die Autobahn ein wesentlicher Faktor der Grundwasserseuchung sein könnte und ein Bauwerk ist, das bei weitem das überschreitet, was in der eigenen Müllentsorgung Gratkorn passieren würde, so ist das ein politisches Spiel der örtlichen Gemeindevertreter, und es ist mir unklar, warum der Herr Landeshauptmann, der ja sonst überall die Dinge parteimäßig dirigiert, dort nicht eingegriffen hat.

Zur Situation im Umland von Graz, wo es für diese Region ein eigenes Gutachten gibt – auch zur Sondermüllentsorgung kurz ein Wort: Wir wissen, daß die Entsorgung des Sondermülls Kompetenz des Bundes ist, aber den Standort beziehungsweise die politische Verantwortung diesbezüglich werden wir weiterhin hier in der Landtagsstube haben. Seit Jahren zieht sich

dort über die Privatdeponie, die dort gegründet werden soll, ein Streit mit den angrenzenden Gemeinden hin. Seit Jahren hat hier die ÖVP das Sagen, und seit Jahren besteht keine endgültige Möglichkeit, entweder die Deponie in Betrieb nehmen zu können oder solche Richtlinien zu schaffen, die das ermöglichen würden. In diesem Gutachten „Deponien um Graz herum“ ist eindeutig festgelegt, daß Wundschuh nicht mehr diese garantierten Lehmschichten hat, die es ermöglichen, dort eine Deponie, vor allem eine Sondermülldeponie, zu errichten. Ich glaube und ich hoffe nur, daß auch Sie, Frau Präsident, als zuständige Abgeordnete und der Herr Bundesrat Haas, mit dem ich die Dinge überparteilich besprochen habe, hier endgültig einmal in den eigenen Reihen durchkommen, daß über Wundschuh endgültig entschieden wird, daß dort zumindest die Deponie nicht errichtet wird. Denn es hilft uns auch nichts, wenn wir zur Frau Minister Fleming und was weiß ich wohin fahren, wenn wir letztlich den Standort im Land Steiermark selbst verantworten müssen. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL.)

Die Standortfrage wird ja auch von den Grünen und Alternativen bezweifelt und auch von der FPÖ.

Für mich war verständlich, Kollege Mag. Rader, daß du dein ganzes Referat mit den gleichen Interessen wie wir gehalten hast, aber im letzten Augenblick eine Kurve gekrazt hast. Das habe ich nicht ganz verstanden. Wenn man so weit geht, daß man unsere Argumentationen mitberücksichtigt, dann war es für dich auch nur eine politische Lösung, nicht mit uns zu gehen in der Abstimmung. So habe ich es gesehen. (Abg. Mag. Rader: „Sollen wir zuschauen, wenn es brennt, auch wenn es ein anderer angezündet hat?“) Für mich war das Haus in einem anderen Dorf anzuzünden nicht selbstverständlich. Ich habe versucht, mit den zuständigen ÖVP-Abgeordneten für die Zukunft den Weg zu gehen, damit wir nicht parteipolitisch dort, wo es paßt, das Haus anzünden.

Graz ist klar, es wurde schon von meinem Kollegen angezogen. Graz hat keine Deponiemöglichkeit, und die Entsorgung des Brams wird den Grazern jetzt auferlegt, als ob sie schuld wären. Wir wissen doch genau, daß auf Grund dieser Ereignisse, die sich in den letzten Jahren geändert haben, man nicht so leicht Deponien und Verbrennungsanlagen installieren kann, daß es nicht gelungen ist, für Graz die Lösung zu finden. Schon vom ehemaligen Bürgermeister DDr. Götz und vom ehemaligen ÖVP-Bürgermeister Dipl.-Ing. Hasiba, nachdem das ja schon ein Langzeitproblem ist, ich höre als neuer Abgeordneter, seit 1974, hätte dieses Müllproblem für Graz einer Lösung zugeführt werden sollen. Wahrscheinlich wird sich der ehemalige Bürgermeister Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba noch zu Wort melden. Aber er hätte damals die Möglichkeit gehabt, mit dem Herrn Landeshauptmann die Dinge zu regeln. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie als Bürgermeister nichts zu reden gehabt haben, dann weiß ich, daß Sie wahrscheinlich die Schuld wieder an den jetzigen Bürgermeister Stingl weiterleiten wollen. (Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba: „So billig machen wir uns das nicht wie Sie. Die VOEST war die größte Firma Österreichs. Wir haben mit der VOEST einen sehr konkreten Vertrag abgeschlossen!“) Billig war es, weil Sie nichts gemacht haben. Das

war wahrscheinlich das billigste. Wenn Sie etwas gemacht hätten, wäre es teurer gekommen. Für mich reicht der letzte Ist-Zustand, daß für Graz keine Entsorgungsmöglichkeit besteht. Unter Umständen kann es mit den Novellierungsvorschlägen in anderen Regionen, die vor allem die politische Mehrheit der ÖVP haben, politisch möglich sein, andere Regionen nicht entsorgen zu lassen, wie das heute hier sehr menschlich der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann erwähnt hat. Auch wir sind für die Menschen zuständig. Graz, das Umland von Graz, Leoben und so weiter sind vom Müll zu entsorgen. Mit der Novellierung besteht zumindest auch die Möglichkeit, politisches Parteienspiel zu treiben, um sozialistische Gemeinden mit ihrem Müll stehenzulassen. Diese Sondersitzung ist eine politische Aktion. Ich glaube, wir hätten sicher eine Sondersitzung gebraucht, wenn das Problem im Herbst auf uns zukommt, damit wir es wirklich und überparteilich gemeinsam lösen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Fuchs. Ich erteile es ihm.

Abg. Fuchs: Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich werde hier auch über die Schlägerung der Bäume etwas sagen, das traue ich mich, keine Angst, Herr Magister. Eine große Abordnung unseres Bezirkes ist heute nicht von ungefähr in den Zuschauerrängen. An der Spitze unser Bezirkshauptmann, viele Bürgermeister, Gemeinderäte sind jetzt dreieinhalb Stunden hier und hören sich das an. Ich habe von der Fraktion der Sozialistischen Partei nur immer eines gehört: 13 Jahre habt ihr Zeit gehabt, gemacht wurde nichts. Ich möchte eines sagen: Wir haben im Jahre 1977 wohl gedacht, diese 17 wilden Mülldeponien, die wir in unserem Bezirk gehabt haben, regional auf eine Mülldeponie zu entsorgen. Es hat sich beim Grafen Stürgkh durch ein Unwetter ergeben, daß drei Hektar Wald durch Sturm niedergefallen sind und damals Altvater mit Stürgkh verhandelt hat, um hier eine Deponie zu errichten. Später haben Schöffel und Tscherner das mit unseren Bürgermeistern vertraglich abgeschlossen. Damals hat ein Bürgermeister, der am Rande von Feldbach war, gesagt: „Um Gottes willen, ich werde doch nicht meinen Müll 20 Kilometer nach Halbenrain führen.“ Wer hat denn damals gedacht, daß teure Handelsstückgüter viel Geld kosten, wenn man sie weit transportiert, und daher haben wir uns keinen Gedanken gemacht, daß wir novellieren, daß das Einzugsgebiet und das Volumen des Mülls verkleinert wird. So ist es geschehen, daß dieses Wort gefehlt hat: „regional“; und tüchtige Geschäftsleute wie Schöffel haben das damals ausgenützt und versucht, Propaganda zu machen. Er sagte, Rentabilität muß ich haben, und hat andere Bezirke dazu eingeladen. So ist unsere Müllentsorgung immer größer geworden. Erst im Jahre 1983, als bekannt wurde, daß der Köglerweg in Graz voll ist, und die Zeitungen geschrieben haben „Grazer Müll kommt nach Halbenrain“, hat sich eine Bürgerinitiative dort gegründet. Die Probleme sind von Tag zu Tag, von Woche zu Woche, von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr gewachsen. Wir haben diese Mülldeponie, wo der Betreiber Schöffel mit unseren Bürgermeistern die Absprache hatte, bis zum

Jahr 2000, drei Hektar bis 25 Meter hoch, abgeschlossen. Ich muß Ihnen sagen: Der Berg ist voll, und wir schreiben 1987. Es wurde um eine Erweiterung ange-sucht. Wir haben gesagt, daß eine Erweiterung nur dann in Frage kommt, wenn mehr Deponien innerhalb des Landes eröffnet werden. Das ist bis heute nicht geschehen. Wenn Sie heute der Landesregierung und dem Landeshauptmann die Schuld geben, 13 Jahre nichts getan zu haben: Es ist viel getan worden (Abg. Kohlhammer: „Was denn?“), aber überall sind Bürger-initiativen aufgestanden und haben gesagt, nein.

Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber ist so ein Fachmann; Boden, Wasser hat er studiert und ist überall dagegen. Ich frage nur: Wo machen wir eine Deponie? Aber ich frage noch etwas, Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber: Wo kommt denn Ihr Müll hin? Sie sind Gemeinderat in Weintzen und entsorgen schon die längste Zeit den Müll nach Halbenrain. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das verdanke ich Ihrer Mehrheit. Ihrer schwarzen Mehrheit habe ich das zu danken!“) Hier im Haus soll man versuchen, gemeinsam etwas zu lösen, und nicht immer die Schuld zuweisen. Da fehlt es. Sie müßten sagen, Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, ich weiß, dort wäre eine passende Deponie, dort werden wir versuchen, etwas zu machen. Aber Sie spielen immer Polizei und Gegner. Das ist es. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mag. Rader: „Wie viele Bäume sind geschlagen worden?“)

Bitte, Kollege Mag. Rader will wissen, wie viele Bäume geschlagen worden sind. Sie wollen das gerne hören - ich sage es auch, ich trau' mich, das zu sagen: Als wir damals diese Protestkundgebung gemacht haben, haben wir der Bevölkerung gesagt, daß wir versuchen werden - der Herr Präsident Wegart und ich -, daß eine Erweiterung nicht zustande kommt, bevor nicht andere Deponien aufgemacht werden, weil es der Bevölkerung nicht zumutbar ist, daß das noch über die drei Hektar hinauskommt. Gut, es sind zwei Hektar. Von diesen zwei Hektar, die erweitert worden sind, waren 40 Ar Forstgarten, 1,20 Hektar sind geschlägert worden. (Abg. Mag. Rader: „Das ist ein Wahnsinn!“) Aber in einer Zeit, um fünf Uhr in der Früh, bei Sturm und Regen! Wer konnte das wissen? Haben Sie auch mitgeschlafen? Sie haben auch gesagt, Sie gehen mit, wenn es so weit ist. (Abg. Mag. Rader: „Du hast gesagt, du rufst mich an!“) Ja, wäre auch möglich gewesen. Aber immerhin, wir haben das eine erreicht, daß wasserrechtlich auch diese Erweiterung vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben ist. Ich frage jetzt nur: Tun wir noch über die 25 Meter drüber? Sind Sie alle damit einverstanden? Oder tun wir auf das, was nicht bewilligt ist, etwas hinauf?

Wir, unsere Grenzregion, haben es immer verstan-den, eine geordnete Deponie zu haben, aber nicht diese Größenordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren, die jetzt zustande gekommen ist. Und ich sage noch einmal: Wenn jetzt in Fohnsdorf gesagt wird „überhaupt keine Deponie“, wenn im Kaiserwald nichts weitergeht, ja, ich frage nur, wo werden wir mit dem Müll hingehen? Und diese Frage möchte ich aber jetzt allen Kollegen mit der Bitte stellen: Lassen wir doch Polemik und Parteipolitik weg, gehen wir doch gemeinsam! (Abg. Vollmann: „Damit sind wir ein-verstanden!“) Wir sind doch Volksvertreter! (Beifall bei der ÖVP.) Wir müssen die Gemeinden, wir müssen

unseren Bezirk und wir müssen unser Land gemeinsam vertreten. Schütten wir doch nicht alles so umher.

Und gerade das spüren wir in Radkersburg. Ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Ich danke Ihnen und auch den beiden anderen Parteien, der FPÖ und den Grünen, herzlich für den gemeinsamen Beschluß in der letzten Land-tagssitzung, daß wir in unserem Grenzland die Erwei-terung unserer Therme durchführen können. Lebens-wichtig für uns! Lebenswichtig! Wir sind ein Erholungsbezirk, wir haben ja ein wunderschönes Abzei-chen geschaffen. Wir haben nur mit dem Fremdenver-kehr die Chance, und ich glaube, das ist unsere Zukunft. Ich darf Ihnen nur sagen, wenn in der Ober-steiermark um 900, 1000 und 2000 Arbeitsplätze gekämpft wird, so ist das für uns ein kleiner Maßstab. Bei uns ist wieder die Firma Gasser mit 68 Arbeitskräf-ten weggegangen. 68 Arbeitskräfte, das ist für uns ein hohes Volumen von Arbeitskräften. (Abg. Vollmann: „Bedauerlich!“) Bedauerlich dazu noch, Herr Kollege Vollmann, daß auch die Molkerei von Mureck geschlossen werden soll. 72 Arbeitsplätze, das trifft uns sehr. (Abg. Rainer: „Da mußt du dich an deine Funktio-näre in der Agrosserta wenden. Dr. Pichler ist der Hauptschuldige, daß dort geschlossen wird!“)

Bitte, Herr Kollege, geben wir nicht immer anderen die Schuld! Da sind Rationalisierungsmaßnahmen not-wendig. Wir werden noch verhandeln, aber ich sage: Das steht in Gefahr! Aber so geht es mit unseren Arbeitsplätzen. Und ich glaube, wir haben auch ein Recht auf Arbeitsplätze, wo gerade auch in unserem Agrarbezirk in der Landwirtschaft große Probleme herrschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daher die Bitte und das Verständnis, das ich jetzt nicht aufge-bracht habe, daß Sie heute dieser Novelle nicht zustim-men, meine sehr verehrten Damen und Herren der Sozialistischen Partei. Sie sagen immer, Sie wollen Fortschritt, Sie wollen dem Land Hilfestellung geben, und das wäre für uns und das ist für uns die Hilfestel-lung in unserem Bezirk, daß wir als Erholungsbezirk, daß wir mit dem Fremdenverkehr die Chance haben. Wir stehen zu einer Deponie, wie wir sie in Halbenrain haben, aber nicht in dieser Größenordnung und nicht mit so einem hohen Volumen Einzugsgebiet.

Daher abschließend noch einmal die Bitte und zugleich der Dank: Ich glaube, zugeschnitten hat Landesrat Dipl.-Ing. Schaller. Seit er vor mehr als einem halben Jahr das Ressort übernommen hat, ist das sein oberstes, erstes Problem gewesen. Er kommt des öfteren nach Halbenrain und sieht diese Probleme. Wissen Sie, wenn 70, 80 Fahrzeuge täglich hier in die Mülldeponie kommen - von Wien über Knittelfeld, über Wörgl, Tirol und aus vielen Bezirken -, dann ist auch das verkehrstechnische Problem, wo Sie mit zustimmen und wo Sie sagen: Auch verkehrstechnisch ist es ein Problem. Und unsere Bundes- und Landes-strassen sind bestimmt nicht gut begüttert, und es sind öfters Kontrollen von der Gendarmerie. Erst unlängst bei einer Abwaage eines 25-Tonnen-Containerwagens wurden 52 Tonnen gewogen. Ich glaube, das sagt etwas. Das halten auch unsere Straßen nicht aus. Also auch da liegt die Gefahr.

Nochmals die Bitte, so wie Sie voriges Mal diese Zustimmung gegeben haben, wäre es für mich schon

ein kleines Christkindl, wenn Sie dieser Novelle zustimmen würden und wir gemeinsam diese Probleme lösen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, daß das Thema Entsorgung ein zu ernstes Thema ist, um es wirklich zum parteipolitischen Hickhack zu machen. Und ich glaube, daß vor allem in dieser Krisenregion Aichfeld-Murboden, in der der Wald bereits schwerst geschädigt ist, die Arbeitsplätze wackeln, die größte Jugendarbeitslosigkeit vorherrscht, vor allem diese Aussendung der ÖVP in Plakatform als Hauspostwurfsendung einen großen Wirbel in Richtung der Abfallentsorgung bewirkt hat. Der das zu verantworten hat, war meiner Meinung nach politisch kleinkariert und hat die ganzen Folgen dieses Desasters zu tragen.

Denn man kann nicht das, was 13 Jahre nicht gemacht wurde, einem kleinen Bürgermeister von Fohnsdorf voll in die Schuhe schieben. Das ist meiner Meinung nach eine ganz große Sauerei (Abg. Grillitsch: „Kennen Sie die rechtlichen Entscheidungen?“), die der ganze Müllberg nicht einmal verdecken kann. Der Herr Grillitsch meldet sich zu Wort, er trägt daher für diese Sache die volle Verantwortung. Und wenn man weiß, daß 14 Landwirten die einzige Zufahrtsmöglichkeit zu ihren Grundstücken abgeschnitten wurde, und wenn man weiß, daß hier Dinge passiert sind, die absolut widerrechtlich sind, dann muß ich sagen, Herr Grillitsch, dann haben Sie dieser Sache überhaupt keinen guten Dienst erwiesen. Und eines muß ich auch sagen: Wenn die Menschen, die jetzt praktisch gerade die Hilfe der Politiker, der Vertreter, suchen, dann abgelehnt werden und Sie nicht einmal da hinunterkommen, obwohl die Landwirte Sie ersuchen, sich das vor Ort anzuschauen, dann finde ich das eine persönliche Feigheit von Ihnen, daß Sie nicht einmal in der Lage sind, mit den Menschen, mit Ihren Vertretern, mit Landwirten vor Ort zu sprechen. (Beifall bei der SPÖ.) Und diese Feigheit ist einmalig in der steirischen Politik! (Beifall auf der Zuschauertribüne. – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten. – Nach Unterbrechung des Redners und dreimaliger Aufforderung durch den Präsidenten, sofort innezuhalten, entzieht der Präsident dem Redner das Wort und schaltet das Mikrophon zu sich. Der Redner Dipl.-Ing. Dr. Korber spricht – nicht mehr vernehmbar – weiter, worauf der Präsident die Sitzung unterbricht. – Unterbrechung der Sitzung von 13.50 Uhr bis 14.07 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Ich darf ausdrücklich auf die Geschäftsordnung hinweisen, sobald der Präsident den Redner unterbricht, hat der Redner in seiner Rede innezuhalten und auf die Mitteilungen des Präsidenten Rücksicht zu nehmen. Wenn das nicht geschieht, wie das in diesem Fall war, habe ich die Sitzung unterbrochen. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich für einen lebhaften Landtag bin, für Spontanität, ich bin aber ebenso dafür, daß sich die Mitglieder des Hohen Hauses an die Spielregeln

und an die Geschäftsordnung halten. Nur so können wir miteinander auskommen. Ich erteile zunächst dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber einen Ordnungsruf und darf gleichzeitig die Damen und Herren auf der Zuschauertribüne ersuchen, sich jeder Beifalls- oder Mißfallensäußerung zu enthalten. Sie sind herzlich willkommen, um die demokratischen Einrichtungen unseres Landes zu beobachten, aber Sie können hier nicht Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen veranstalten. Das ist ausdrücklich untersagt.

Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber wünscht noch das Wort. Bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, daß es Zeit ist, die Geschäftsordnung zu ändern, denn die Menschen, die bei einer öffentlichen Veranstaltung dabei sind, sollten auch ihren Emotionen durch Beifallskundgebungen Rechnung tragen können. Ich möchte aber in einer gewissen Art klarstellen: Für mich war der Ordnungsruf auf mich bezogen, ich war aber der Ansicht, daß ich zur Sache gesprochen habe. Daß er für das Publikum war, war mir nicht bewußt.

Ich möchte aber, Herr Präsident, meine Rede fortführen, nachdem Sie das Mikrophon abgeschaltet hatten und meine Rede nicht zu Protokoll genommen wurde. Ich werde versuchen, so zu sprechen, daß keine Emotionen aufkommen.

Für mich war diese Postwurfsendung in Plakatform in der Obersteiermark eine sehr unglückliche Aktion, weil das ganze SP-Mülldebakel, wie es genannt wird, einem Bürgermeister von Fohnsdorf zugeschoben wurde. Ich möchte aber klar feststellen, daß nicht der Bürgermeister von Fohnsdorf die Schuld hat, er schon gar nicht, er ist seit einem halben Jahr im Amt, sondern daß der Müllbetreiber, dieser sogenannte Privat-Müll-Schöffel, selbst die volle Verantwortung hat, nachdem er sich nicht bewußt ist, daß wir in einem Rechtsstaat leben und hier der Rechtsweg einzuhalten ist. Er hat praktisch seine Baubewilligung, die er bereits der Gemeinde Fohnsdorf vorgelegt hat zur Verhandlung, aus unerklärlichen Gründen selbst zurückgezogen. Dadurch war der Rechtsweg in Richtung Bauordnung abgeschnitten, und daher sind die Menschen oben nicht zu ihrem Rechtsmittelweg gekommen. Deswegen verwehre ich mich gegen Aussagen hier im Hohen Landtag, daß wir oben die Rechtsbrecher sind, nur weil wir uns als gewählte Mandatäre dieser Sache annehmen. Tatsache ist, daß in der Obersteiermark die Problematik ernst ist. Es ist der größte obersteirische Grundwassersee mit einem Wasserpotential für 50.000 Menschen. Über diesem Grundwassersee wurde eine Deponie geplant und auch bewilligt, wobei ich der Meinung bin, daß alles, was hier geschieht, rechtswidrig ist, weil hier eindeutig erst gerodet werden darf, wenn sämtliche anderen Bewilligungen rechtmäßig vorliegen. Nachdem der Herr Schöffel selbst seinen Antrag um Baubewilligung zurückgezogen hat, ist die wesentliche Grundlage nach der Bauordnung, nämlich diese Kanalanlage für die Entsorgung, Ableitung, Sammlung und Entsorgung dieser hoch giftigen Depo-niesickerwässer baubehördlich zu genehmigen, ausgeschaltet worden, und daher hat auch der Umweltkoordinator Hofrat Dr. Rupprecht sozusagen keine Mög-

lichkeit bisher gehabt, zu überprüfen, ob sein Bescheid exekutierbar ist. Das ist die Rechtsgrundlage. Daß oben 14 Bauern die einzige Zufahrt durch unmögliche Maßnahmen dieser privaten Mülllobby abgeschnitten wurde durch Anbohren einer ÖBB-Brücke, daß die Eisen unten herauschauen, ist einzigartig. Jeder, der nur ein bißchen Techniker ist, weiß, daß bei einer 15.000-Volt-Oberspannungsleitung der ÖBB hier ohne weiteres die Spannung auf die Brücke überschlagen kann und die Brücke daher einsturzgefährdet ist. Deshalb haben wir auch namens der Betroffenen Anzeige wegen fahrlässiger Allgemeingefährdung erstattet. Es ist nicht klar, daß heute dieses Gebiet als Sperrgebiet ausgewiesen wurde, das heißt die Menschen nicht mehr hinkönnen, um sich die Sache anzuschauen an Ort und Stelle, ohne sich strafbar zu machen. Das ist ein Stand, der meiner Meinung nach auch für den Rechtsstaat bedenklich ist, denn man muß auch ohne Sperrgebiete solche fachtechnischen Probleme lösen können und den Menschen in der Region den Rechtsstaat garantieren. Daher weise ich diese Anschuldigung, wir verletzen oben das Recht, vor allem wie es der Herr Abgeordnete Grillitsch herausgebracht hat – es ist auch auf Band protokolliert –, wir, der Herr Kokail, der Herr Mag. Rader, dieser grüne Herr, der dort drüben sitzt, sind sozusagen die Rechtsbrecher dort oben, dies weise ich auf das schärfste zurück und muß auch hier gestehen, daß das der Grund meiner Emotion ist, daß ich einfach hier meinem Wort freien Lauf gelassen habe. Das sind ungeheuerliche Unterstellungen, daß wir, die wir quer durch alle Bevölkerungsschichten, quer durch alle Parteien, daß die Menschen oben ihrer Angst und Sorge um ihre Lebensgrundlage Wasser enthoben werden, daß sie wieder ruhig schlafen können und sich bewußt sind, daß hier das Äußerste geschieht, um ihre Grundlage zu erhalten, daß wir so hingestellt werden, ich bezeichne es auch nicht parteipolitisch, sondern persönlich, als wären wir die Rechtsbrecher. Ich gratuliere einem Herrn Kokail, einem Herrn Rohr, einem Herrn Mag. Rader, jedem, der dort oben war und sich das angeschaut hat, weil er sich bewußt ist, daß man sich gewisse Dinge an Ort und Stelle anschauen muß. Es tut mir leid, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, sozusagen hier in der Bezirkshauptmannschaft, ich möchte es nobel ausdrücken, keine Delegation empfangen konnte, weil unten etwa 300 Menschen, und zwar quer durch alle politischen Richtungen, gesagt haben, wir wünschen – und auch uns war es nicht möglich, dem Wunsch zu widersprechen –, daß der Herr Abgeordnete zu uns kommt und sich die Probleme bei uns ansieht. Es ist auch dem Herrn Abgeordneten Grillitsch durch Telefonate nicht gelungen, seine Landwirte oben in die Bezirkshauptmannschaft zu bringen, denn die haben auch gesagt, wir wollen es hier vor Ort dem Herrn Landesrat zeigen. Ich wünsche, der in dieser Sache nicht richtig kompetent ist. Es war ja auch der Wunsch, den Herrn Landeshauptmann da oben als Gesprächspartner zu haben und daß der Herr Landeshauptmann in dieses Sperrgebiet hinaufkommt. Ich glaube, der Herr Landeshauptmann wird sicher nicht abgestraft werden, wenn er Sperrgebiet betritt und dort mit den Menschen, die beunruhigt sind, spricht und daß man das heute macht, was Stand der Entsorgungstechnik ist und was Richtlinien des heutigen Land- und Forstwirtschaftsministeriums klar aus-

sagen, und zwar ist heute der Herr Dipl.-Ing. Riegler Land- und Forstwirtschaftsminister, und die Richtlinien legen fest, daß es über Grundwässern von regionaler Bedeutung keine Deponien gibt. Ich als Techniker muß Ihnen sagen: Es gibt keine 100prozentige Deponie auf Jahrhunderte. Wenn hier im Bescheid vor drei, vier Jahren der Stand der Technik noch so war, daß man vom Bescheid her den Juristen vom Amtssachverständigen eine Basisdichtung, die rein theoretisch in 33 Jahren undicht ist, und wenn man weiß, daß der Herr Schöffel oben mit den Bauern Pachtverträge auf 33 Jahre hat, und weiß, daß heute die Haftung und Verantwortung der Grundbesitzer trägt, das sind Leute, die sich nicht bewußt sind, was sie unterschrieben haben, dann muß man sagen, daß Feuer am Dach ist.

Ich möchte hier in aller Form den Herrn Landeshauptmann bitten: Herr Landeshauptmann, versuchen Sie, sich das mit dem Herrn Abgeordneten Grillitsch an Ort und Stelle anzuschauen. Es sind in Hainburg ähnliche Verhältnisse. Hainburg war ein ökologisches Problem. Hier geht es um ein Überlebensproblem für 50.000 Menschen. Denn eines ist klar: Diese sogenannten Optionsverträge für Filterstaub aus der BRD, die will der Herr Schöffel, was wir erfahren haben, heute noch einhalten. Der Herr Schöffel hat praktisch nur in der Steiermark seine Deponien. Man kann es sich also aussuchen, Herr Abgeordneter Fuchs, wahrscheinlich im Intervall, wo das hinkommt, denn diese Filterstäube werden heute mit Gold aufgewogen, denn Dioxine sind genauso wie Radioaktivität nicht sichtbar, nicht hörbar, kaum meßbar. Da kostet eine Messung eine Million Schilling. Wir wissen, daß allein die EBS Wien in der Rautenweg-Deponie allein mit dem Filterstaub 40 Gramm Dioxine hat. Ich habe das schriftlich vom damaligen Umweltstadtrat Schieder. Wenn man weiß, daß ein Gramm Dioxin, bedenken Sie, ein Gramm Dioxin, das Wasservorkommen für eine Million Menschen restlos verseucht, so daß die Menschen, die das konsumieren, sicher einen Krebs bekommen, dann weiß man, warum die Leute in der BRD mit falschem Verantwortungsgefühl zu uns solchen Müll herüberschleudern, einschleusen wollen. Solcher Müll kann nur in Salzbergstöcken, wo radioaktiver Abfall gelagert wird, gelagert werden, ohne daß jemals ein Wasser dazukommt. Daher sind diese Müllverbrennungsanlagen, wie sie heute üblich sind, bei 600 bis 700 Grad, ein Verbrechen an der Allgemeinheit, weil sie Entsorgungsrückstände haben, die praktisch nicht entsorgbar sind. Wenn man heute von Müllverbrennung redet, dann kann man nur gewisse Stoffe verbrennen, Plastik überhaupt nicht, und dann über Temperaturen von 1200 Grad, weil dann diese Dioxine technisch verschwinden. Bis es aber so weit kommt, wird noch ein langer Weg sein. Ich wollte das hier einbringen. Ich bin restlos überzeugt, und wenn ich heute angesprochen werde als Bautechniker, als Wasserwirtschaftler, als Fachmann, ich bin überzeugt, daß wir fachlich das Richtige machen, und darum noch einmal der Dank, ich weiß nicht, ob das durchgekommen ist, wie Sie mir das Mikrofon abgedreht haben, an den Herrn Umweltkoordinator Dr. Rupprecht, der sozusagen seinen Wasserrechtsbescheid zur neuen technischen Überprüfung praktisch aufgehoben hat.

Was die Gemeinde Fohnsdorf betrifft und das sogenannte parteipolitische Hickhack, daß der Bürger-

meister schuld ist am ganzen SPÖ-Mülldebakel, muß ich sagen, ich breche deswegen eine Lanze für ihn, weil ich überzeugt bin, daß er an der Sache absolut unschuldig ist. Er hat eine ganz große Tat gesetzt. Er hat diese Brücke, die eine Allgemeingefährdung war, bis zur neuen statischen Überprüfung gesperrt. Sie müssen sich vorstellen, eine Achslast für 4,5 Tonnen, und da sind Raupengeräte mit 25 Tonnen bereits darübergefahren. Daher ist diese Brücke von mir aus statisch sowieso nicht mehr brauchbar. Da muß ein Statiker her, da müssen Bohrkerne gemacht werden, der Beton ist bereits zerrieben, und nicht umsonst sind daher beim Anbohren Betonplatten abgeplatzt. Das ist ein Beweis, daß die Brücke schon restlos von der Tragfähigkeit überfordert war. Das sage ich hier technisch und daher alle Achtung vor Bürgermeister Rohr. Es wird ihm aber auch nicht erspart bleiben, hier um die baurechtliche Genehmigung den Schöffel sozusagen aufzufordern, denn eines steht fest: Das ist baurechtlich zu verhandeln, und wenn der Herr Schöffel von sich aus zurückzieht aus – meiner Meinung nach – unbegreiflichen Gründen, dann hat er allein die volle Konsequenz zu tragen und nicht wir als Politiker. Deswegen ist es ganz wichtig, daß man in der Steiermark endlich einmal dieses Gesetz novelliert, so wie in Niederösterreich der Pröll. 51 Prozent bei der Müllentsorgung müssen in der öffentlichen Hand sein, sonst wird das eine reine Privatgeschichte mit sizilianischen Methoden, der keiner mehr Herr wird. Und das ist, glaube ich, ganz wichtig, daß man auch hier dieses Gesetz demnächst novelliert. Auch die Frage der Förderung. Für uns ist klar: Wasser, Abwasser, Entsorgung müssen auch mit öffentlichen Mitteln gefördert werden über den Wasserwirtschaftsfonds, über das Land, und da hat der Steuerzahler das Recht, wieder seinen Steuerschilling zurückzubekommen, und nicht nur, daß ein Privater für 33 Jahre die Haftung hat und dann, nach mir die Sintflut, und dann haben wir diese ganze Problematik wie in Wiener Neustadt, wo das Becken verseucht ist, in Hamburg, wo Deponien ausgeräumt werden. Daher bin ich auch überzeugt, daß das Land eine hohe Verantwortung hat in der Auswahl, wo Mülldeponien entstehen, also praktisch in der beratenden Auswahl für die Gemeinden. Die Bürgermeister sind hier restlos überfordert. Techniker, auch auf privater Ebene, machen Gut- und Schlechtachten, was Sie wollen. Es gibt auch Hochschulprofessoren, da hat mich der Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher heute schon gemäßregelt, er hat gesagt, das ist nicht so. Ich habe nämlich das Gutachten des Herrn Professors Novak, der sozusagen die Bauordnung außer Kraft setzen soll, als Schlechtachten bezeichnet, und dabei bleibe ich. Es kann nicht ein Hochschulprofessor, so honorig er auch noch ist, die Rechtsgrundlage und die Bauordnung ausschalten. Und in der Bauordnung steht eindeutig drinnen, da brauche ich jetzt nicht einmal die Novellierung von der Bauordnung, daß Kanalanlagen, insbesondere Kanalanlagen, baurechtlich zu verhandeln sind. Da ersuche ich auch, daß die zuständige Rechtsabteilung 3 und vor allem die Rechtsabteilung 7, die ja die Aufsichtsbehörde über die Gemeinden ist, endlich einmal klipp und klar feststellen, daß das auch gemacht werden muß. Es steht fest, der Verwaltungsgerichtshof bestätigt das, und es muß praktisch hier, nicht nur für die Brücke, ein Baustopp verfügt werden, sondern auch für die bereits begonnenen Baumaßnah-

men, bei denen bereits ein Brunnen auf Gemeindegrund restlos zerstört und widerrechtlich aufgefüllt wurde. Praktisch Tatbestände, die schon ein Rechtsbruch sind. Daher sage ich heute noch etwas ganz klar: Wir als Politiker, und ich bezeichne mich hier im Landtag als politischen Menschen, wir sind in der Lage, auf Grund von Beratung der Rechte Gutachten, Entscheidungen zu treffen. Daher möchte ich noch einmal wiederholen, es hat sich beim Technischen sehr, sehr viel geändert. Jeder Sachverständige, der heute versucht, das herunterzuspielen, begeht Fahrlässigkeit und Allgemeingefährdung, und daher sind diese Dinge grundsätzlich neu zu überlegen. Es ist hier praktisch noch ein Glück dabei, weil eben hier die wesentliche Rechtsgrundlage, die Baugenehmigung, fehlt. Daher kann man auch hier im Murwald für die Betroffenen oben, und es geht praktisch um die Gemeinde Zeltweg, noch etwas tun. Zeltweg wurde ja bei der Wasserrechtsverhandlung mit der Aussage, das ist eine 100prozentige Deponie, da kann nichts passieren, was praktisch jetzt korrigiert wird, Zeltweg hat bis heute keine Parteistellung gehabt, obwohl es vier Gemeindebrunnen hat. Und daher ist es ganz wichtig, daß im neuen Verfahren Zeltweg Parteistellung bekommt. Sie haben mit einstimmigem Gemeinderatsbeschuß bereits diese Parteistellung beantragt.

Noch etwas. Man kann Deponiesickerwässer nicht behandeln wie kommunale Abwässer. Daher ist es undenkbar, diese hochgiftigen Abwässer, die Abfallgifte sind, Ultragifte, wo Tausende verschiedene chemische Verbindungen sind, wo praktisch chlorierte Kohlenwasserstoffe sind – wenn Filterstäube kommen, auch Dioxine –, so zu behandeln, wie man eine kommunale Kläranlage behandelt. Das muß man technisch lösen, mit siebenstufigen technischen Anlagen, mit Katalysatoren und so weiter. Dieses Wasser kann man dann nicht in die Mur lassen, sondern das ist ein Sonderwasser, das sicher nicht nach dem Mur-Sanierungskonzept in die Mur abgeleitet werden darf. Daher sind auch alle Dinge, die sozusagen mit der Entsorgung dieser Abwässer zu tun haben, neu zu überprüfen, und es ist ganz klar, daß die Bauordnung hier Fuß faßt, nachdem die Gemeinde Fohnsdorf als auch die Gemeinde Zeltweg gesagt haben, in unsere Kläranlage nicht hinein, weil das würde die Kläranlage umbringen. Das würde praktisch die Kläranlage und die Abläufe bescheidwidrig ändern, das würde heute nicht einmal mehr ein Sachverständiger bei der Wasserrechtsbehörde genehmigen, außerdem müßte das über die Wasserrechtsbehörde genehmigt werden, das kann ja nicht irgendein Bürgermeister zusagen, sondern über eine Bescheidänderung. Das ist nicht geschehen. Daher muß diese Kläranlage gemacht werden, sie muß umgeplant werden, sie muß chemotechnisch gemacht werden, siebenstufig. Das ist eindeutig eine baurechtliche Maßnahme. Das heißt, wir haben im letzten Moment oben mit Hilfe der Betroffenen viel erreicht – und eines muß ich auch feststellen, warum hier die Landwirte so erbost sind, weil zum Beispiel hier die MDH den Bauern den einzigen Weg zu ihren Grundstücken absperrt, und der Weg über die Brücke ist der einzige Weg, und unten dann die Bauern protestieren, weil gerodet wird, und am öffentlichen, am Gemeindegeweg stehen und dann ein Herr Rechtsanwalt Eisenberger auftritt, der frischen Wind in Graz machen will, oder seine Familie, ich weiß nicht, wie das

läuft mit Piatnik, Eisenberger und Lanz. Auf jeden Fall ist das auch eine Gruppe, die ihr Süsschen kocht. Wenn dieser Eisenberger dann diese 14 Landwirte oben vor das Kreisgericht Leoben bringt auf Unterlassung, Streitwert 400.000 Schilling, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Feuer am Dach ist, dann dürfen Sie sich nicht wundern. Diese Landwirte sind auch Leute, die bei der VEW gearbeitet haben. Die sind nicht nur der ÖVP zuzurechnen, sondern es sind Leute auch aus der Sozialdemokratie, die heute oben sagen, helft uns, es ist ganz egal, wer hilft. Und eben, Herr Abgeordneter Grillitsch, ich würde Sie ersuchen, diese Dinge, die Sie hier durch Postwurfsendung in die ganze Obersteiermark gebracht haben, auch hier im Hohen Haus einmal hinzustellen, daß das kein parteipolitisches Hickhack ist, daß wir nicht die Rechtsbrecher sind, sondern daß wir nur versuchen, daß den Menschen oben die Lebensgrundlage erhalten wird. Und glauben Sie mir, ich bin Wasserwirtschafter und Bautechniker, und das war auch meine Motivation, in die Politik zu gehen, denn mir war es zu wenig, weisungsgebundener Beamter zu sein und nur in einer kleinen Sparte zu schauen, daß das alles nach rechten Dingen zugeht. Sie müssen sich heute als Politiker auf gewisse technische Grundlagen stützen können. Ich sehe es ein, daß Sie als Landwirt beziehungsweise Wirt hier restlos vom Technischen überfordert sind, ich gestehe Ihnen Ihren guten Willen zu. Sie haben wenigstens bewirkt, und zwar durch eine Anfrage im Landtag, daß seitens des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Riegler eine klare Stellungnahme gekommen ist – ich habe das Schreiben hier, alle Achtung, daß Sie dies zusammengebracht haben –, daß hier die Sachen oben eindeutig baurechtlich zu verhandeln sind. Ich möchte auch, weil dieses Schreiben von einer derartigen Wichtigkeit für diese Sache ist und daß Sie sehen, daß es uns nicht um die Politik geht, sondern um die Sache, hier das Schreiben von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler vorlesen, bei dem sich bis heute ja nichts geändert hat: „Zur angesprochenen Deponie in Fohnsdorf ist außerdem festzuhalten, daß die rechtlichen Voraussetzungen für eine Inangriffnahme des Baues derzeit nicht gegeben sind. Es liegt bekanntlich keine Widmungs- und Baubewilligung seitens der zuständigen Baubehörde in Fohnsdorf vor. Des weiteren ist es dem Unternehmen nicht möglich, die wasserrechtliche Bewilligung in Anspruch zu nehmen, da das Unternehmen die entscheidende Bedingung 47 nicht erfüllen kann.“ Nach dieser Bedingung müßte das Unternehmen für die Sickerwässer entweder eine eigene Kläranlage errichten, die natürlich auch geändert gehört, das habe ich vorausgestellt, was einen weiteren bewilligungspflichtigen Tatbestand nach der Bauordnung darstellt, oder eine Vereinbarung der Gemeinde Fohnsdorf oder der Stadtgemeinde Zeltweg vorlegen, wonach diese Gemeinden bereit sind, das anfallende Sickerwasser in die kommunalen Kläranlagen einleiten und reinigen zu lassen. Das ist sozusagen hier, um auch Ihre Argumentation zu entkräften. Ich bin überzeugt, daß Sie das Beste wollen, Herr Grillitsch, nur nicht, indem Sie gegen uns schlagen, weil wir sind in der Sache sicher nicht Ihre Feinde. Wenn Sie Ihre Sache, Ihre 10.000 Unterschriften gegen diese Deponie durchbringen wollen, dann müssen Sie uns als Rechtsberater akzeptieren, auch wenn ich ein „grüner Herr“ bin. Außerdem, das Wort „Herr“ können Sie sich

ersparen, ich lebe im Murwald, im Urwald, ich weiß, daß man auch Knochen hat, wenn man in der Früh aufwacht. Aber kommen Sie einmal runter, setzen Sie sich einmal an so ein kleines Lagerfeuer und diskutieren Sie mit der betroffenen Bevölkerung. (Abg. Dr. Maitz: „Das macht er schon wesentlich länger, daß er mit der Bevölkerung diskutiert!“) Herr Kollege Dr. Maitz, ich weiß, du bist ein sehr guter Jurist, nur technisch hast du keine Ahnung von der ganzen Problematik.

Auch, lieber Dr. Karli Maitz, wenn du raufkommst, du findest auch ein Zelt zum Übernachten, und wir sind überzeugt, daß auch du das Sperrgebiet betreten kannst. Wo wir das Ganze aufgehängt haben, diese Geschichte, ist, daß der Herr Schöffel selbst bei der Veranstaltung in Fohnsdorf gesagt hat, wir wissen, der Müll ist gefährlich und man sollte andere Dinge machen, aber das machen wir nicht, weil dann müßten wir wieder die Behörde fragen. Und das ist ein Punkt, wo er sich eigentlich ein Eigentor geschossen hat. Man nennt das Eigentor, das war ein Rückpaß, der zum Eigentor geworden ist. In dem Bescheid steht nämlich tatsächlich drinnen, daß die Abdichtung eine ein Meter starke bindige Schicht sein soll, und es steht sogar im Bescheid, ein Durchlässigkeitswert, der rein theoretisch in 33 Jahren diese Deponie undicht macht. Ich möchte hier vor allem dem Herr Abgeordneten Fuchs eines auf seinen Weg geben, in seinen Rucksack hinein, wenn er wieder nach Halbenrain fährt. Wir wissen, und das ist eben das, warum man im Land- und Forstwirtschaftsministerium und auch der Minister Dipl.-Ing. Riegler und alle Leute sagen, über grundwasserführende Schotterschichten von regionaler Bedeutung nie mehr eine Deponie. Warum? Weil wir wissen, daß diese hochaggressiven Deponiesickerwässer diese Durchlässigkeit bis zehnfach und hundertfach verändern, daß sie praktisch diese bindige Schicht durchlässig machen, und dann haben Sie genau das auf Fohnsdorf bezogen, und es kommt auch – da bin ich überzeugt, vielleicht werden Sie es noch erleben – unten in Halbenrain, daß diese sechs Meter Lehmschicht undicht ist und Sie vielleicht Ihre Thermalquelle zum Baden verwenden können, aber nicht mehr zum Trinken. Das wird auch Ihnen bevorstehen, weil es Deponien in Deutschland gibt mit 15 Meter Lehmschicht und die waren nach 15 Jahren nachweislich undicht. Der Dr. Karli Maitz dreht sich zurück und sagt: „Hau den Hut drauf!“ Wir hauen oben in Fohnsdorf sicher nicht den Hut darauf, vor allem nicht den Steirerhut. Und die ganze steirische Breite hat oben eine private Müllmafia-Geschichte einmal zu unterbinden. Ich sage das hier im Landtag, eine private Müllgeschichte, die alle praktisch anstinkt, auch die Beamenschaft. Und darum dulde ich es auch nicht, wenn die Beamenschaft damit irgendwie unter dem Deckmäntelchen beschuldigt wird, daß da Firm- und Trauzeugen sind und so weiter. Ich habe auch hier versucht, ein klares Wort zu sprechen, denn die Beamenschaft hat versucht, das Möglichste zu machen, bis auf ein paar technische Amtssachverständige, die aber jetzt durch die neuen Richtlinien restlos bekehrt werden, und zwar restlos. Es war eine Veranstaltung in Knittelfeld, da hat der Zuständige für die Wasserwirtschaft klipp und klar zugeben und feststellen müssen, es ist ein Grundwassersee von einer Mächtigkeit von 25 Meter Tiefe, und alle Gifte, die hier versickern,

gehen praktisch an diesen Boden des Grundwassersees und füllen diesen von unten her auf. Daher kann man gar nicht mehr sagen, von wo das Gift kommt, weil in diesem Grundwassersee gibt es an und für sich keine Strömung. Es werden auch Blumen betroffen sein, die sozusagen in Fließrichtung unter der Deponie liegen, weil – Sie wissen das – chlorierte Kohlenwasserstoffe – wenn Sie die Problematik in Graz verfolgt haben – sind schwerer als Wasser, füllen diesen Grundwassersee auf, vor allem die Schwermetalle, es sagt Ihnen alles, sie sind schwerer als Wasser, die füllen das auf und dann findet praktisch nur mehr eine Entsorgung über die Wasserabnehmer statt. Und das wollen wir nicht. Wir wollen nicht, daß die Menschen oben als Katalysatoren, als Entgifter, in der Zukunft zu wirken und zu fungieren haben. Das ist eine Sache in Richtung wasserrechtlichem Bewilligungsbescheid.

Ich habe hier noch sehr viele Unterlagen, vor allem auch das Schreiben des Herrn Dr. Eisenberger gegen 14 Bauern, Streitwert 400.000 Schilling. Ich habe aber auch ein Telex über diese 10.000 Tonnen Filterstäube, die praktisch hier in der Steiermark irgendwo deponiert werden sollen. Darum verwundert es uns auch nicht, wenn der Herr Schöffel über die ÖBB eine Gleisanlage auf sein Deponiegelände haben will, denn wenn der Container zu ist, können Sie nichts mehr machen. Wir leben natürlich dann in einem Rechtsstaat, Herr Grillitsch, da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Wenn der Rechtsmittelweg für die Leute nicht eingehalten wird und sozusagen die zu Unrecht kommen und nichts dagegen machen können, dann haben sie auch gegen diese Müllmafia keine Möglichkeit. Und da werden sie sich auch auf den Kopf stellen können. Das ist dazu.

Wir haben auch hier von einem Geologen klipp und klar, daß das der größte Grundwassersee ist und daß das Wasser in vertikaler Richtung diesen Grundwassersee einspeist. Die Mur ist zehn Meter höher als der Grundwasserspiegel, und es gibt keine direkte Kommunikation. Es ist daher ganz schwerwiegend, was in den Grundwassersee hineinkommt, kommt nicht mehr heraus, außer über die Wasserbezieher. Was ich noch sagen möchte: Ich habe auch früher gesagt, warum wir mit gewissen Emotionen hier beziehungsweise warum ich mit Emotionen reagiert habe, wir spielen nicht quer gegen das Recht, wie das der Herr Abgeordnete Grillitsch ausgesprochen hat. Ich habe es hier mitgeschrieben, auch der Herr Kokail spielt nicht quer gegen das Recht, auch nicht der Herr Mag. Rader und wir auch nicht. Ich glaube, es fällt Ihnen kein Blatt aus Ihrer Krone, wenn Sie das hier zurücknehmen. Sie sagen aber, wenn ein Staatsbürger recht bekommt, in der Art, daß der Rechtsstaat gebeugt wird, dann können Sie nichts machen. Und da gebe ich Ihnen genau recht. Und darum müssen wir oben alles in die Wege leiten, daß endlich die Gemeinde Fohnsdorf entgegen diesem Hochschulgutachten auf die Baubewilligung drängt. Ich bin überzeugt, daß dies demnächst geschehen wird und daß hier gemeinsam an einem Strang gezogen wird. Sonst können Sie sich in Zukunft Ihr Zwei-Drittel-Kommunalgesetz über Abfallentsorgung auch in die Haare schmieren, denn eines sage ich Ihnen: Die private Müllmafia ist wesentlich schneller als jede Gemeinde. Wir haben Informationen, daß die auch dann wissen, wo Grundstücke frei sind.

Und wie es im Kaiserwald war, war der Herr Schöffel wesentlich schneller als die Gemeinden. Und daher ist es praktisch ein Nachteil für die Behörden, für die Gemeinden, und daher muß man auch unbedingt novellieren, mindestens 51 Prozent, ich bin nicht gegen die Privatunternehmer, vor allem was den Transport und so weiter betrifft, aber 51 Prozent, so wie Niederösterreich, haben in die öffentliche Hand zu gehören, damit die Leute dort wieder ruhig schlafen können.

Was die Beamtschaft betrifft, habe ich schon gesagt, ich dulde es nicht, daß Beamte mit Untergriffen wie Taufpate oder Firmungspaten sozusagen in der Öffentlichkeit brüskiert werden. Da bin ich selbst Beamter und weiß, daß das eine sehr ungute Situation ist.

Was die Änderung der Bauordnung betrifft, bitte eines: Selbstverständlich ist das für uns eine Klarstellung, bitte, und ändert an der Rechtsgrundlage aber überhaupt nichts, weil wir dürfen den Ball vor allem in der Öffentlichkeit nicht spielen, daß der Herr Schöffel bis heute ja gar nicht die Möglichkeit gehabt hat, weil ihm erst seit der heutigen Sitzung am 14. Juli Müllbeseitigungsanlagen vom Baurecht her bewilligt werden müssen. Das, und da bedanke ich mich beim Kollegen Hagenauer, daß er uns aufmerksam gemacht hat, wird auf keinen Fall gespielt. Eine Klarstellung, aber die gesetzliche Grundlage hat heute schon voll gegolten, daß man hier voll den Rechtsmittelweg einschreiten kann. Die Schuld, wenn man von Schuld spricht, liegt allein bei der privaten Müllmafia. Die sollen sich beim Herrn Eisenberger bedanken für die Rechtsberatung, denn wenn man nicht weiß, daß die Gemeinde erste Instanz ist und in zweiter Instanz der Gemeinderat und daß man über eine Devolution den Gemeinderat sozusagen ersucht, das Verfahren weiterzuziehen, und dann zum Verwaltungsgerichtshof geht, dann sollen sich diese Rechtsanwälte, die heute Politik in Graz machen wollen, mit frischem und altem Wind, ihr Lehrgeld zurückgeben lassen. Ich würde sagen, der Herr Schöffel steht, glaube ich, irgendwo da draußen, daß er dem Herrn Eisenberger das sagt, und er sollte sich einen anderen Anwalt nehmen. Das ist eine ganz klare Sache, aber nicht, daß die Bürgermeister, die Politiker und dann die Beamtschaft diesen ganzen privaten Müllmafiafreck auszubaden haben. Und damit entlaste ich Sie als Politiker alle von diesem Mülldesaster. Für mich gibt es kein Mülldebakel, sondern ich bin der Ansicht, daß mit dem Abfallbewirtschaftungsgesetz, das der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sozusagen demnächst präsentieren wird, sehr, sehr viel gelöst wird, und ich hoffe, daß das bald in den Landtag kommt. Daher würde ich sagen, versuchen wir, gemeinsam den Weg weiterzugehen, und hören wir mit solchem parteipolitischen Hickhack vor Ort endgültig einmal auf. Das ist meine ganz große Bitte. Danke.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte zuerst als sehr junges Mitglied dieses Hauses ein kurzes Wort zu dem heutigen Vorfall verlieren. Ich bin eigentlich betroffen davon, daß man

vom „im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen“ spricht und dann das in einer solchen Form auch demonstriert. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Sie waren kein einziges Mal dort bei den Leuten, kein einziges Mal haben wir Sie gesehen!“) Ja, das stimmt! Ich war jetzt nicht dort, aber ich war bereits im Herbst vergangenen Jahres dort, und ich war vor der Schneeschmelze dort. Ich kenne die Situation auch von der Örtlichkeit her.

Ich möchte hier heute zum Reagieren, das wir alle tun, etwas sagen, denn ich glaube, es ist wichtiger, vor dem Reagieren zu agieren, und zwar vorausschauend, indem wir einfach versuchen, Müll zu vermeiden und ihn auch entsprechend zu verwerten. Wie wir alle wissen, ist Umweltschutz ein sehr langwieriger Prozeß, der ein langes Umdenken beinhaltet, um dann umso sicherer zu einem Ziel zu kommen, denn je mehr Menschen sich zu einer Sache bekennen, desto besser greifen Maßnahmen, die von außen, sozusagen von der Politik, gesetzt werden. Denn die Politik schafft Rahmenbedingungen, ausfüllen müssen wir sie. Es geht dabei darum, daß wir einen gemeinsamen Standort finden und neues, verbessertes Wissen einsetzen und daß wir mit erhöhter Sensibilität für den Andersdenkenden agieren. Produzenten und Konsumenten sollen hier zusammen die Vermeidung von Abfall beziehungsweise dessen Rückeinbindung in den Kreislauf der Produktion als oberstes Ziel anstreben. Schon in der Entwicklung eines Produktes muß eigentlich die Frage der Entsorgung nach der ordnungsgemäßen Nutzung und Anwendung beantwortet werden. Sowohl die Müllmenge als auch die Zusammensetzung haben sich in den letzten Jahren geändert. Der Müll ist voluminöser geworden, das spezifische Gewicht hat allerdings abgenommen. Papier und Verpackungsmaterialien haben stark zugenommen. Der Anteil an Kunststoff und damit auch an Problemstoffen auch aus dem Haushalt nimmt ständig zu. Eine Müllverringering kann nur geschehen, wenn die Abfälle bereits in den Produktionsstätten einer Wiederverwertung zugeführt werden und einer Rückgewinnung und Weiterentwicklung nichts entgegensteht. Eine Müllverringering kann somit erreicht werden durch die Auswahl ganz bestimmter abfallarmer Produktionsverfahren, durch innerbetriebliches Recycling, durch Vermeiden von Einwegverpackungen, beispielsweise Dosen, Flaschen, Behältnissen und Miniportionen, durch längere Lebensdauer und durch bessere Qualität der Produkte, durch kritischen Einkauf auch von offener Ware und durch gezieltes Einsammeln wieder verwertbarer Materialien. Dabei kommt aber auch dem Konsumenten eine wesentliche Rolle zu. Von seinem Verhalten kann Kaufen oder Nichtkaufen, indirekt damit auch die Produktion, beeinflusst werden. Der Konsument ist mit Müllverursacher, und er muß auch in die Lösung der Müllentsorgung eingebunden werden. Das Land, alle politischen Gruppierungen, Gemeinden, wir alle haben die Aufgabe, Informationen an die Bevölkerung weiterzugeben, über ihre und unsere Entsorgungsprobleme zu informieren und zu einem bestimmten Abfallverhalten zu motivieren. Eine Forderung der Konsumenten schon längerer Zeit ist die Kennzeichnung von Abfallprodukten mit einfachen Symbolen über das Verhalten während und bei der Entsorgung. Ebenso wünschen verantwortungsbewußte Konsumenten generelle Verkaufsverbote mancher Produkte. So hat

Frau Minister Marilies Flemming in ihrem Entwurf zum Abfallvermeidungsgesetz die verpflichtende Vorschreibung für Mehrwegverpackungen, beispielsweise für Bier, nichtalkoholische Getränke, aber auch Konzentrate und Sirup, verlangt. Es gehört auch dazu, ein Pfandsystem für Mehrwegflaschen, für Aludosen, beispielsweise für Autoreifen, Leuchtstoffröhren und ähnliche einzuführen. Den Schulen muß hier eine wichtige Aufgabe zukommen. Wenn Kinder von klein auf lernen, beim Einkauf und im Umgang mit Abfällen kritisch zu sein, motivieren und erziehen sie ihre Eltern mit. Es ist anzunehmen, daß die Kinder diese Praxis auch als Erwachsene beibehalten.

Obwohl wir schon jahrelang mit dieser Thematik in der Öffentlichkeit stehen, kann erst ein bescheidener Erfolg in der Mülltrennung, in der Auswahl und von Konsumangeboten verzeichnet werden. Die Wiedereinbringung der Abfälle in den Produktionskreislauf ist eine echte und zukunftssträchtige Herausforderung, die Technik, Industrie und Konsumenten erkennen müssen – und hier, um nicht dem Satz des deutschen Professors Dr. Röegen volle Bedeutung zukommen zu lassen, wenn er sagt, das Wesen der modernen Industriegesellschaften ist die Verwandlung wertvoller Rohstoffe in nutzlosen Abfall. Und diese Aussage wollen wir unseren Kindern nicht als Erbe weitergeben. Danke. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Es wurde heute schon wiederholt und des öfteren festgestellt und ausgesagt die Problematik, die Situation. Ich gestatte mir eine einzige Ergänzung dazu, wie sich das Problem Müll verändert hat in den letzten Jahren. Wenn wir uns erinnern, daß es noch gar nicht so lange her ist, daß man für Alteisen, für Altpapier, für Altglas und andere Dinge, wenn man das zurückgegeben hat, etwas dafür bekommen hat. So ist der derzeitige Zustand der, daß man zwar nichts mehr dafür bekommt, im einzelnen aber auch noch nicht dafür bezahlen muß, um sich dieser Dinge zu entledigen. Aber alle wissen, die sich damit befassen, vor allen Dingen auch die Gemeinden, daß es wahrscheinlich nicht mehr allzu lange dauern wird, daß wir für all diese Produkte, für diese Abfallprodukte, für diese sogenannten Altwaren nicht nur nichts mehr bekommen werden oder nichts mehr dafür zu zahlen brauchen, sondern daß wir sehr wohl in Zukunft für die Entsorgung dieser Dinge auch unseren Obolus leisten müssen. Es wurde heute hier ebenfalls schon gesagt und erwähnt, daß es Bezirke gibt, die sich zusammengeschlossen haben innerhalb der Gemeinden, um dem Problem Müll insofern zu begegnen, daß es geordnete Deponien oder andere Möglichkeiten gibt. Und dazu gehört auch – ich wiederhole es noch einmal – der Bezirk Judenburg, der von den 24 Gemeinden 18 Gemeinden selbst entsorgt durch die Stadtwerke der Stadt Judenburg und nur sechs Gemeinden nach Kärnten oder in einen anderen Bezirk ihren Müll entsorgen.

Meine Damen und Herren, es wurde heute so oft schon und auch jetzt zum Schluß die Mülldeponie Murwald zitiert. Ich möchte für all diejenigen, die es nicht wissen – es dürften ziemlich viele in der Steiermark sein –, klar und deutlich feststellen: Nicht die Gemeinde Fohnsdorf ist bestrebt, eine Mülldeponie zu bauen, denn die Gemeinde Fohnsdorf wird ebenfalls durch die Stadtwerke der Stadt Judenburg vom Müll entsorgt, sondern diese Mülldeponie liegt im Gemeindegebiet Fohnsdorf und wird von einer privaten Firma, nämlich von der MDH, errichtet. Meine Damen und Herren, ich bin daher wirklich sehr überrascht gewesen, als ich vorige Woche, am Montag, eben dieses heute schon gezeigte und erwähnte Riesenflugblatt der Österreichischen Volkspartei in meinem Briefkasten vorgefunden habe. Es ist zwar nicht meine Art und es steht mir auch nicht zu, solche Flugblätter zu zitieren oder zu verlesen. Aber nachdem heute auch von dieser Stelle aus schon Phrasendrescherei, politisches Spiel, genannt wurde, so möchte ich es so nennen, daß ich aus diesem ÖVP-politischen Spiel eine Szene vorlese. Und zwar deshalb, weil ich weiß, daß dieses Riesenflugblatt der ÖVP nicht in der ganzen Steiermark den Haushalten zugegangen ist, sondern nur bestimmte Bezirke und Regionen wurden damit beschickt, die Obersteiermark, die Mur-Mürz-Furche bis Liezen und auch die Weststeiermark. Warum ich etwas zitiere, eine sogenannte Szene, so deshalb, weil ich dann im Anschluß auch einige Fragen habe, und zwar ganz konkret an den Herrn Landeshauptmann, und ich bitte ihn, mir dann diese Fragen auch entsprechend zu beantworten. Ich zitiere: „In der Obersteiermark sind es ebenfalls sozialistische Gemeinden, die die ärgsten Müllprobleme haben und sie bei anderen abladen wollen.“ Was mit diesem Satz gemeint ist, ist mir nicht klar, denn ich darf noch einmal wiederholen, der Kollege Grillitsch hat es auch gesagt, daß zum Beispiel die großen Gemeinden des Bezirkes Judenburg sehr wohl entsorgt werden und keine Müllprobleme derzeit haben. Aber ich zitiere weiter: „Aber auch bei diesen politischen Deponie-manövern kann diese entscheidende Tatsache nicht verschleiert werden, wie das Fohnsdorfer Beispiel zeigt. Einerseits hat die Gemeinde unter Führung des sozialistischen Bürgermeisters einen Genehmigungsbescheid erlassen“ – Herr Landeshauptmann, auch hier muß ich fragen, wo Sie das hernehmen, meines Wissens war das nur eine Mitteilung, aber nie ein Genehmigungsbescheid, ich zitiere weiter –, „andererseits hat dies der damalige sozialistische Landwirtschaftsminister Haiden getan. In der Landesregierung ist der sozialistische Gemeindefereferent Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross zuständig. Um hier eine Klarstellung der Verantwortung und Aufgaben zu setzen, haben wir das steirische Müllbewirtschaftungsgesetz mit dem Schwerpunkt Abfallvermeidung initiiert, das noch heuer nach gründlicher Vorberatung die steirische Abfallwirtschaft auf eine neue tragfähige Basis stellen soll. Damit wird die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden gestärkt und zugleich die Hilfestellung des Landes sichergestellt.“ Meine Damen und Herren, ich habe das deshalb auch zitiert, es wurden hier Namen genannt, es wurde im konkreten eine sozialistische Gemeinde genannt, es wurde der Herr Landwirtschaftsminister Haiden genannt, es wurde der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter

Gross genannt. Und da sind mir ein paar Dinge unklar und daher auch meine Frage, und zwar: Meine Damen und Herren! Was die Gemeinde Fohnsdorf betrifft, nach meinen Erkundigungen, ist es sicherlich nicht leicht, denn wenn man sich mit dieser Materie beschäftigt, dann kommt man zur Überzeugung, daß das ein sehr komplexer Problembereich ist, wo einerseits die Technik sehr stark mitspielt, das heißt, man müßte ein ausgepickter Techniker sein, auf der anderen Seite natürlich es viele Gesetze gibt, die hier mit einspielen, das heißt, man müßte auf der anderen Seite ein ausgepickter Jurist sein. Als Abgeordneter hat man es sicherlich nicht leicht, diese Dinge vielleicht richtig zu interpretieren, und daher – ich möchte fast sagen, das gilt fast für alle, bis auf den Techniker, den Kollegen Dipl.-Ing. Dr. Korber, der vom Beruf her damit befaßt ist, aber ansonsten, wenn keiner ein Jurist ist, das bin ich nicht, das ist der Kollege Grillitsch nicht, viele andere auch nicht – finde ich es schon etwas komisch, wenn dann in einem solchen Flugblatt Behauptungen aufgestellt werden, auf der anderen Stelle hier ebenfalls Behauptungen aufgestellt werden, die meines Erachtens ja auch nicht richtig und stichhältig sind. Denn, meine Damen und Herren, soweit mir bekannt ist und soweit ich das in Erfahrung bringen konnte, ist die Voraussetzung für eine Baugenehmigung, von der heute schon sehr viel gesprochen wurde und die irgendwo auch ein Zankapfel ist, ist die Voraussetzung ein rechtlicher Widmungsbescheid. Dieser rechtliche Widmungsbescheid konnte aber bis heute nicht erteilt werden, da eine negative Rodungsbewilligung vorlag. Das ist natürlich alles jetzt zeitlich gebunden. Es gibt hier einen eigenen Terminkalender. Es würde zu weit führen, ihn vorzulesen. Aber um irgendwo den Beweis zu liefern gegen die Behauptungen, die hier aufgestellt wurden, muß ich doch einiges zitieren. Und zwar darf ich in diesem Zusammenhang vorausschicken, daß von der Rechtsabteilung 8 der Landesregierung der forstliche Bescheid negativ ausgestellt wurde bezüglich der Rodung. Am 7. Juni 1984, also vor mehr als drei Jahren, ist dieser Bescheid durch die Landesregierung bestätigt worden, und die Rodung wurde abgelehnt. Gegen diesen Ablehnungsbescheid im Jahre 1984 hat die MDH Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben, der den Bescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft am 26. März 1985 behob. Die Angelegenheit wurde zur Erlassung eines neuen Bescheides an den Landeshauptmann für Steiermark zurückgewiesen. Der Landeshauptmann von Steiermark hat jedoch innerhalb der sechs folgenden Monate aus nicht erkennbaren Gründen keine Entscheidung getroffen, worauf der Bundesminister auf Grund eines Devolutionsantrages selbst in der Sache zu entscheiden hatte. Durch eine Änderung des Antrages bezüglich des in Fohnsdorf zu lagernden Mülls hat das Ministerium ein höherwertiges Interesse an der Errichtung der Deponie als an der temporären Verringerung der Wohlfahrtswirkung des Waldes angenommen und der MDH die Rodungsbewilligung erteilt.

Meine Damen und Herren, das Ganze hat sich also abgespielt im vergangenen Jahr, und dieser Bescheid, den ich hier gerade genannt habe, der ist vom 11. Juli 1986, also fast ein Jahr alt, laut Eingangsstempel der Landesregierung vom 13. August, das heißt, am 13. August ist dieser Bescheid beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung eingelangt. Zufälligerweise,

vielleicht ist es ein Zufall, hat am gleichen Tag, nämlich auch am 13. August 1986, die MDH ihren Antrag wieder bei der Gemeinde Fohnsdorf zurückgezogen, so daß die Situation derzeit so ist, daß überhaupt kein Bauansuchen vorliegt.

Eine Besonderheit möchte ich in diesem Zusammenhang noch erwähnen, wenn jemand glaubt, daß auch die Gemeinde Fohnsdorf offiziell von dieser Entscheidung informiert worden wäre, der irrt. Durch einen Zufall war es möglich, im September des vergangenen Jahres eine Ablichtung dieses Bescheides zu bekommen. Das, meine Damen und Herren, zur Situation. Es gäbe noch vieles zu sagen, aber es steht, glaube ich, nicht dafür, weil es zu sehr ins Detail, ins Fachliche geht.

Und nun, meine Damen und Herren, noch einmal zu diesem zitierten Riesenflugblatt. Der Herr Kollege Kröll als erster Redner heute hat im besonderen darauf hingewiesen, man möge doch in dieser Sache sehr sachlich bleiben und nicht links und rechts austeilen, sondern das ist ein Problem, das uns alle betrifft. Bleiben wir also sachlich. Ich darf zu dem Zitierten und zu dem bereits Gesagten einmal feststellen, daß die Sachlichkeit hier sehr wohl nicht vorhanden ist. Auch bezüglich der Namen ist sie nicht vorhanden, was den Landwirtschaftsminister betrifft. Warum steht nicht drinnen, daß der Herr Landeshauptmann auch sechs Monate, nachdem er wieder zuständig gewesen wäre, nicht reagiert hat, kein Wort davon. Wir wissen es Gott sei Dank, wir sagen es auch. Meine Frage an den Herrn Landeshauptmann konkret wäre, wie weit ist der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross, der ja hier auch zitiert wurde, überhaupt zuständig, das heißt, welche Kompetenzen hat er in Müllfragen. Das würde mich interessieren. Ich würde Sie wirklich bitten, daß Sie mir Antwort geben darauf, nachdem der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross auch hier zitiert ist als Gemeindereferent, welche Kompetenzen hat er in Müllfragen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das kann ich Ihnen gerne vorlesen!“) Würde mich interessieren, mir ist es nicht bekannt.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Sachlichkeit. Am 3. Juli bei der Landtagssitzung sollte ursprünglich über diese Novellierung gesprochen beziehungsweise abgestimmt werden. Es war uns – heute wissen wir warum, und daß wir an und für sich ein gutes Gefühl hatten – ein bißchen komisch zumute, warum die Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei mit einem solchen Eifer versucht haben, daß wir diesen Tagesordnungspunkt noch am 3. Juli erledigen. Heute wissen wir es, nämlich spätestens am 2. Juli ist dieses Flugblatt von Ihnen ja bereits bei der Post gewesen. Ich sage noch einmal, von Sachlichkeit, die von Ihnen immer gefordert wird, auch heute noch gefordert wurde, kann in dieser Richtung sicherlich nicht die Rede sein. Meine Damen und Herren, wir haben uns die Frage gestellt, ob das die Vorstellung der Sachlichkeit von Ihnen auch für die Zukunft sein möge. Wenn das ja der Fall sein sollte, dann wissen wir unsere Antwort darauf.

Meine Damen und Herren, das ist auch letztendlich der Grund, weil wir glauben einerseits, daß, von den Versäumnissen abgesehen, die wurden schon so oft heute zitiert, dieser Komplex derart groß und umfangreich ist, daß man nicht in einer relativ kurzen Zeit

wesentliche Entscheidungen treffen kann, wo wir als sogenannte Laien wieder nicht wissen, welche Auswirkungen das letztendlich für die Gemeinden und die Bevölkerung haben kann, wir daher der Meinung sind, daß diese Dinge wirklich ordentlich nicht nur diskutiert werden sollen, sondern daß auch wir als Abgeordnete die Informationen benötigen, zeitgerecht bekommen sollen und ausführlich. Aus diesem Grund sind wir heute nicht in der Lage, dieser Ihrer Novelle zuzustimmen. (Beifall bei der SPÖ).

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Trampusch das Wort.

Abg. Trampusch: Frau Präsident, Hohes Haus!

Als heute früh im Rundfunk der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sagte, daß man Stellungnahmen zum Abfallbeseitigungsgesetz, und es gibt ja genug davon, für seriös und nicht unter Zeitdruck bearbeiten, behandeln und beraten sollte, hatte er sicher recht. Nur muß ich ergänzen, und das wurde schon angemerkt, das gilt natürlich genauso für die Vorlagen, über die wir heute im Hause sprechen. Auch sie sind unserer Meinung nach sehr seriös und nicht unter Zeitdruck zu verhandeln, wobei man hier sicher abwägen muß, wo Nutzen entsteht, wenn man versucht, in sehr rascher Form solche Novellierungen durchzubringen. Denn eines ist sicher, und das kann hier im Hohen Haus niemand bestreiten, wenn heute sogar noch ein Zusatz vom Herrn Berichterstatter genannt wird, daß man nämlich auf die Menge vergessen hat in der Gesetzesformulierung, in der Novellierungsformulierung, und man das jetzt auch noch einbringt, dann zeigt ja das allein, daß hier nicht lange genug oder ausreichend genug überlegt wurde, welche Formulierung man als Notlösung heute in dieser Sitzung dem Hohen Haus vorlegen möchte, wobei ich mich gar nicht mit Geschäftsordnungsfragen befassen möchte. Ich merke nur an, ich weiß gar nicht, wie weit der Herr Berichterstatter eigentlich Zusatzanträge stellen kann und wie weit das nicht Angelegenheit der Abgeordneten, die im Forum sitzen, oder des zuständigen Ausschusses ist. Das möchte ich aber gar nicht näher behandeln. Nur, wenn jemand hier sagt, die heutige Novelle hätte besondere Auswirkungen auf brennende Probleme und sie würde sie lösen, wie der Abgeordnete Bürgermeister Kröll gesagt hat, dann behaupte ich, sie wird kaum Auswirkungen haben, aber das haben andere auch schon ausgeführt. Ich möchte dem Hohen Haus ersparen, hier Dinge zu wiederholen. Nur eines bitte: Man soll der Öffentlichkeit nicht vormachen, daß wir damit die brennenden Probleme in der Steiermark lösen. Wenn jemand überlegt, um welche Müllmengen es geht, über die wir heute reden, ich zitiere nur zwei Prozentsätze. Das Hausmüllaufkommen in der Steiermark oder hausmüllähnlicher Abfall beträgt 209.000 Tonnen laut den eigenen Erhebungen und dem Umweltbericht des Landes. Das sind 16,9 Prozent des Abfalls, der in der Steiermark anfällt. Wenn wir aber wissen aus den Erhebungen, was in den Betrieben anfällt und im Gewerbe, dort wird ein Gewichtsvolumen von 1.236.000 Tonnen genannt, und dazu kommen noch 37.000 Tonnen überwachungsbedürftiger Sonderabfall und 15,8 Tonnen gefährlicher Sonderabfall. Hier geht es doch um besondere Probleme, die wir

im Landtag sicher nicht lösen können, mit oder ohne die heutige Novelle. Aber das muß man dazusagen, weil man sonst eben falsche Hoffnungen erweckt und dann sagt, wir haben die brennenden Probleme des steirischen Abfalls gelöst. Wir haben sie noch lange nicht gelöst. Aber wir lösen sie auch nicht mit einer Notlösung. Das, meine sehr geschätzten Damen und Herren, vorweg.

Wenn der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller im zuständigen Ausschuß sagte, er kann nicht ausschließen, daß irgendwelche Gemeinden in der Luft hängenbleiben nach dem heutigen Beschluß, dann muß uns das ja auch zu denken geben. Es ist ja nicht Aufgabe des Landes, den leichteren Weg zu gehen und den Gemeinden das Paket hinzulegen und zu sagen, jetzt schauts, daß ihr damit fertig werdet, wir werden euch schon helfen. Sicherlich wird das Land bereit sein und war in der Vergangenheit auch bereit, den Gemeinden zu helfen – aber jetzt sage ich wirklich provokant – wenn es leicht gegangen ist oder wenn es nicht besonders schwer war! Ich werde dann noch kurz darauf zurückkommen.

Und wenn der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller im Ausschuß auch sagte, es ist deshalb so notwendig, weil er eine Liste hat, wieviel überwachtungswürdiger Sondermüll nach Halbenrain geht, und es dann aber widerruft, dann muß das auch zu denken geben. Denn es wird sicher eine Liste geben, nur es wird das keiner offiziell zugeben, daß Sondermüll oder überwachtungswürdiger Abfall in geordnete Deponien geht. Wir werden mit der heutigen Abstimmung dieses Problem auch nicht lösen, obwohl niemand darüber reden möchte. (Abg. Kröll: „Er hat das selber sofort richtiggestellt!“) Ich habe es ja gesagt. Ich sage noch einmal, diese Richtigstellung war sicherlich eine Vorsichtsmaßnahme. In Wirklichkeit dürfte es eine solche Liste geben. Ich kenne den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller als Abgeordneten und nun als verantwortlichen Landesrat lange genug, um zu wissen, daß da schon etwas dran ist, wenn er das mit besonderer Dringlichkeit begründet. Ich erinnere daran, daß sein Vorgänger, der nunmehrige Minister Dipl.-Ing. Riegler, am 15. April 1986 hier im Hohen Haus auch zu einer Mülldebatte sagte, wir sollen die Dinge nicht hin- und herschieben und wir sollen nicht ein Schwarz-Peter-Spiel aufführen. Und genau das, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist in den letzten Wochen verstärkt passiert. Und wenn der Herr Abgeordnete Grillitsch heute sagt, die SPÖ unternimmt den Versuch, mit dieser ersten Frage ein Spiel zu treiben, dann frage ich bitte wer. Sicher nicht die SPÖ, denn die SPÖ ist nicht immer dort gestanden, schon bevor irgendwelche Lösungen überhaupt verhandelt wurden und hat gesagt, wir sind dagegen. Und wenn der Herr Abgeordnete Grillitsch mit der gleichen moralischen Entrüstung sagt, aber der Abgeordnete Kokail ist doch angelobt, er hat sich an die Verfassung zu halten und es ist nicht rechtens, wenn er nach Fohnsdorf geht. Bitte, dann spricht er aber auch dem Herrn Landtagspräsidenten Wegart, dann spricht er dem Herrn Abgeordneten Fuchs, dann spricht er auch anderen Abgeordneten Ihrer Partei genauso das Recht ab, an Ort und Stelle zu erscheinen und dort mitzureden oder dazu etwas zu sagen. Wir sollten ja nicht mit zweierlei Maß messen. Das wollte ich sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das hätte ich auch gerne dem Abgeordneten Dr. Hirschmann gesagt, er hat es nämlich auch in ähnlicher Weise versucht. Ich möchte aber gar nicht darauf eingehen. Er hat ja sehr umfassend und auch zu anderen Dingen etwas gesagt, wo ich das nicht verbreiten will. Nur eines! Es hat der Herr Abgeordnete Sponer gerade früher gesagt, und ich habe dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller interessiert zugeschaut, er hat den Kopf geschüttelt, als der Abgeordnete Sponer behauptet hat, am Freitag ist noch verhandelt worden im Landtag, am 3., ob wir nicht eine gemeinsame Lösung finden, da war das Flugblatt schon bei der Post. Nachweislich ist es am Montag vom Briefträger zugestellt worden. Da frage ich mich wirklich, vielleicht hat es der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller nicht gewußt, vielleicht ist ihm das im ÖVP-Klub nicht gesagt worden, dann hat er mit Recht seinen Kopf geschüttelt. Aber wenn ein Flugblatt am Montag mit der Post zugestellt wird, dann muß es doch am Freitag schon gedruckt gewesen sein, dann hat man sich das gut überlegt gehabt, und es war schon unterwegs. Und das kann man der ÖVP nicht verzeihen, daß sie auf der einen Seite verhandelt und von gemeinsamen Lösungen redet und auf der anderen Seite alles fix und fertig hat, um uns allein schuldig werden zu lassen. Um das geht es, meine Damen und Herren, weil das nicht der Weg ist, wo wir die Probleme in der Steiermark lösen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch einmal, meine Damen und Herren von der ÖVP, wir waren und wir sind bereit, in dieser ersten Frage wirklich über alles zu reden und überall mitzutun, wo es um die Lösung der Probleme geht. Aber wir sind nicht bereit, bei diesem Katz-und-Maus-Spiel die Katze der ÖVP zu überlassen und die Rolle der Maus zu übernehmen. Das können und werden wir auf keinen Fall tolerieren. Und hier ist dieser Versuch unternommen worden. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte gar nicht auf Belangsendungen der ÖVP eingehen, wenn da vor längerer Zeit gesagt worden ist, die ÖVP wartet nicht bis fünf Minuten vor zwölf. Sie garantiert eine saubere Steiermark. Ich mache nur auf etwas aufmerksam: Daß wir heute eine Sondersitzung haben, beweist doch auch von den Damen und Herren der ÖVP, daß es anscheinend fünf Minuten nach zwölf ist und nicht vor zwölf, daß man hier zu lange zugewartet hat. Das widerspricht genau Ihren Aussagen, die Sie draußen machen, wie sehr die stärkste Fraktion hier im Haus die Umweltprobleme seit langem schon ordnet und im Griff hat. In Wirklichkeit ist vieles versäumt worden. Ich will gar nicht einzelnen Personen und Institutionen die Schuld geben. Wir haben oft genug in diesem Hohen Haus darüber geredet. Und deshalb, glaube ich, sollte man, wenn man die Sache selbst zu einer guten Lösung bringen möchte, auf diese Flugblätter in der Form verzichten. Aber es steht mir nicht an, hier Zensuren zu erteilen. Ich kann hier Verantwortlichkeiten dafür nicht einschätzen und nicht übernehmen. Aber eine Frage muß ich schon stellen. Wer ist denn für das Gewerbeamt in der Steiermark zuständig, für das Wasserrecht, für das Forstrecht? Wer ist denn Baurechtsreferent? Das sind die Materien, in die die Lösung der Probleme rechtlich gesehen hineinspielt. Politisch sind wir alle dafür verantwortlich, da nehme ich niemanden aus, weder die kleinste noch die größte Fraktion. Aber wir sollen

den Ball nicht hin- und herschieben und so tun, als wenn es keine Kompetenzen gäbe. Deshalb kann ich auch nicht zur Kenntnis nehmen, wenn drinnensteht, der Bürgermeister von Fohnsdorf hat einen Genehmigungsbescheid erlassen. Bitte, welchen? Jeder, der sich ein bißchen auskennt, weiß, was ein Genehmigungsbescheid ist, und weiß auch, was man damit zu tun hat. Ich darf hier feststellen, der Bürgermeister von Fohnsdorf hat keinen einzigen Genehmigungsbescheid erlassen. Aber im Flugblatt wird ihm klarerweise die Schuld zugeschoben, weil es leicht ist zu sagen, Genehmigungsbescheid - Bürgermeister, fertig, aus, jetzt haben wir einen Schuldigen. (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist die feine steirische Art, Franz!“) So macht man es sich einfach zu leicht. Was kommt denn dabei heraus? Beim Arbeiten und beim Suchen nach Sachlösungen sind die Sozialisten erwünscht. Beim Verkaufen von guten Lösungen werden sie ausgesperrt, und bei der Verschuldensfrage sind sie dann wieder zuständig. Also bleiben wir bei einer Sprachregelung, daß wir für diese großen Fragen alle zuständig sind, in positiven, aber auch bei den negativen Fragen. (Abg. Schützenhöfer: „Hören Sie auf! Sie wissen sehr genau, warum die Sondersitzung stattfindet, damit ihr die Novelle mitbeschließt!“) Ich weiß es schon, Herr Abgeordneter, weil Sie vor dem Sommer noch ein Alibi brauchen und den Menschen klar machen wollen, daß Sie Lösungen parat haben. Aber weil Sie neben dem Herrn Landeshauptmann sitzen, ich hätte es sonst nicht gesagt, das ist ja unser Problem, aber sicherlich eures auch, wenn es die Menschen bemerken. Der Herr Landeshauptmann ist immer nur für die positiven Lösungen zuständig, für die negativen war er noch nie zuständig. Da habe ich seinerzeit einmal gesagt, als wir das erste Mal die FGJ-Geschichte hier diskutiert haben - (Abg. Dr. Maitz: „Jetzt wird es wieder polemisch!“) Nein, nein, aber bitte, auch da beweist das Flugblatt, da wird nichts über andere Zuständigkeiten geredet, überhaupt über keine. Man kann sich nicht die Rosinen herausuchen in der Politik, Herr Landeshauptmann, man muß auch den anderen Teil des Kuchens mit in Verantwortung nehmen. (Beifall bei der SPÖ.) Und der größere Teil des Kuchens besteht leider nicht aus Rosinen. Das, glaube ich, müssen wir sehr ernst zur Kenntnis nehmen.

Aber ich darf noch einmal zum Herrn Abgeordneten Grillitsch zurückkommen. Er hat gesagt, man kann aus den Akten belegen, daß ein politisches Spiel getrieben worden ist. Der Abgeordnete Sponer hat einige Fakten aufgezeigt. Aber ich darf nur dort, wo er es nicht gemacht hat, ergänzen. Der Herr Abgeordnete Sponer hat auch den Herrn Landeshauptmann gefragt, wie das nun ist, wieso er nicht, wie das zweite Mal die forstrechtliche Entscheidung beim Land gelegen ist, wieso er nicht innerhalb dieser sechs Monate entschieden hat, denn, Herr Landeshauptmann, Sie hätten es ja in der Hand gehabt, zu entscheiden. Man weiß nicht, was dann der Minister entschieden hätte, wenn es wieder in die Berufungsinstanz gegangen wäre, aber Sie haben die Möglichkeit sechs Monate gehabt, Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Ich warte gerne, bis Sie dann das Schlußwort halten, wie Sie das begründen werden. Ich würde hier wirklich darum bitten, weil entweder ist man zuständig und entscheidet oder man nimmt zur Kenntnis, daß ein anderer

entscheidet, und dann muß ich mit dem dann irgendwo einverstanden sein, wenn ich selbst darauf verzichte. Aber es war halt unangenehm. (Beifall bei der SPÖ.) Das war der Teil des Kuchens, wo keine Rosinen drinnen waren, wenn ich das so bezeichnen darf. Aber daß man sehr wohl im Land wußte, wie die Dinge stehen, das geht aus vielen anderen Fakten hervor, die der Herr Abgeordnete Grillitsch nicht genannt hat. Es hat der Herr Hofrat Dr. Rupprecht bei einer erweiterten Sitzung des Ortsbauernausschusses in Fohnsdorf am 16. April 1986 sehr wohl gesagt, der forstrechtliche Bescheid kann nicht vollzogen werden, da fehlen noch eine Reihe von Maßnahmen oder Voraussetzungen dazu. Es ist auch dort gesagt worden, daß nachgewiesen ist, daß diese Folien, die wasserrechtlich vorgeschrieben sind, nicht dicht sind. Wer eine Garantie abgibt, der lügt. Bitte, wenn im September 1986 das klar war, daß dies nicht halten kann, und wir reden heute darüber, daß das Wasserrechtsverfahren wieder aufgenommen werden muß, weil da einiges zu klären ist, wieso hat man dann nicht das Wasserrechtsverfahren zu dem Zeitpunkt aufgenommen, wo spätestens festgestanden ist, daß irgend etwas mit der Dichtheit nicht funktioniert und daß man Sickerwässer nicht so entsorgen kann, wie das ursprünglich behauptet wurde? Hier schiebt man der Gemeinde den Schwarzen Peter zu, und in Wirklichkeit gibt es in diesem Spiel sehr viele Schwarze Peter, die man schamhaft verschweigt. Es gäbe hier eine Reihe ähnlicher Feststellungen.

Eines muß ich vielleicht noch ergänzen. Man hat der Gemeinde Fohnsdorf geraten, sie soll in einem Feststellungsverfahren untersuchen lassen, ob sie zuständig ist. Wenn aber lange vorher, und jetzt könnte ich zurückgreifen bis zum Jahr 1976, wo wir das erste Mal über eine Mülldebatte hier zum Gesetz 1974 geredet haben, wo damals in der Vorlage Nr. 496 gestanden ist, die Gemeinden sind zuständig nach der Bauordnung für Mülldeponien. Wenn ich feststelle, daß das auch im Ausschuß gesagt worden ist, ja bitte, wieso hat man der Gemeinde, als sie hilfesuchend zur Rechtsabteilung 3 gekommen ist, und hier stehen genau die Termine fest, wieso hat man ihr nicht gesagt, da gibt es keinen Zweifel daran, die Rechtsmeinung ist so, ihr machts ein Verfahren und der Konsenswerber soll rennen, wenn er glaubt, daß er nicht einem Bauverfahren oder einem Widmungsverfahren unterliegt? Die Gemeinde hat behauptet in einem Schreiben an die Bezirkshauptmannschaft vom 28. Oktober 1986, daß eine Reihe von Bedingungen noch fehlen, bevor die forstrechtliche Genehmigung wieder aufleben könnte. Sie führt hier zehn verschiedene Gründe an. Ich habe interessanterweise die Unterlage vom Herrn Abgeordneten Grillitsch bei der Diskussion dort bekommen. Wenn man das anschaut, was die Gemeinde gefordert hat, dann ist nur einer von zehn Punkten die baurechtliche Genehmigung, die jetzt angeblich nicht notwendig ist, obwohl ich behaupte, sie war immer notwendig. Wenn das der Forstbehörde bekannt ist, daß wasserrechtlich einige Probleme offen sind, daß nach der Raumordnung eigentlich die Ausweisung solcher Mülldeponien im Freiland hätte erfolgen müssen, wieso redet man sich nur darauf aus, daß die Gemeinde festgestellt hat, auf Grund eines Gutachtens werden wir halt doch nicht zuständig sein? Hier ist eine Reihe offener Fragen geblieben.

Letztlich, und das ist jetzt zu dem Problembereich die allerletzte Bemerkung: In der ersten Fragestunde dieser Legislaturperiode hat der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch an den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler eine Anfrage gerichtet, wie es mit dem Dioxinstaub und der Ablagerung ausschaut und daß der angeblich nach Fohnsdorf kommt. Und damals hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler richtigerweise gesagt, Fohnsdorf hat derzeit keine rechtliche Voraussetzung. Die wasserrechtliche Genehmigung ist zwar da, aber nicht erfüllbar, da die Sickerwässerentsorgung über Kläranlagen vorgeschrieben ist und hier keine Vereinbarung besteht. Eine klare Feststellung, diese Voraussetzung ist nicht da, daher kann das nie in Betrieb gehen oder kann keine Rodung erfolgen, solange das nicht erfüllt ist. Auf einmal wird aber dann die Gemeinde als Alleinschuldige hingestellt. So kann man die Probleme nicht lösen, und so leicht kann die ÖVP aus dieser Verantwortung nicht aussteigen. Das, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wollte ich hier einbringen.

Der Herr Abgeordnete Kröll, der sehr sachlich, aber doch im Widerspruch zu Beginn einiges gesagt hat, er hat von brennenden Problemen gesprochen, die wir heute damit lösen, hat aber gleichzeitig gesagt, es besteht keine Notsituation, denn die Bürgermeister haben ja die Möglichkeit, die baurechtlichen Aufgaben wahrzunehmen. Haben wir jetzt eine Notsituation oder haben wir sie nicht? Müssen wir dieses brennende Problem mit einer Scheinlösung lösen, die keine ist, oder stimmt deine zweite Aussage, daß die Bürgermeister die Möglichkeit haben und es daher keine Notsituation gibt? (Abg. Kröll: „Das kann man einbringen im Herbst, es wurde zugewiesen!“) Herr Abgeordneter, die sozialistische Fraktion hat ja gebeten, Ihren Vorschlag bezüglich der Novellierung des Raumordnungsgesetzes auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen. Wir haben gesagt, wir sind gerne bereit, einer Bauordnungsänderung zuzustimmen, wenn sie greift in einer anderen Form. Wir sind der Meinung, das müßte jetzt auch schon gehen. Aber Voraussetzung ist, daß wir das Raumordnungsgesetz so klarstellen, daß zuerst feststeht, die Gemeinde ist zuständig für die Ausweisung allfälliger Mülldeponien, denn vor einem Baurechtsverfahren kommt halt die Widmung, und vor der Widmung kommt bekanntlicherweise eine Bestimmung in einem rechtskräftigen Flächenwidmungsplan. Und wenn Sie dieser zeitlich logischen Abfolge gefolgt wären, dann hätten wir heute zuerst über den Entwurf der SPÖ-Fraktion reden müssen, ob man nicht mit wirksameren Methoden und rascher durch eine Novellierung des Raumordnungsgesetzes weitergekommen wäre oder ob wir auf die Lösung zurückgreifen, nur weil sie von der ÖVP eingebracht worden ist. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie sind nicht ganz im Bilde, der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz hat den Antrag nicht gestellt!“) Wir sind im Ausschuß bei der Abstimmung mit diesem Antrag unterlegen, Herr Abgeordneter! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Er hat den Antrag nicht gestellt! Fragen Sie den Herrn Hofrat Dr. Anderwald!“) Dann schauen Sie nach im Protokoll der Sitzung! Wir haben dann gesagt, wir bringen den als Minderheitsantrag ein, und da ist bekannt, mit welcher Mehrheit dringlich ein solcher Antrag auf die Tagesordnung des heutigen Tages hätte gesetzt wer-

den können. Nachdem die ÖVP schon im Ausschuß gesagt hat, nein, wir halten das zu dem Zeitpunkt nicht für sinnvoll oder wir sind bereit, darüber zu verhandeln, war es klar, daß wir nicht als Fleißaufgabe etwas beantragen werden, was von vornherein abgelehnt wird. So ist das zu sehen.

Aber wenn der Abgeordnete Kröll mit Recht sagt, wir sollen mit dem Mülltourismus aufhören, dann sage ich noch einmal, wir können, aber nicht mit der heutigen Lösung, aber wenn wir gemeinsam eine suchen, den Tourismus beim Hausmüll sicher weitgehend unterbinden. Können wir folgendes unterbinden: daß ein Waggon aus Wörgl nach Peggau kommt, daß dort ein Zettel überklebt wird, dann heißt es Peggau-Halbenrain. Da gaukeln wir den Menschen draußen etwas vor, was ganz woanders zu lösen ist. (Abg. Kröll: „Sprechen wir über den Hausmüll!“) Sprechen wir über den Hausmüll. Aber wenn die Gemeinden jetzt dazu gebracht werden, in Eigenverantwortung das zu machen, wer sagt denn, daß die Gemeinden das auch anders regional sehen? Ich möchte jetzt nicht den Gemeinden etwas unterstellen, aber es ist sicher die einfachste und billigste Lösung zu deponieren, weil man hier dann auch die Kosten umlegen muß. Daher ist man mit eurer Lösung auch versucht, den einfachsten, den billigsten Weg zu gehen, den für die Gemeinden zweifellos nicht angenehmsten Weg. Aber, Herr Abgeordneter, ganz konkret, was machst, wenn in Bad Aussee plötzlich die Bürgermeister sagen, sie nehmen den Klärschlamm von Schladmig nicht mehr, was machst du dann? (Abg. Kröll: „Im übrigen kommt keiner herauf, sie haben ihn einmal genommen, jetzt nicht!“) Das ist ja das, was wir nicht als Lösung bezeichnen. Wo es halt möglich ist, Herr Bürgermeister, du gibst ja uns recht mit dieser Formulierung. Wir können aus Umweltgründen nicht sagen, wo es möglich ist, sondern wir müssen gemeinsame Lösungen suchen und sie den Gemeinden anbieten und nicht umgekehrt. Nur noch einmal, Herr Bürgermeister, Gemeinden haben Lösungen gefunden. Aber ich sage noch einmal, es hat drei Gruppen von Lösungen gegeben oder von Versuchen. Die erste Gruppe, wo es relativ leicht gegangen ist, wo die Gemeinden selbst eine gefunden haben, eine zweite Gruppe, wo das mit massiver Hilfe des Landes passiert ist, ich will nicht sagen Druck, aber ich kann mich selbst noch in meiner Eigenschaft als Bürgermeister erinnern, daß es nicht ganz freiwillig war, daß alle nach Halbenrain gegangen sind aus den angrenzenden Bezirken. Das hat funktioniert, weil das Land gesagt hat, ihr müßt es machen, woanders bekommt ihr keine wasserrechtliche Genehmigung. Übrig geblieben ist eine dritte Gruppe, wo die Lösungen einfach nicht da waren. Und genau dort ist heute noch das Problem. Jetzt läßt man die Gemeinden allein, dort, wo es am schwierigsten ist. Jetzt bedürfen die Gemeinden am meisten der Hilfe des Landes und nicht im Umkehrschluß das Deponieren an die Gemeinden.

Aber ich darf zum Schluß kommen, und ich darf den Herrn Landeshauptmann doch bitten, einige Fragen zu beantworten. Eine habe ich schon gestellt, welcher Genehmigungsbescheid das angeblich war, den der Bürgermeister von Fohnsdorf laut dem ÖVP-Flugblatt erlassen hat.

Aber, Herr Landeshauptmann, wieso haben Sie nach der Rückverweisung der forstrechtlichen Entscheidung

jetzt wirklich nicht entschieden? Das – glaube ich – steht im Raum und müßte geklärt werden. Wenn seit einiger Zeit feststeht, daß auf Grund geänderter Fakten das Wasserrechtsverfahren wieder aufzunehmen ist, wieso ist dazu nicht an die Rechtsabteilung 3, an die Bezirkshauptmannschaft Judenburg, wo immer, der Auftrag dazu ergangen? Man kann hintennach sagen, das werden wir ändern, aber das ist seit langem bekannt. Und wenn feststeht, seit geraumer Zeit, daß Gemeinden doch zuständig sind im Baurechtsverfahren für Abfallbeseitigungsanlagen, wieso hat dann die Ihnen unterstellte Rechtsabteilung 3 nicht rechtzeitig den Rat gegeben, sondern hat die Verantwortung weiter deponiert an die juristische Fakultät, obwohl vorher auch bekannt war, daß andere Landesbeamte sehr wohl Gutachten abgegeben haben, wenn ich an den Herrn Hofrat Dr. Zwitnig erinnere, auch im Zusammenhang mit Fohnsdorf? Da war es möglich? Sogar im privaten Bereich? Dort, wo eine Gemeinde hilfesuchend gekommen ist, war das nicht möglich!

Und eine letzte Frage, die vom Abgeordneten Fuchs gebracht worden ist, ich drücke mich so aus. Er hat gesagt, da wird nach Halbenrain mit 52 Tonnen transportiert, wo nur 25 zulässig sind. Herr Landeshauptmann, was tun Sie dagegen, auf Landesstraßen zumindest, ich will gar nicht von Bundesstraßen reden, daß nicht nach Halbenrain über Gebühr mit derartigem Gewicht Tonnagen Müll, ob erlaubt oder weniger erlaubt, transportiert werden? Diese Fragen müssen wir auch klären und das nicht einem kleinen Bürgermeister von Fohnsdorf überlassen.

Und jetzt zum allerletzten Schluß, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: Sie haben mit hoher Verantwortung und wirklich offen und ehrlich berichtet, daß Sie mit einer Delegation in der Bundesrepublik und in der Schweiz waren. Wir haben auch wiederum sehr entgegenkommenderweise die Unterlage bekommen. Da sind in der Zusammenfassung zwei Dinge, die eigentlich die Sondersitzung von heute ad absurdum führen, nämlich erstens wird ausgesagt, als wirtschaftliche Untergrenze für Abfallbehandlungsanlagen allgemein und insbesondere für Mülldeponien gelten Einzugsbereiche von rund 40.000 Tonnen, entsprechend rund 100.000 Einwohnern. Nach den nun auch vorliegenden Unterlagen – wir brauchen ein Sachprogramm, und jetzt haben wir eine Unterlage, über die wir sicher gemeinsam reden werden – gibt es eine einzige von 16 Regionen, von Bezirken, wie es jetzt heißt, die diese Anforderung erfüllen würde, nämlich Graz und Graz-Umgebung, wenn man sie zusammenlegt. (Abg. Harmtoldt: „Dann schließe ich zwei zusammen!“) Wenn sie sich zusammenschließen, Herr Bürgermeister! Aber das ist es ja, wenn sie sich zusammenschließen zu einer höheren Technologie oder zu einer sehr geordneten Deponie, ich sage nicht „geordneten“. Da glauben wir ja, daß man den Gemeinden einfach nicht sagt, ihr sollt euch zusammenschließen, daß hier diese Müllbeseitigungspläne seit langem auch nach diesen Kriterien, nämlich mit 100.000 Einwohnern, zumindest auszudiskutieren sind, bevor wir Notlösungen schaffen.

Da gibt es einen zweiten Punkt, der scheint mir auch sehr wichtig zu sein. Wir werden dann hoffentlich gemeinsam bei der Diskussion um die Entwürfe des Abfallbeseitigungsgesetzes sehr sachlich darüber reden können, da heißt es nämlich: „Bei kritischer

Würdigung der Abfallbehandlungsverfahren erweist sich die Deponie aus der Sicht des Umweltschutzes als die schlechteste Lösung, da die Folgen der Deponie nicht in der Generation des Müllanfalles gelöst, sondern der Nachwelt überlassen werden.“ Bitte, wir schließen ja wirklich jede andere umweltfreundlichere Technologie aus, wenn wir heute einfach den Ball weitergeben.

Aus diesen genannten Gründen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, und nur aus diesen genannten Gründen, nicht daß es uns unterstellt wird und nicht weil wir elf Tage weg waren, werden wir heute dieser Scheinlösung nicht zustimmen. Wir freuen uns aber darauf, wenn es im Herbst möglich ist, in einer anderen sachlichen Ebene über vorliegende oder noch hinzukommende Vorschläge zu diskutieren, hoffentlich zu einer Einigung zu kommen, nicht, um einer Fraktion Genüge zu tun, sondern um der Bevölkerung in der Steiermark saubere und auch haltbare Lösungen anzubieten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als vorläufig letzter Debattenrednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Lindi Kalnoky das Wort.

Abg. Dr. Kalnoky: Frau Präsident! Hohes Haus!

Der Kollege Trampusch hat so aufgeheizt gesprochen, als wenn er zur Müllverbrennung statt zur Mülldeponie spräche.

Wir alle sehen, daß der Müll eine Sorge ist, die wir uns selber gemacht haben, und deshalb heißt auch die Müllbewältigung, wenn wir das schaffen, die Entsorgung. Ich gehöre zu denen, die immer gesagt haben, wir müssen beginnen, eine gute Müllentsorgung zu schaffen, weil eine Technologie kann immer nur entwickelt werden, wenn sie auch in die Realität umgesetzt wird. Das heißt prinzipiell ein Ja, und nachdem Frohnleiten heute mehrmals angesprochen wurde, möchte ich auch jetzt sagen, die ÖVP in Frohnleiten hat zur Mülldeponie in Frohnleiten ja gesagt. Wozu sie aber nicht ja sagt, ist – der Bürgermeister Gottlieb hätte das gutgemacht, wenn er auch auf die Bevölkerung schaut und wenn wir für die nächsten 30 Jahre eine Deponie haben. Das wäre möglich, wenn wir von Graz die Hälfte nehmen und von Graz-Umgebung auch noch eine Hälfte, aber nicht, wie er jetzt einen Vertrag gemacht hat, in dem er sich sozusagen verpflichtet, wenn das Kommunalservice es nicht schaffen sollte, nehmen wir den gesamten Müll von Graz und Graz-Umgebung. Und das ist zuviel. (Abg. Trampusch: „Kennen Sie einen ÖVP-Bürgermeister, der sich das getraut hätte?“) Wir sind stolz auf Frohnleiten, daß wir das können. Und den Platz hat nicht Bürgermeister Gottlieb gefunden, sondern den hat Präsident Feldgrill gefunden, lange schon bevor andere Orte problembewußt wurden. Ihm müssen wir besonders danken, weil er dafür gesorgt hat, denn in Frohnleiten gibt es eben schon lange eine Entsorgung. Ich würde den Bürgermeister Gottlieb besser verstehen, wenn er ein schlechter Bürgermeister wäre, was er aber meist nicht ist, nur diesmal hat er nicht so sehr an Frohnleiten gedacht, sondern als politisches Geschenk dem Bürgermeister Stingl einen Vertrag geschenkt, der für Frohnleiten sehr schwer ist, die Situation in einer vernünftigen Atmosphäre zu lösen. Ich hoffe aber, daß

das Land die entsprechenden Schritte übernimmt, daß wir, die ÖVP, ja zur Müllentsorgung sagen, mit 50 Prozent, aber nicht ganz zu 100 Prozent, denn ich hoffe auch, daß Frohnleiten ein Vorbild für die Müllentsorgung wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dieser Marathondebatte ist es natürlich meine Aufgabe, in einem Schlußwort noch einiges zur Thematik zusammenfassend zu sagen und auf den einen oder anderen Diskussionsbeitrag zurückzukommen.

Aber erlauben Sie mir am Anfang eine persönliche Feststellung. Ich bin schon sehr lange in diesem Haus und zähle sicher nicht zu den Jüngeren. Es sind bald 25 Jahre und man erlebt in 25 Jahren einiges. Ich bin doch ziemlich betroffen nach der heutigen Diskussion. Nicht nur wegen dieses Ausrutschers, der hier passiert ist, sondern auch über die Art und Weise, wie ein Thema behandelt wird. Bitte, mir nicht böse zu sein, ich möchte mich hüten, hier eine Qualifikation abzugeben, das steht mir nicht zu. Ich bin deswegen betroffen, weil ich eigentlich seit vielen Jahren Gesetze in Ausschüssen mitverhandelt, Parteienverhandlungen selbst geleitet und auch zahllose Runden zu diesem Müllbewirtschaftungsgesetz hinter mir habe, die eigentlich alle sehr konstruktiv waren. Ich frage mich dann schon, ob es notwendig ist, dann so im Haus zu reden. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, meine Damen und Herren!

Nun, vielleicht muß ich trotzdem einiges zum Müllbewirtschaftungsgesetz insgesamt noch sagen. Den größten Teil der Zeit, den ich jetzt als Regierungsmitglied zubringe, mußte ich dem Problem Müll widmen. Nur damit Sie den Stellenwert dieser Thematik kennen. Ich habe von Anfang an versucht, mit den Vertretern der sozialistischen Fraktion Überlegungen anzustellen, die dann auch stattgefunden haben im Hinblick auf eine Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes. Wir sind gemeinsam ziemlich schnell zur Überzeugung gekommen, daß eine Novellierung des Gesetzes nicht sinnvoll ist, weil seit 1974 nicht nur 13 Jahre vergangen sind, sondern sich in der Bevölkerung einiges auch im Denken und im Bewußtsein verändert hat. Wenn heute von der Frau Abgeordneten Kammlander gesagt worden ist, es sei nichts an modernen Gesichtspunkten im Gesetz drinnen, die die Themen Müllvermeidung, Müllbewirtschaftung, Recycling betreffen, kann ich sagen: Ich unterstelle ihr nicht, daß sie das böse gemeint hat, vielleicht hat sie den Gesetzesentwurf nicht genau angeschaut. Wenn sie nämlich nachliest, wird sie feststellen müssen, daß alle diese Grundsätze in diesem Müllbewirtschaftungsgesetz, ich verwende bewußt nicht mehr das Wort Bewirtschaftungsgesetz, ganz vorne enthalten sind. Und wenn sie damit nicht zufrieden ist, kann ich nur sagen: Erstens ist es ein Faktum, daß die Frage der Müllvermeidung leider nicht mit einem Landesgesetz gelöst werden kann. Und wenn Sie meinen Kollegen Pröll aus Niederösterreich zitiert haben, dann kann ich Ihnen auch versichern, daß wir sogar die Absicht haben, ähnliche Bestimmungen zur Müllvermeidung in unseren Gesetzesentwurf hineinzunehmen, obwohl

alle Juristen der Auffassung sind, daß zur Regelung der Müllvermeidung keine Landeskompetenz gegeben ist und die Bestimmungen wahrscheinlich in der Praxis gar nicht vollziehbar sind. Bitte sagen Sie mir, wie Sie ein Pfandsystem in Österreich allein in der Steiermark durchführen wollen oder wie Sie bestimmte Verpackungsrichtlinien in einem einzigen Bundesland durchsetzen wollen. Ich sage das deshalb, weil wir keine unterschiedliche Auffassung in dieser Frage, sondern eine unterschiedliche Auffassung vielleicht hinsichtlich des Weges haben. Ich glaube, daß der Weg, der jetzt von der Frau Bundesminister Flemming mit einem Abfallvermeidungsgesetz beschritten worden ist, der einzig mögliche ist, und ich kann nur hoffen, daß dieses Gesetz nicht durchlöchert wird, denn die Widerstände sind sehr groß. Verständlicherweise gibt es viele Interessenskonflikte. Ich kann nur hoffen, daß der Widerstand nicht zu groß ist und ein vernünftiges Abfallvermeidungsgesetz herauskommt. Das möchte ich zu den Grundsätzen sagen. Das heißt, wir haben sehr wohl alle diese Grundsätze, und da gibt es überhaupt keine unterschiedliche Auffassung bei allen Parteien. Daher haben wir diese Grundsätze sehr wohl im Gesetz drinnen. Wenn Sie inzwischen vielleicht Gelegenheit gehabt haben, das allen Parteien zur Verfügung gestellte und im Anhörungsverfahren befindliche Landesentwicklungsprogramm für Abfallwirtschaft – das ist immerhin ein Band mit 350 Seiten, wo alle Grundlagen der Abfallwirtschaft in der Steiermark für die Zukunft fixiert oder festgeschrieben sind – anzuschauen, so können Sie feststellen, daß zehn Seiten Verordnungstext sich fast ausschließlich mit diesen Grundsätzen von der Müllvermeidung, Müllverringerung, Wiederrückgewinnung von Wertstoffen beschäftigen.

Warum haben wir das Gesetz nicht im Sommer verabschiedet? Auch dazu noch ein Wort. Aus mehreren Gründen: Erstens haben wir wirklich von vornherein das Volksrechtegesetz ernst genommen. Das Müllwirtschaftsgesetz war das erste Gesetz, das wir dem Anhörungsverfahren nach dem Volksrechtegesetz unterworfen haben, und tatsächlich sind sehr viele Stellungnahmen hereingekommen. Es sind meines Wissens an die 1300 Stellungnahmen eingelangt. Daß es auch seine Zeit braucht, solche Stellungnahmen glaubwürdig zu verhandeln und einzuarbeiten, werden Sie mir sicherlich konzедieren.

Zweitens: Wir haben ganz bewußt – auch wenn wir inhaltlich absolut nicht einer Meinung sind mit dem Volksbegehren der FPÖ, weil ich es einfach nicht für vertretbar halte, einen kollektiven Müllverband in der Steiermark zu machen, paßt überhaupt nicht in unsere Philosophie hinein – aus Respekt vor dem Volksrechtegesetz es in Kauf genommen, mit der Verabschiedung des Müllbewirtschaftungsgesetzes bis zum Herbst zu warten, um alle diese Dinge einarbeiten zu können und erst dann das Gesetz zu verabschieden.

Drittens: Auch das sage ich ganz offen, meine Damen und Herren. Wir haben es uns nicht leichtgemacht. Der Herr Kollege Trampusch hat es zitiert. Ich habe mir die Mühe gemacht und bin mit einigen unserer Herren in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz eine Woche unterwegs gewesen, beginnend vom Bundesumweltamt in Berlin. Wir haben dort ein eintägiges Spezialseminar mit den

besten Leuten der Bundesrepublik nur zum Thema Abfallwirtschaft gehabt. Ich kann Ihnen sagen, daß die Erkenntnisse, die wir mitgebracht haben, für mich jedenfalls sehr entscheidend waren, und zwar etwa auch in die Richtung hin, die Sie, Herr Kollege Trampusch, angesprochen haben, nämlich daß wir wahrscheinlich bisher uns viel zuviel auf die Deponie als die Lösung des Müllabfallbeseitigungsproblems konzentriert haben. Ich kann das nur unterstreichen, was Sie gesagt haben. Die Schlußfolgerung dieser Reise war, daß die Deponie in der heutigen Form auch bei Stand der Technik jedenfalls eine sehr problematische Form der Müllentsorgung darstellt und ist. Und zwar deswegen, weil die Nachwirkungen auf sehr lange Zeit hinausgehen und niemand bei den vielen Komponenten, die in den Müll eingebracht werden, wirklich sagen kann, was sich in den Deponien abspielt. Daher sage ich Ihnen ganz offen, ich nehme die Sorgen, die heute hinsichtlich des Grundwassers zur Diskussion gestellt worden sind, sehr ernst. (Beifall bei der VGÖ/AL.) Es muß wirklich sehr gewissenhaft geprüft werden, ob und wo wir die Errichtung solcher Deponien letztendlich noch verantworten können. Ich sage noch etwas dazu. Als Ergebnis dieser Reise haben wir uns einen der wirklich anerkannten internationalen Experten ins Land geholt, nämlich den deutschen Prof. Tabasaran, und haben in der letzten Regierungssitzung beschlossen, ihn zu beauftragen, für die Steiermark ein auf der Grundlage der von unseren Mitarbeitern in den Abteilungen geschaffenen Arbeiten eine Zusammenschau der Abfallwirtschaft in der Steiermark vorzunehmen und uns auch aufzuzeigen, welche Lösungsansätze es in Zukunft gibt. Wir haben ihn auch ausdrücklich beauftragt, jene Formen der Müllentsorgung zu studieren und konkret für uns auch zu überlegen, die etwa in den Bereich der thermischen Entsorgung gehen. Zur Äußerung, die der Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber heute getan hat, ich würde bitten, daß man sich nicht festlegt, bevor man die Probleme wirklich genau studiert hat. Ich weiß, daß es diese Diskussion zur Frage Müllverbrennung auch in der Bundesrepublik gegeben hat, und ich weiß, daß heute auch die Grünen und die Alternativen so weit sind, daß sie sagen, wenn alle Voraussetzungen zur Müllvermeidung ergriffen und durchgeführt worden sind, da bin ich durchaus d'accord, dann ist die Verbrennung mit der heutigen Hochtechnologie, das muß man allerdings dazusagen, die wahrscheinlich doch umweltfreundlichste Form, wobei ich mich nicht festlegen will auf Verbrennung oder auf Verschmelzung oder andere Systeme. Wir haben uns selbst einige solcher Anlagen im Ruhrgebiet und auch in Zürich angesehen. Es steht ein Müllverbrennungswerk in Zürich, das 200.000 Einwohner entsorgt. Mit dieser hochentwickelten Abgasreinigungstechnologie ist es durchaus zumutbar - Sie können es mir glauben, die Schweizer sind in diesen Dingen äußerst vorsichtig, sie haben immer die relativ strengsten Grenzwerte -, in solchen Bereichen auch Verbrennungswerke zu errichten. Das ist ein zusätzlicher Grund, sage ich Ihnen ganz ehrlich, warum wir froh sind, daß wir noch etwas Zeit haben, um das Müllwirtschaftsgesetz abschließend und grundlegend noch zu beraten, weil wir wahrscheinlich gegen Ende des Jahres bereits die Ergebnisse der Studie zur Verfügung haben und dann vielleicht das eine oder das andere klarer als jetzt wird. Bitte nicht

böse zu sein, meine verehrten Kollegen von der sozialistischen Fraktion. Ich finde es nicht fair, wenn Sie heute von Scheinlösungen und abfällig etwa von Ali-biaktionen sprechen. Die Bürgermeister, die hier aus dem Bezirk Radkersburg sitzen, werden das nicht verstehen, die werden es wirklich nicht verstehen. Und auch wahrscheinlich die nicht aus dem Bereich Fohnsdorf. Was wollen wir mit dieser Lösung? Wir wollen ihnen in der Zwischenzeit drüberhelfen, nichts anderes bitte ist unsere Absicht. Sie können uns alles mögliche unterstellen, daß wir dem Stingl etwas antun wollen, wir wollen niemandem etwas antun, meine Damen und Herren. Wir wollen den Radkersburgern, den Halbenrainern und den Fohnsdorfern helfen, in der Zwischenzeit eine vernünftige Lösung zu finden. (Beifall bei der ÖVP.)

Da sage ich Ihnen auch etwas. Wir haben die Sondersitzung nicht beantragt. Sie hätten es in der Hand gehabt, wir haben Ihnen das vorgeschlagen letztlich, daß wir diese Novelle bereits bei der letzten Sitzung verabschieden. Wir mußten es zur Kenntnis nehmen, daß, nachdem dazu die Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen wäre, um auf die Tagesordnung zu kommen, Sie das nicht akzeptiert haben. Also bitte, machen Sie es uns dann wirklich nicht zum Vorwurf. Ich kann nur sagen, diese Novelle ist nicht das Allheilmittel, damit wir uns klar sind. Das wird auch nicht jetzt die Lösung des Müllproblems bringen. Aber es wird uns nicht nur wahrscheinlich, sondern sicherlich helfen können, in den zwei, drei Brennpunkten bis zur endgültigen Verabschiedung des Müllwirtschaftsgesetzes und der regionalen Müllwirtschaftspläne eine Lösung zu finden. Es ist auch keine Schande, wenn man gescheitert wird.

Wir haben heute einen Zusatzantrag eingebracht, jawohl. Ich sage auch, warum. Weil wir in Gesprächen mit einer Reihe von Juristen zur Überzeugung gekommen sind, daß die Eingrenzung hinsichtlich der Gebiete oder die gebietsweise Abgrenzung wirklich das allerletzte Mittel sein sollte. Auch daß wahrscheinlich eine mengenmäßige Begrenzung sehr wohl den Halbenrainern sehr viel hilft und wahrscheinlich auch den Betreibern mehr Dispositionsmöglichkeit anbietet. Ich glaube daher, daß wir mit dieser Lösung einmal eine Zwischenlösung finden können, bis wir dann gediegen und in Ruhe die Probleme lösen können.

Ich sage Ihnen noch etwas. Wir nehmen die Dinge nicht sehr leicht. Ich habe mich natürlich mit sehr vielen Bürgermeistern zusammengesetzt, auch mit den Bürgermeistern des Bezirkes Radkersburg. Ich habe auch den Bürgermeistern dort gesagt: Meine Herren, ich bitte, auch mitzudenken, wenn Sie einen solchen Antrag nach diesem Gesetz machen, wenn zwei Drittel der Gemeinden vom Land eine solche Verordnung verlangen, wie wir in der Zwischenlösung auch dem einen oder dem anderen, der dorthin jetzt entsorgt, vorübergehend noch helfen können, weil mir natürlich klar ist, meine Damen und Herren, daß eine solche Lösung mit Übergängen stattfinden muß. Das ist ganz klar. Und wenn ich heute zitiert worden bin, bin ich nicht falsch zitiert worden, wenn ich gesagt habe, man kann nicht ausschließen, daß eine Gemeinde vielleicht dann Probleme kriegt. Sie haben mich nicht zitiert, was ich vorher gesagt habe. Ich habe gesagt, vorher, weil Sie mich gefragt haben, was das für die Gemeinden

bedeutet, daß ich mich selbstverständlich mit den betroffenen Bürgermeistern und mit den betroffenen Regionen zusammensetzen werde und versuchen werde, eine Lösung zu finden, die für alle Teile akzeptabel ist.

Meine Damen und Herren, damit bin ich schon bei einem Problem, auf das ich doch gerne zurückkommen möchte. Wir haben eigentlich Einigkeit im Hinblick auf die Regionalisierung, im Hinblick auf die Frage der künftigen Verantwortung für die Müllentsorgung. Wir sind uns nur nicht ganz einig – und darüber werden wir sicher noch diskutieren –, wer diese Müllbewirtschaftungspläne erläßt und wer letztendlich entscheidet. Ich halte das, bitte mit Verlaub gesagt, nicht für das eigentliche Problem. Und zwar warum? Weil erstens einmal in der Vergangenheit es sich gezeigt hat, daß von der Möglichkeit – Sie haben es richtig angesprochen –, die das Abfallbeseitigungsgesetz 1974 geschaffen hat mit diesen Landesplänen, gar nicht Gebrauch gemacht werden mußte, weil fast alle Regionen ihre Probleme selbst gelöst haben. (Abg. Dr. Strenitz: „Man kann sich ausrechnen, wie diese Gespräche ausgehen!“) Herr Kollege! Ich sag Ihnen gerne etwas dazu. Bei meinen Erkundungen quer durch Deutschland und durch die Schweiz über die Frage der Zuständigkeit, ob Region oder Land, bin ich immer auf Unverständnis gestoßen. Wieso das Land? Da habe ich gesagt, das ist bei uns eine heiße politische Diskussion. Überall sind die Gemeinden zuständig. Selbstverständlich in der Schweiz und auch in der Bundesrepublik Deutschland, die sich zusammenschließen und das Problem lösen. Ich glaube gar nicht, daß dies das Problem ist. Ich sage Ihnen noch etwas. Wir werden und wollen uns nicht aus unserer Verantwortung entziehen als Land, im Gegenteil. Fragen Sie unsere Beamten, die sind bereits im Bezirk Radkersburg unterwegs, um mit den Bürgermeistern zusammen nicht nur die Zwischenlösung zu überlegen, sondern auch die künftige, wie sie niedergeschrieben werden soll, in einem regionalen Müllbewirtschaftungsplan. Es ist ja gar nicht anders denkbar, selbstverständlich. Ich weiß nicht, ob das bewußt oder unbewußt mißverstanden worden ist. Es gibt heute Technologien in der Abfallwirtschaft, die nicht regional lösbar sind, die überregional gelöst werden müssen. Zum Beispiel die Frage der Müllverbrennung. Da sind gewisse Mindestgrößen erforderlich, um die man nicht herumkommt. Aber bitte die Philosophie des Gesetzes, unseres beabsichtigten Gesetzes, heißt ja, daß die Verantwortung für die Frage der Abfallwirtschaft in der Region liegt, die technischen Lösungen können selbstverständlich über mehrere Regionen hinweg vorgenommen werden. Aber bitte dann in kooperativer Form. Und wenn einer der Abgeordneten, ich weiß nicht mehr, wer es war, mich zitiert hat, auch das stimmt, daß ich da und dort ein Problem auch mit meinen eigenen Bürgermeistern gehabt habe. Jawohl, meine Damen und Herren, aber ich sage es auch, mit welchen. Die ihr Problem auf Kosten der anderen gelöst haben. So ist das, meine Herren. Wenn ein Bürgermeister einen Vertrag mit der MDH in der Tasche hat und bis zum Jahr 2010 in den anderen Bezirk entsorgen kann, ist für ihn das Problem gelöst. Aber bitte auf Kosten der Halbenrainier. Das ist das wirkliche Problem. Ich glaube auch, daß wir die Fragen lösen und uns schon einigen können, ich habe hier

keine Angst. Wir werden weiter diskutieren, vielleicht nicht in einer so polemischen, sondern in einer fairen Weise. Wir werden eine Lösung finden, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß man über ein solches Problem stolpert.

Nun, meine Damen und Herren, vielleicht doch noch zu einigen Punkten, die angeschnitten wurden, weil ich mich nicht verschweigen möchte. Vielleicht auch noch eines, bevor ich auf einzelne Fragen eingehe: Ich habe früher gesagt, fast alle Regionen haben es gelöst, das Hauptproblem ist wirklich Graz. Ich mache den Grazern keinen Vorwurf, damit mich da niemand mißverstehet, die haben es schwer genug. Es ist auch kein Zufall, daß wir uns durchaus einig sind, meine Damen und Herren, daß wir Graz und Graz-Umgebung zu einer Region zusammenschließen wollen. Warum? Weil natürlich Graz das Thema nicht im eigenen Haus allein lösen kann. Selbstverständlich! Aber ich muß auch sagen, das Grazer Konzept ist von der Idee her ausgezeichnet. Es ist nur in der Durchführung eine Katastrophe, mit Verlaub gesagt. Wir haben eine Müllsortierung, sortieren den organischen Teil heraus, kompostieren unten in einem Werk, das noch nicht besteht. Werden den Kompost dann mit Klärschlamm anreichern, und dadurch ist der Kompost mit Schwermetallen so belastet, daß man ihn dann nirgendwo mehr anbringt, weil er dann nicht mehr in der Landwirtschaft untergebracht werden kann.

Den anderen Teil, den brennbaren Teil, Brennstoff aus Müll, das wäre sehr vernünftig, ich habe solche Werke gesehen, in Herten besteht ein großes Bramwerk. Die sitzen auf ihrem Bram. Die haben alle Tanks, riesige Tanks, voll und sind überglücklich, daß sie es jetzt umsonst abgeführt bekommen. Das Konzept ist gut, nur es funktioniert nicht, weil der Vertragspartner VOEST wirklich ausgefallen ist. Ich kann nur sagen, es wäre in der Struktur richtig gewesen, nur die Katastrophe ist, daß die VOEST ihren Vertrag nicht einhält. Das ist das eigentliche Thema. Und dann passiert es, daß wir den Bram wirklich ablagern im Karlschacht, in einer sogenannten „Monodeponie“, in Wahrheit ist es eine ganz normale Deponie.

Nun, vielleicht zu den einzelnen Beiträgen doch einige Worte. Kollege Dr. Strenitz, ich habe das schon gesagt, zur Frage der Verordnung. Selbstverständlich ist mir klar, daß so eine Übergangsverordnung, wenn sie begehrt wird – und ich nehme an, daß die Gemeinden das begehren –, daß so eine Übergangsverordnung ausverhandelt werden muß. Ich kann es natürlich dem Kollegen Stadtrat Gartler nicht ersparen, daß er dann doch auch mit den Bürgermeistern des Bezirkes Radkersburg einmal Gespräche führt. Ich kann mich nicht auf den Standpunkt stellen, daß ich sage, ich bin nicht bereit, mit jedem einzelnen Bürgermeister zu reden. Ich rede jeden Tag mit jedem einzelnen Bürgermeister. Das ist sehr anstrengend, aber es ist die einzige Möglichkeit. Vielleicht wäre manches leichter, wenn solche Gespräche wirklich auch auf gleicher Ebene geführt würden, und zwar wo der Vertreter der Stadt Graz das gleiche Recht und das gleiche Wort hat wie der Bürgermeister von Gossendorf oder sonst irgendwo. Ich weiß, daß diese Verantwortung nicht sehr leicht sein wird, ich weiß überhaupt, daß das Geschäft nicht sehr leicht ist, das ich da übernommen habe, das können Sie mir glauben. Ich habe ruhigere

Tage in meinem Leben gehabt, obwohl ich immer relativ ziemlich viel gearbeitet habe. Kollege Mag. Rader, ich möchte gar nicht auf Ihre starken Sprüche eingehen mit Bankrott und so weiter. Ich möchte auf die Frage der sachlichen Beiträge eingehen. Zeitlicher Vorgang, das bringt nichts? Es bringt sehr wohl etwas. Denn wir haben uns das auch durchgerechnet. Wenn wir heute beschließen, mit Mehrheit vermutlich, ich hoffe, daß Sie sich vielleicht doch noch entscheiden, und der Beschluß geht sofort nach Wien - das wird wohl möglich sein -, dann können wir, wenn sich die Bundesregierung verschweigen würde -, es kann ja sein, daß sie gar keinen Beschluß faßt, dann brauchen wir acht Wochen, es ohne weiteres schaffen, daß wir Mitte September das Gesetz rechtskräftig verlaubar haben. Wir werden die Zeit inzwischen nutzen. Und zwar werden die Arbeiten nicht nur durchgeführt werden, sondern sie sind bereits im Gange. Unsere Beamten konferieren bereits mit den Bürgermeistern der Südsteiermark, und wir werden selbstverständlich auch Gespräche mit dem Betreiber der Mülldeponie führen, denn er hat ja dann letztendlich das auch durchzuführen. Wir hoffen, daß wir dann zu einer Lösung kommen, die auch für die Betroffenen eine Zwischenlösung darstellt. Nur, bitte, eines möchte ich nicht verschweigen, es werden sich die einen oder anderen sehr wohl Gedanken machen müssen, eigene Lösungen zu finden. Es gibt Bezirke, die heute alle in Halbenrain entsorgen. Ich kann mir vorstellen, daß es Bezirke gibt, so ähnlich wie Hartberg, und das möchte ich einmal positiv nennen, die nicht darauf warten, bis ihnen irgendwer Verträge anbietet, sondern mit einem rührigen Bezirkshauptmann an der Spitze und mit rührigen Abgeordneten selbst auf die Suche gehen. Ich möchte gar nicht nennen, wie viele Standorte dort bereits in Prüfung sind, nicht einer, sondern viele, meine Damen und Herren. Das ist für mich wieder ein Beweis dafür, daß dort, wo die Probleme offensiv angegangen werden, sie sehr wohl lösbar sind.

Frau Kollegin Kammlander, Sie haben die Kritik angebracht, daß keine Müllphilosophie in der heutigen Novelle drinnen ist. Das stimmt. Die Müllphilosophie ist im neuen Gesetz drinnen. Diese Novelle soll uns ausschließlich helfen, diesen Zwischenzustand einigermaßen hinzubringen. Eines möchte ich auch noch einmal sagen, um zurückzukommen auf die Frage der Deponierichtlinien, weil heute sehr viel, und zwar durchaus mit Recht, über die Wasserrechtsfragen gesprochen worden ist. Ich glaube wirklich, daß die jetzigen Deponierichtlinien total veraltet sind. Ich weiß, daß an den neuen gearbeitet wird. Ich gehe auch davon aus, meine Damen und Herren, daß man wahrscheinlich sehr viele Werte revidieren müssen wird. Auch in der Frage Abdichtung durch Ton und Lehm. Es gibt neuere Arbeiten, die eher zumindest problematisch sind, das heißt mit anderen Worten, was wir brauchen, sind möglichst bald ordentliche, moderne Deponierichtlinien, zumindest für die Deponien, die wir noch in Zukunft machen werden und machen müssen. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich dieses Thema aufgegriffen habe und beide Minister, sowohl die Frau Minister Flemming als auch den für das Wasserrecht zuständigen Landwirtschaftsminister, gebeten habe, möglichst bald die Arbeiten zu diesen Deponierichtlinien abzuschließen, um hier dann neue Gesichtspunkte für die Beurteilung zu erhalten.

Kollege Hammerl, ich möchte gar nicht so sehr darauf eingehen auf Frohnleiten. Ich glaube, die Frau Abgeordnete hat das schon gesagt. Ich möchte überhaupt sagen, die Menschen sind viel konstruktiver, als man allgemein annimmt. Auch wenn immer wieder das Florianiprinzip in den Mittelpunkt gestellt wird, kann ich nur sagen, in den Gesprächen, die ich geführt habe - und ich war so ziemlich an allen Brennpunkten -, ist immer wieder die Bereitschaft durchgekommen, die Probleme der Region zu lösen. Die wirkliche Angst in Fohnsdorf ist - neben der Sorge um das Grundwasser -, daß sie mehr oder minder der Abfallkübel halb Europas werden. Es war ganz bezeichnend bei der viereinhalbstündigen Diskussion in Fohnsdorf, und ich bin sicher, daß ich es richtig wiedergebe. Am Beginn hat der Vertreter der Bürgerinitiative erklärt, daß sie größte Einwendungen gegen die Betreiber und gegen die Größe der Deponie haben, aber er hat dazugesagt: Wir sind keine Anhänger des Florianiprinzips. Wir wären bereit, eine Lösung, wenn wir sie selbst machen, für unsere Region zu akzeptieren. Ich glaube, das Grazer Problem ist auch nur so lösbar. Es ist eigentlich schon eine beachtliche Geschichte, wenn beispielsweise die ÖVP-Fraktion in Frohnleiten erklärt, daß sie bereit ist, bis zur Hälfte den Grazer Müll zu nehmen. Bitte, das soll man auch einmal akzeptieren. Das ist gar nicht das Florianiprinzip, sondern es ist nur die Angst, daß nicht nur die Hälfte, sondern alles, was überhaupt denkbar ist, dann dort deponiert werden soll. (Abg. Dr. Strenitz: „Herr Landesrat, erlauben Sie einen Zwischenruf: Wenn jetzt eine Verordnung für Halbenrain kommt und Graz fliegt raus, ist ein Drittel weg und ein Drittel kommt nach Frohnleiten. Dann ist das mehr als die Hälfte und ist das so, daß Graz in der Luft hängt!“) Genau das ist es, was Sie uns immer unterstellen. Da muß ich sagen, da verstehe ich Sie wirklich nicht mehr ganz. Erstens einmal ist das Problem überhaupt nicht ausdiskutiert. Ich sage Ihnen nur eines: Im Zusammenhang, wie die Diskussion um die heutige Novelle zustande gekommen ist, habe ich mich sehr gewundert, woher und in welcher Art Müll nach Halbenrain gebracht wird. Ich habe das korrigiert, weil ich da wirklich einem Irrtum unterlegen bin. Es ist nach meiner Information kein überwachungsbedürftiger Sondermüll, aber es ist erstaunlich, was dort alles deponiert worden ist. Daß wir natürlich auch für den Gewerbemüll Sorge tragen müssen, ist uns klar. Ich glaube, gerade die Lösung, Kollege Dr. Strenitz, die wir jetzt heute angeschnitten haben, ist wahrscheinlich wirklich eine Brücke, auf die man draufsteigen und drübergehen kann, nämlich mengenmäßige Begrenzung, die Sie unten immer verlangt haben. Sie wollen nicht 60 bis 70 Fernlastzüge Müll täglich bekommen, weil das eine unerträgliche Belästigung und eine unerträgliche Beeinträchtigung ist. Wenn man das reduzieren kann, bitte. Es werden sich halt die einen oder anderen Gedanken machen müssen, wo es Zwischenlösungen gibt. Aber bitte, vor dem Problem stehen sie so und so. Auch dann, wenn wir das letzte Mal das Müllbewirtschaftungsgesetz verabschiedet hätten und die regionalen Müllwirtschaftspläne dann ihre Einzugsbereiche festlegen, dann stehen sie auch vor der Problematik. Das heißt, ich gehe davon aus, daß man selbstverständlich um Übergangslösungen ringen muß und sie auch, wahrscheinlich, so hoffe ich, finden wird.

Kollege Ofner, Sie haben gesagt, die Sitzung ist ein Willkürakt der ÖVP. Ich will das gar nicht qualifizieren. Ich kann nur sagen, noch einmal, wir hätten das letzte Mal das Gesetz auch verabschieden können. Das ist nicht unsere Schuld. Mir tut es ehrlich leid, ich sage das ohne Vorbehalt und ohne Hintergedanken, mir tut es ehrlich leid, daß wir in dieser so sensiblen Materie eigentlich offensichtlich uns ein bißchen auseinandergelebt haben. (Abg. Trampusch: „Wenn die Schuld uns allein zugewiesen wird, müssen wir uns dagegen wehren!“) Kollege Trampusch, ich wundere mich, daß ihr so zimperlich seid. Ihr seid sonst auch nicht so zimperlich beim Geben. Ich verstehe die Aufregung wirklich nicht ganz! (Abg. Trampusch: „Da wird von sensibel gesprochen – wir dürfen auch sensibel sein!“) Herr Abgeordneter Trampusch! Ich sage das wirklich auch im Hinblick auf die Zukunft. Ich hoffe, daß das ein einmaliger Ausrutscher war. (Abg. Dr. Strenitz: „Wir auch!“) Warten Sie! Lassen Sie mich ausreden! Ich hoffe, daß das ein einmaliger Ausrutscher war, daß das nicht gehalten hat, was wir vereinbart haben. Ich mache Ihnen das bitte nicht zum Vorwurf, weil ich weiß, wie schwierig es ist, manchmal so etwas dann in einem Klub durchzusetzen. (Abg. Dr. Strenitz: „Das Flugblatt war ein einmaliger Ausrutscher!“) Ich hoffe es, und ich bin in der Hinsicht (Abg. Trampusch: „Eine billigere Lösung gibt es gar nicht als die, die drinnensteht!“) eigentlich zuversichtlich und hoffe, daß wir im Herbst, wenn dann die hochsommerliche Hitze wieder weg ist, ganz vernünftig weiterverhandeln werden können.

Herr Kollege Ofner, ich habe es Ihnen vorher schon gesagt, Sie haben natürlich recht. Kollege Ofner, wenn ich vielleicht auch auf Ihren Beitrag kurz Bezug nehmen darf. Sie haben natürlich recht, daß die Klärschlammproblematik, meine Damen und Herren, die Sie angesprochen haben, eine ganz schwierige ist. Ich habe schon einmal kurz dem Landtag berichtet – bitte, bei Vorwürfen immer –, sich vorher ein bißchen zu erkundigen. Ihre Parteifreunde kennen dieses Konzept sehr wohl, weil es im Arbeitsausschuß des Raumordnungsbeirates vorgestellt worden ist. (Abg. Trampusch: „Geben Sie es dem Herrn Abgeordneten Kröll!“) Herr Kollege, wenn bei euch die Kommunikation nicht funktioniert, bisher hat sie eigentlich funktioniert, weil wir in dem Arbeitsausschuß Raumordnungsbeirat, wo die Dinge besprochen werden – Kollege Trampusch, ich verstehe, daß euch das weh tut. Ich will ja nicht in euren Wunden herumrühren. Ich will es wirklich nicht, aber wenn Sie gewisse Vorwürfe oder Kritik anmelden, dann müssen Sie mir konzederieren, daß ich wenigstens darauf zurückkommen darf. Ich wollte Ihnen nicht mehr und nicht weniger sagen, daß wir dieses Problem selbstverständlich in der Zwischenzeit in seiner ganzen Tragweite kennengelernt und auch eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben haben, an der sechs Zivilingenieure der Steiermark mitgearbeitet haben. Die Zahlen, die ich Ihnen dazu nennen kann oder muß, sind leider nicht sehr erfreulich. Nämlich, wenn wir das Klärschlammproblem in den nächsten Jahren lösen, und wir müssen es lösen, wird uns das etwa 1,2 Milliarden Schilling kosten. Wir können dazu nur eines sagen: Leider Gottes wird nur ein sehr, sehr geringer Teil in der Landwirtschaft unterzubringen sein. Was wir mit dem anderen Teil machen, so hoffen wir, daß wir daraufkommen, aber

ganz so leicht ist das leider nicht. Das Problem ist immer, daß am letzten Ende irgendwo in konzentrierter Form Schadstoffe übrigbleiben. Das ist bei der Abwasserreinigung, im Klärschlamm, das ist bei der Mülldeponie mit den Sickerwässern und den Gasen, und das sind bei der Verbrennung natürlich die hochproblematischen Filterstäube. Auch dafür werden wir in Zukunft, wenn wir in diese Technologie gehen, eigene Hochsicherheitsdeponien brauchen. Das bleibt sicher übrig. Das ist leider unser Problem, daß wir irgendwo letztendlich dann doch die Dinge entsorgen müssen.

Nun, Herr Abgeordneter Grillitsch, ich kann nur sagen, ich glaube wirklich, ich habe mich klar genug ausgedrückt, daß diese Sorge um das Grundwasser sehr ernst zu nehmen ist. Und auch hier ein offenes Wort: Vielleicht kann ich gleich bei Fohnsdorf bleiben. Ich habe volles Vertrauen zu den Sachverständigen des Landes. Das möchte ich durchaus sagen. Gerade der Oberbaurat Zetinigg ist ein ausgezeichnete Fachmann. Ich habe volles Vertrauen, wenn er nach diesen Gesichtspunkten seinerzeit ein Gutachten abgegeben hat. Aber ich schließe nicht aus, daß wir heute manches kritischer sehen, selbstverständlich. Daher ist es – glaube ich – sehr richtig gewesen, und es ist mit mir abgesprochen gewesen, damit da auch keine Unklarheit ist, daß der Herr Hofrat Dr. Rupprecht ein neuerliches Gutachten zur Wasserrechtsproblematik in Auftrag gegeben hat, wenn das alles stimmt, was heute gesagt worden ist, daß Fohnsdorf auf einem Grundwasserfeld liegt. Und wenn die Besorgnisse hinsichtlich der Durchlässigkeit sich als richtig erweisen würden, dann ist das eine ganz neue Situation. Meine Damen und Herren, wir haben zwei Sachverständige bestellt, den Herrn Univ.-Prof. Dr. Gräf und den Herrn Oberbaurat Dr. Auferbauer. Wenn das Ergebnis vorliegt, wir werden es in etwa zwei Monaten haben, dann gibt es drei Möglichkeiten. Wenn diese Sachverständigen zur Überzeugung kommen sollten, ich sage „sollten“, daß das seinerzeitige Gutachten nach wie vor das abdeckt, dann wird sich nichts ändern. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das sind ja wieder Amtssachverständige!“) Moment, Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, ich bitte wirklich, hören Sie einmal zu und schreien: Sie nicht gleich, wenn ich einen Satz gesagt habe!

Zweitens: Es könnte durchaus sein, daß sich herausstellt (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Es bleibt alles beim alten!“) – jetzt warten Sie ab, Sie machen es einem nicht sehr leicht, Sie reden schon vorher, bevor Sie wissen, was ich sage.

Die zweite Möglichkeit: Sollte sich herausstellen, daß die Sicherheitsvorkehrungen nicht genügen, dann hätte die Wasserrechtsbehörde neue Auflagen vorzuschreiben.

Oder dritter Fall: Es könnte durchaus sein, daß eine Gefährdung von Leben und Gesundheit feststellbar ist, dann würde das bedeuten, daß es in der Form nicht realisiert wird. Aber lassen wir einmal die Leute arbeiten und tun wir nicht schon jetzt entscheiden, bevor wir überhaupt wissen, was aus dieser Begutachtung herauskommt.

Und weil ich bei Fohnsdorf bin, muß ich auch ein paar Sachen sagen. Der derzeitige Stand ist mitgeteilt worden, weil Sie den Herrn Landeshauptmann angesprochen haben, Herr Kollege Trampusch. Ich kann

nur eines sagen, vielleicht muß ich das ein bißchen ausführlicher behandeln. Sie haben kritisiert in diesem Schreiben, es gäbe keine bescheidmäßige Feststellung. Die gibt es sehr wohl. Und zwar folgendes: Der Betreiber hat vor mehr als drei Jahren, ich glaube, vier Jahre ist es jetzt her, um eine Baubewilligung für die Deponie bei der Gemeinde Fohnsdorf angesucht. Die Gemeinde Fohnsdorf hat den Akt drei Jahre liegen gelassen und hat nichts gemacht. (Abg. Sponer: „Das stimmt ja nicht!“) Daraufhin hat dann die Gemeinde dem Betreiber mitgeteilt, daß ein Widmungs- und Baubewilligungsverfahren nicht erforderlich ist, und eine solche Mitteilung ist bitte als Bescheid anzusehen, hat Bescheidcharakter. (Abg. Trampusch: „In der Verwaltungsschule lernt man, was ein Bestandteil eines Bescheides ist!“ – Abg. Dr. Strenitz: „Herr Hofrat Dr. Rupprecht, wann gibt es einen Bescheid?“) Herr Kollege, es muß nicht das Wort Bescheid draufstehen, es muß der materielle Inhalt eines Bescheides gegeben sein. Ich kann es nicht ändern, wenn es Ihnen so weh tut, tut es mir leid, aber Sie wollten eine Antwort darauf!

Ich kann Ihnen noch etwas dazusagen, weil Sie auch das forstrechtliche Bewilligungsverfahren zitiert haben. Ich will Ihnen den ganzen langen Akt ersparen und fünf Seiten Verfahrensschritte nach dem Forstrechtsgesetz. Ich gebe Ihnen bitte nur den Inhalt wieder. Sie können es aber gerne von mir haben, ich stelle es Ihnen gerne zur Verfügung. Die Bezirkshauptmannschaft hat seinerzeit die Rodungsbewilligung abgelehnt. Gegen diese Ablehnung ist dann eine Berufung eingebracht und in der zweiten Instanz von der Rechtsabteilung 8 ebenfalls abgelehnt worden. Es ist schon gesagt worden, Verwaltungsgerichtshof, rückverwiesen an die Unterbehörde. Das stimmt tatsächlich, daß dieses halbe Jahr oder fast ein halbes Jahr ausgeschöpft worden ist. Bitte, wenn es so eine komplizierte Geschichte ist und Erhebungen notwendig sind, kann das ein halbes Jahr dauern. Aber, und das möchte ich Ihnen jetzt sagen, wenn Sie jetzt sozusagen den Landeshauptmann, der überhaupt nicht zuständig ist, wenn, dann bin ich zuständig, wenn Sie ihn verantwortlich machen, daß jetzt die einen Schaden haben, kann ich Ihnen nur sagen, wenn irgendwer einen Schaden gehabt hätte aus dieser Verzögerung, dann am ehesten der Betreiber. (Abg. Trampusch: „Sie waren damals Abgeordneter und nicht zuständiger Landesrat!“) Ich bin es nicht gewesen. Ich meine, daß damals, wenn schon, mein Vorgänger zuständig war. Hören Sie zu. Es konnte nicht gebaut werden, weil nicht entschieden worden ist. Das ist der Vorwurf, den unter Umständen der Betreiber uns machen kann. Aber dann hat ja im Rahmen des Devolutionsverfahrens Ihr Minister entschieden, und zwar positiv. Die oben, die gegen die Deponie waren – (Abg. Trampusch: „Was wäre passiert, wenn der Minister nicht entschieden hätte?“) Ich halte ja überhaupt nichts davon, ist auch nie mein Stil gewesen – (Abg. Dr. Strenitz: „Der Bürgermeister hat entschieden, weil das Land sechs Monate nichts getan hat!“) Aber er hat entschieden. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sehr richtig, er hat entschieden!“) Schauen Sie, meine Damen und Herren, es hat überhaupt niemand etwas von dieser unsinnigen Aufrechnerei! (Abg. Sponer: „Da sollen wir uns nicht aufregen, Ihr tut ständig Schuld zuweisen, daß die Gemeinde Fohnsdorf schuld-

ist!“) Kollege Sponer, ich habe ja keine Schuldzuweisung gemacht. Ich habe nichts anderes gemacht, als daß ich Ihnen den Sachverhalt dargestellt habe. Ich habe nicht gesagt, der böse Minister hat entschieden, ich habe nur gesagt, daß die Bevölkerung keinen Nachteil gehabt hat.

Zum Kollegen Reicher: Ich möchte auf die Fragen eine Antwort geben. Der Kollege Reicher hat das Thema Mülldeponie Gratkorn, die wasserrechtlich nicht genehmigt worden ist, angeschnitten. Auch dazu ein offenes Wort. Im Prinzip dieselbe Problematik. (Abg. Hammerl: „Das ist ein schlechter Anfang, Herr Landesrat! Wir waren ja bereit!“) Wenn Sie eine Antwort haben wollen, müssen Sie leider zuhören. Kollege Reicher, Sie haben die Frage der nicht erteilten Wasserrechtsbewilligung in Gratkorn angeschnitten. Bitte, im Prinzip dasselbe Problem. Dort hätte eine Mülldeponie auf dem Grundwasserfeld errichtet werden sollen, das das Einzugsgebiet der Grazer Wasserversorgung ist. Man muß natürlich schon sagen, daß richtig entschieden worden ist, weil das eben problematisch ist aus den Gründen, die wir genannt haben.

Ich habe die wichtigsten Dinge behandelt. Ich möchte abschließend, meine Damen und Herren, sagen, ich werde mich nicht davon abbringen lassen, daß ich versuchen möchte, diese Probleme, die unendlich schwierig sind, in einer gemeinsamen Anstrengung zu lösen. Ich werde mich nicht davon abbringen lassen! Ich habe sehr viel Zähigkeit und Ausdauer und Geduld. Ich hoffe, daß wir im Herbst, wenn wir alle ausgeruht und ausgerastet sind, wieder mit einigem Elan und Verantwortungsbewußtsein an die abschließenden Verhandlungen zu einem steirischen Müllwirtschaftsgesetz herangehen. Ich hoffe auch, daß wir dann doch eine gemeinsame Lösung finden können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Ich erteile es ihm.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: Ich mache es ganz kurz, es ging um den Bescheid. Das ist eine an sich sehr einfach zu lösende Frage. Nach vollkommen herrschender Auffassung ist die Überschrift „Bescheid“ für einen Bescheid irrelevant. Warum? Nach Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes ist zum Beispiel, Herr Abgeordneter Trampusch, Ihr Führerschein ein Bescheid. Sie werden umsonst suchen, daß da irgendwo das Wort Bescheid steht. Notwendig sind ein Spruch, Normadressat und Unterschrift. Und genau das ist vorhanden. Es ist ein Schreiben – (Abg. Trampusch: „Und die Möglichkeit eines Rechtsmittels!“) Das ist nicht unbedingt erforderlich, aber es ist in vielen Fällen so. Nur würden wir alle Bescheide als Nicht-Bescheide ansehen, die keine Rechtsmittelbelehrung enthalten, hätten wir eine ganze Menge Nicht-Bescheide. Auch das ist nicht unbedingt, sondern es gibt ein Schreiben, wo drinnensteht, die Gemeinde hat festgestellt, es ist keine Baubewilligung notwendig und damit ist das Feststellungsverfahren beendet. Das ist eine ganz klare Spruchverfügung, und somit ist der inhaltliche Teil eines Bescheides gegeben. Die herrschende Auffassung würde das zweifellos als Bescheid akzeptieren. (Abg. Trampusch: „Und wenn die Gemeinde vorher der Bezirkshauptmannschaft mitteilt, daß sie zuständig

ist?“) Ganz egal! Es ist einfach die Frage, ist es ein Bescheid oder nicht. Und da würde ich jederzeit ja sagen, weil die Notwendigkeit, „Bescheid“ darüberzuschreiben, nicht vorhanden ist.

Präsident: Ich erteile dem Herrn Mag. Rader das Wort.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es besteht die Gefahr, daß man sich schön langsam in Nebensächlichkeiten verliert. Faktum ist, daß weder in Fohnsdorf noch im Kaiserwald ernsthafte Versuche unternommen wurden, ein wirkliches Genehmigungsverfahren einzuleiten und durch die Versagung dieses Genehmigungsverfahrens die Deponien zu verhindern, und daß wir jetzt – Gott sei Dank – so weit sind und daß wir das diskutieren, ist weder den Rechtsgelehrten noch den gewählten Politikern zu verdanken, sondern jenen Bürgern, die sich gewehrt haben. Und daher können wir ihnen dankbar sein. Genauso, wie wir dankbar sein können, daß sie sich wehren, damit jetzt jenes Verfahren in Gang kommt, das sicherstellen soll, daß auch klargestellt wird, ob in Fohnsdorf jetzt wirklich ein Grundwassersee drunter ist und ob das nachträglich, nachdem schon vorher ein rechtskräftiger Bescheid erteilt worden ist, noch verhindert werden kann.

Und noch eine Anmerkung, Herr Landesrat, weil ich am Wort bin, ich muß Sie in einem Punkt korrigieren. Sie haben den Fraktionen des Hauses zwar angekündigt, daß Sie das Landesentwicklungsprogramm für Abfallentsorgung zustellen werden, und zwar vor einigen Wochen in einer Frist von wenigen Tagen, gesehen haben wir es bis heute noch nicht. Sie werden doch nicht ernsthaft verlangen, daß wir diese Dinge in dieser Intensität dann diskutieren, wenn die Unterlagen vorher nicht am Tisch liegen. Nehmen wir daher zur Kenntnis zum Abschluß dieser Diskussion, die Menschen, die jetzt seit über eineinhalb Wochen in Fohnsdorf für ihr Recht eintreten, haben recht gehabt und haben etwas weiter gebracht, und wir müssen ihnen dankbar sein. (Beifall bei der FPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich möchte die an sich ausgiebige Diskussion nicht unbedingt verlängern. Aber ich bin in einigen Fragen persönlich und direkt angesprochen worden. Und trotz dieser sehr umfassenden Darstellung des zuständigen Landesrates, die mich persönlich und ich glaube Sie alle sehr beeindruckt hat, muß ich auf einige dieser Fragen eingehen, die direkt an mich gestellt wurden.

Erstens, wir alle jedenfalls im ÖVP-Klub waren Augen- und Ohrenzeugen dafür, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sehr glücklich darüber war – er hat uns das auch mitgeteilt –, daß ihm seitens des Herrn Landesrates Dr. Klausner gesagt wurde, daß die SPÖ-Fraktion in dieser Sache durchaus bereit sei, mitzugehen, um – (Abg. Dr. Strenitz: „Mit dem Zusatz!“) Ich sage das nur, Sie waren da nicht dabei, Herr Abgeordneter, ich erzähle Ihnen das nur, das hat sich

bei uns im Klub abgespielt, Sie haben sicherlich eine andere Sicht. (Abg. Dr. Strenitz: „Der Herr Landesrat hat es uns auch erzählt!“) Wir haben von dieser Aussage her und auch von der mündlichen Bemerkung des Herrn Klubobmannes Mag. Rader her gemeint, in einer so diffizilen Sache zeige der Landtag, daß er auch noch in der letzten Sitzung vor dem Sommer bereit sei, einen wichtigen Beschluß zu fassen. Nach Ihrer Rückkehr hat sich die Sache anders angehört. Das ist Ihre Sache, zugegebenermaßen. Aber auch eine Erklärung dafür, daß wir natürlich, nachdem Sie auch nicht bereit waren, in der letzten Sitzung vor dem Sommer noch einmal zu unterbrechen und die Sache neu – sozusagen –, nachdem das von Dr. Klausner schon positiv bewertet worden war, abzuhandeln, eben diese Sondersitzung halten. Und es ist kein Unglück, im Gegenteil. Es hat sich gezeigt, daß die Problematik, von einigen Hitzeemotionalitäten abgesehen, eigentlich im letzten Teil ein sehr bemerkenswertes Ergebnis gebracht hat. Ich möchte vor allem auch dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller wirklich bescheinigen, daß er in einer großartigen Weise ganz rasch dieses Referat, dessen Problematik er ja seit Jahren als Abgeordneter auch bestens gekannt hatte, nun in der Führung so überzeugend auch in dieser schwierigen Frage gestaltet. Ich möchte das ausdrücklich sagen und auch mit Dank sagen! (Beifall bei der ÖVP.) Denn es ist eben genauso gewesen, Herr Kollege Mag. Rader, in der Frage Ihres Volksbegehrens. Der ausschließliche Grund, warum wir vor dem Sommer einen solchen Beschluß nicht gefaßt haben – auch das ist in unserem Klub ausführlich diskutiert worden –, der einzige Grund war, daß wir sagten, es wäre nicht denkbar, dieses Volksrechtsgesetz beschlossen zu haben und dann sozusagen, ohne Ihr Volksbegehren abzuwarten, einen Beschluß zu fassen, so dringend und so drängend er wahrhaftig gewesen wäre.

Nun zur Sache selbst. Wir haben im Jahre 1974 hier einen einstimmigen Beschluß gefaßt. Ich vermute, daß es einigen so geht wie auch mir. Ich habe mir für die heutige Diskussion einige der Protokolle angesehen und unter anderem noch einmal das Gesetz ganz genau, Herr Kollege Dr. Strenitz, Doktor juris, wenn ich recht gehe. Es heißt dort im Paragraph 3, und ich darf Ihnen vielleicht doch vorlesen: Abfuhr- und Beseitigungspflicht der Gemeinde, ausdrücklich gemeinsamer Beschluß. Absatz 1, wörtliches Zitat: „Jede Gemeinde hat nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes für die Abfuhr und Beseitigung des im Gemeindegebiet anfallenden Mülls, Paragraph 2 Absätze 3 bis 5, so zu sorgen, daß dadurch die nach Paragraph 2 Absatz 1 zu wahren Interessen nicht gefährdet werden und überdies der Schutz der Nachbarschaft und der Verkehrsteilnehmer vor unzumutbaren Belästigungen gewährleistet ist.“

Absatz 2: „Wenn sich Gemeinden zur gemeinsamen Besorgung der öffentlichen Müllabfuhr, Paragraph 4, und der öffentlichen Müllbeseitigung, Paragraph 15, nach den Bestimmungen der Paragraphen 37 und 38 der Gemeindeordnung zu Verwaltungsgemeinschaften zusammenschließen, kann die gemeinschaftliche Geschäftsführung die Besorgung der gesamten Aufgaben nach Absatz 1 oder auch nur einzelne Aufgabenbereiche umfassen. Solche Verwaltungsgemeinschaften können unter Anwendung der vorgenannten

Bestimmungen auch mit einer Stadt mit eigenem Statut oder auch zwischen Gemeinden verschiedener politischer Bezirke gebildet werden."

Sehr viele haben, wie der Abgeordnete Kröll eingangs dargelegt hat, in einer sehr überzeugenden Weise dieses Problem gelöst. Ich bin auch sehr froh, daß das gesagt wurde, weil ja die Tendenz auch nicht klein ist, primär negative Elemente in der Entwicklung festzustellen, was durchaus sinnvoll und in der Kritik notwendig ist. Aber nicht selten fällt dann unter den Tisch, daß die überwiegende Mehrheit der steirischen Gemeinden eine sehr positive Arbeit geleistet hat. Diese Bürgermeister werden uns und Ihnen jederzeit auch sagen, ja wohl, wir haben unser Problem gelöst. Und zwar im Regelfall in Kooperation mit der Gemeindeabteilung des Landes, mit der Rechtsabteilung 3 und mit den dafür zuständigen Abteilungen der Dreierkategorie im Landesbauamt. Und das meine ich, sollte man an einem solchen Tag auch sagen. Denn da so zu tun, als sei das alles miteinander ganz grauslich gewesen, was dieser Landtag selber beschlossen hat, noch dazu einstimmig, zugegeben, es waren nicht alle anwesend, die heute hier sitzen, keine Frage, aber einige waren immerhin damals auch schon dabei. Die Novellierungsintention ist relativ neu in ihrer umfassenden Konzeption, das sage ich Ihnen auch ganz offen. Ich habe eine Diskussion mit dem Herrn Abgeordneten Hammerl nachgelesen. Er war am Wort, ich habe einen erlaubten Zwischenruf im Jahre 1984 bei der Budgetdebatte gemacht und habe ihm dasselbe damals gesagt, was ich jetzt gerade vorgelesen habe. Er hat es fairerweise damals wirklich akzeptiert. Weil er auch wußte, daß ich natürlich als Gemeindeferent, so wie der Herr Kollege Gross – und das lese ich Ihnen gerne noch vor, damit Sie das auch einmal vorgelesen bekommen, was in der Geschäftsordnung steht, es ist nämlich ein ausdrücklich fixiertes Phänomen –, daß ich nämlich dem Herrn Bürgermeister Stingl, dem Herrn Vizebürgermeister Edegger, vor allem auch dem Herrn Stadtrat Gartler und selbstverständlich seinem Vorgänger, Herrn Isidor Blematl, immer und jederzeit gerne zu Gesprächen in diesem Zusammenhang zur Verfügung stand und alle nur denkbare Hilfe seitens des Landes nicht nur angeboten habe, sondern wir sie auch geleistet haben.

60 Sitzungen – (Abg. Trampusch: „Herr Landeshauptmann, wenn Sie Blematl zitieren, müssen Sie Dipl.-Ing. Hasiba und DDr. Götz auch zitieren!“) Richtig! Nein, nur der ist zuständig gewesen. Ich sage Ihnen das: Der Herr Stadtrat, den ich sehr schätze übrigens, den seinerzeitigen Stadtrat, persönlich sehr schätze, er stammt übrigens aus der Fohnsdorfer Gegend, soviel ich weiß, der Herr Stadtrat Gartler ist ja ein ernstzunehmender Mensch um Gottes Willen und hat sich in der Sache natürlich um Lösungen bemüht. Wir haben selbstverständlich, und nicht nur diesem Herrn, unsere Hilfe nicht nur angeboten, sondern subsidiär, so wie es im Gesetz vorgesehen ist, auch gewährt. (Abg. Dr. Strenitz: „Herr Landeshauptmann, erlauben Sie einen Zwischenruf: Wenn Sie sagen, daß der zuständige Referent Stadtrat Gartler war, so stimmt das nicht, denn nach der Geschäftsordnung des Stadt senates ist für die Klärschlammabeseitigung das Kanalbauamt zuständig!“) Herr Kollege Dr. Strenitz, ich habe schon darauf verwiesen, daß Sie ein Doktor juris

sind, und Sie wissen sehr wohl zu unterscheiden. Das ist aber natürlich bitte nicht die Müllzuständigkeit – (Abg. Dr. Strenitz: „Jeder Fachmann weiß, daß die Folge der Müllbeseitigung am Schluß auch der Klärschlamm ist. Eine kleine Bitte: Nachdem Sie, Herr Landeshauptmann, auch Jurist sind wie ich und so freundlich waren, eine Stelle vorzulesen, würden Sie so freundlich sein, den Paragraph 15 Absatz 4 des Gesetzes, erster Satz, vorzulesen!“) Zu dem komme ich noch. Sie haben ihn im übrigen angezogen schon in Ihrer Rede. Ich werde ihn Ihnen gerne interpretieren. Sie kennen die berühmte Geschichte von der Prüfung, die, glaube ich, ein klassisches Witzmodell repräsentiert im Zusammenhang mit Prüfungen, und daß man zum Klärschlamm irgendwann auch einmal kommt, steht auch außer Diskussion. Ich möchte Ihnen dazu diesen Paragraph 15 gerne auch zur Kenntnis bringen. Es heißt dort im Absatz 4: „Die Landesregierung hat durch Verordnung regionale Müllbeseitigungspläne zu erstellen, wonach unter Bedachtnahme auf die örtlichen und überörtlichen Gegebenheiten für jede Gemeinde eine dem Stand der technischen Entwicklung, den hygienischen Erfordernissen sowie den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechende Müllbeseitigung im Sinne des Paragraph 2 gewährleistet ist. Zur Erstellung eines Entwurfes“, heißt es im Paragraph 6, „sind der Bezirkshauptmann, die beteiligten Gemeinden, die Vertreter jener Behörden, die zur Wahrung der im Paragraph 2 umschriebenen Aufgaben gesetzlich vertreten, Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Landeskammer, Land- und Forstwirtschaft, Arbeiter und Angestellte und so weiter.“

Zwei haben wir beschlossen, mehrere Anträge hat es nach ausdrücklicher Rückfrage, heute noch einmal, nicht gegeben, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Abg. Trampusch: „Die Gemeinde ist nur zu hören!“ – Abg. Dr. Strenitz: „Das stimmt ja nicht!“) Nicht gegeben! Der Antrag müßte ja gekommen sein. Er ist nicht gekommen, bitte schön. Das ist eine ganz schlichte Sache. Ich weiß, daß man das ungern hört, wenn man sich ein gewisses Gedankengebäude zurechtgerichtet hat. Ich sage Ihnen noch etwas dazu, was für mich schon besonders interessant ist, daß nämlich – (Abg. Dr. Strenitz: „Es steht nirgends etwas von einem Antrag! Das ist Ihre Interpretation!“) Ich habe mir ein Gutachten des Verfassungsdienstes des Landes eingeholt zu dieser Frage, weil ich angenommen habe, daß irgend jemand damit kommt. Es ist überhaupt kein Zweifel darüber, daß in Gemeindeanlässigkeiten der Referent der Landeshauptmann ist und der Koreferent der Erste Landeshauptmannstellvertreter und vice versa, ich bin auch der Koreferent des Ersten Landeshauptmannstellvertreters bei den Gemeinden, in denen er der Referent ist. Ist überhaupt keine Frage. Und diese Verantwortung haben wir selbstverständlich wahrgenommen. Ich füge Ihnen noch etwas hinzu. (Abg. Trampusch: „Wann übertragen Sie dem Landeshauptmannstellvertreter, bei welchen Anlässen?“) Ich will auch nicht in Ihren Wunden bohren, aber es ist für jedermann, der über einige politische Scharfsinnigkeit verfügt, immer deutlicher, daß die Differenz zwischen dem, was da unten gesagt wird, und dem, was man dann in der Regierungsfraktion hört, leider, muß ich sagen, gar nicht zum Vorteil der Sache, auch nicht Ihrer – ist meine Interpretation,

ist aber Ihre Sache – , nicht gegeben erscheint. (Abg. Trampusch: „Herr Landeshauptmann, wann haben Sie den Herrn Landeshauptmannstellvertreter als Koreferent in ÖVP-Angelegenheiten eingesetzt?“) Ich sage Ihnen ganz cool, der Herr Landeshauptmannstellvertreter, und er wird mir das jederzeit bescheinigen, hat mich nicht ein einziges Mal in einer solchen Frage angesprochen, die Sie heute so hochgespielt haben. Nicht ein einziges Mal. Ich hoffe sehr, ich sage Ihnen das auch, daß im Interesse der gemeinsamen Sache Ihre Übereinstimmung in diesen Fragen eine möglichst große sein möge. Das ist dieser Punkt.

Und der andere Punkt, zu dem ich konkret angesprochen wurde, Sie kennen dieses Blatt wahrscheinlich auch. (Abg. Dr. Strenitz: „Herr Landeshauptmann, darf ich zum vorhergehenden Punkt noch eine Feststellung machen?“) Jetzt lassen Sie mich ausreden!

Es ist die „Neue Zeit“, das wird Sie interessieren, Kollege Trampusch, vom 7. Juni 1987. Da war sie immerhin noch nicht im Besitz der Redakteure, da hat sie noch der Sozialistischen Partei des Landes sozusagen gehört. Und da steht: „Land ist schuld an der Müllmisere.“ Und dann steht, wörtliches Zitat: „Bürgermeister Rohr, und der Herr Landeshauptmann hat genau das getan, was der Gemeinde Fohnsdorf jetzt fälschlich vorgeworfen wird, er ist seiner Entscheidungspflicht nicht nachgekommen, hat die Sechsmonate-Frist verstreichen lassen, in einer Sache, in der ich wirklich, wie figura zeigt, gar nicht zuständig bin.“ (Abg. Trampusch: „Herr Landeshauptmann, ‚Kleine Zeitung‘: ‚Müllberg explodiert!‘“) Ändert nichts an der Tatsache, Herr Kollege Trampusch, daß Sie für die „Kleine Zeitung“ nicht verantwortlich sind, daß die „Kleine Zeitung“ Gott sei Dank nicht Ihnen gehört, sondern daß die „Neue Zeit“ Ihnen gehört. (Abg. Trampusch: „Gestern schrieb eine andere Zeitung: ‚Mit der Brechstange wird die Krainer-Partei am nächsten Dienstag versuchen, die Verantwortung abzuschieben!‘“) Ich sage Ihnen aber noch einmal, Kollege Trampusch, es ehrt Sie als LandesparteiSekretär, daß Sie in sehr gut gelernter Dialektik von Ihrem Blatt ablenken, aber Sie wissen, wie es gemeint ist. Ich gebe Ihnen ein weiteres Zitat. (Abg. Trampusch: „Ich könnte von Ihnen noch einiges lernen, Herr Landeshauptmann!“) Das glaube ich aufs Wort. Das glaube ich ohne jede Überheblichkeit. (Abg. Reicher: „Wir fühlen uns sehr geehrt, daß Sie die ‚Neue Zeit‘ lesen, seitdem es die ‚Tagespost‘ nicht mehr gibt!“) Auch da könnte man dazu einiges sagen. Sie hat sich Gott sei Dank wirklich sehr verändert, seitdem sie von den Redakteuren geführt wird, ich sage Ihnen das, erfreulicherweise.

Ich darf abschließend noch den Bürgermeister Rohr zitieren, wörtliches Zitat in der „Neuen Zeit“, daher nehme ich an, daß es stimmt: „Zusammenfassend kann man sagen, daß das Land die Schuld an der ganzen Misere trägt. Das Land ist seiner Verpflichtung nicht nachgekommen, hat nicht gehandelt und überdies verabsäumt, uns zu informieren.“ Und unter dem Bild des Bürgermeisters Rohr, den ich im übrigen persönlich auch sehr schätze, ich kenne ihn relativ lange, ein gestandener Gemeindepolitiker – muß man sagen – in einer sehr schwierigen Lage, bei Gott nicht zu beneiden, aber da steht unter dem Bild: „Der Herr Landeshauptmann ist seinen Pflichten und so weiter“

und dann steht ein schönes Bild – mit der Zeit verliert man da ja jede Eitelkeit (Abg. Trampusch: „Besser, als die Zuständigkeit zu verlieren!“) – und so weiter. Jetzt will ich Ihnen damit sagen, mich stört das nicht sehr. (Abg. Gennaro: „Ein bißchen, nicht sehr!“) Gennaro, ein Mensch! Das freut mich immer, wenn ein Mensch bei solchen Gelegenheiten durchkommt. Aber sehr nicht, sagen wir so. Präzisieren wir das, Kollege Gennaro, nicht sehr! Man ist an sich darauf aus, daß die Dinge stimmen, die wo stehen. Das ist – glaube ich – normal. Aber dann bitte auch keine Peinlichkeit!

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, weil Sie mich das auch gefragt haben und sogar ein Rechtsgelehrter ans Pult eilte, um das zu klären, ohnedies sehr unpräzise. Mir hat das sehr imponiert, der Professor hat das ganz schlicht gemacht. Ich habe vom Abgeordneten Grillitsch, der heute so oft angesprochen wurde, eine Kopie des Briefes an die Mülldeponie Halbenrain, Strauchergasse 18, 8020 Graz, bekommen, betreffend die Mülldeponie Eichdorf. Mit Schreiben vom 11. Dezember 1986, der Brief ist vom 4. Mai 1987, wurde Ihnen mitgeteilt, daß der Bürgermeister der Gemeinde Fohnsdorf als Baubehörde erster Instanz ein Ermittlungsverfahren zur Erlassung eines Feststellungsbescheides über das Vorliegen einer Bewilligungspflicht der von Ihnen geplanten Maßnahmen der Errichtung einer Mülldeponie im Murwald eingeleitet hat. Aus einem von der Gemeinde Fohnsdorf in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten der Professoren Novak und Pauger von der Universität Graz ist ersichtlich, daß die von Ihnen durch Ihre Rechtsvertreter Dr. Eisenberger und Dr. Herzog beschriebenen Maßnahmen nicht der Bewilligungspflicht gemäß Paragraph 57 der Bauordnung unterliegen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Herr Landeshauptmann, was hat Dr. Eisenberger beschrieben?“) Kollege, Sie waren lang genug Beamter in meinem Referat. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Er hat etwas völlig anderes beschrieben!“) Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, Sie waren lange genug Beamter in meinem Referat. Hören Sie zu. Ich sage es auch nur! Und Sie haben dort sicherlich einiges gelernt, wenngleich Sie das meiste wahrscheinlich gewußt haben. (Beifall bei der ÖVP.) Nein, das war überhaupt nicht. Ich könnte Ihnen sagen, wie wir ihn aufgenommen haben. Aber das ist unfair, wenn ich das täte. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bitte nicht über ein Parteibuch!“) Eben! Er kann Ihnen das bezeugen. Aber es hat hier nichts zur Sache, das hast du angesprochen! (Abg. Trampusch: „Es kann ja sein, daß aus einem schwarzen Schaf ein grünes wird!“) Auch aus einem roten ein blaues, wenn wir schon in der Skala bleiben, nicht? Oder umgekehrt, oder was weiß ich. Das ist ja das Schöne in dem Land, daß dies alles erlaubt ist. Vor allem, wenn es charaktervoll geschieht. Aber ich möchte dazusagen, Herr Kollege, ich verstehe Ihre Frage nicht. Was wollten Sie sagen, Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber? Ich habe das nicht verstanden. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Daß das Rechtsgutachten der zwei Professoren auf etwas ganz anderem aufbaut, das hat mit Fohnsdorf nichts zu tun. Das ist der Streit um des Kaisers Bart!“) Ja, aber jetzt hören Sie zu. Ich lese ja nur den Brief des Bürgermeisters Rohr vor, das haben Sie noch nicht gehört. Es ist ein Brief des Bürgermeisters Rohr, es ist ein wörtliches Zitat. Ich kommentiere das gar nicht. Ich lese das nur vor. Und ich lese es Ihnen fertig vor.

„Es wird daher das Verfahren zur Erlassung“ – und das ist das Entscheidende – „eines Feststellungsbescheides von der Baubehörde eingestellt. Der Bürgermeister Johann Rohr“.

Das ist bitte eine Kopie des Originals. Ich habe es gerade früher bekommen. (Abg. Trampusch: „Und der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler stellte fest bei der ersten Sitzung in der Legislaturperiode, Fohnsdorf kann rechtlich nicht erledigt werden, weil die Frage der Sickerwässer wasserrechtlich ungeklärt ist!“) Jawohl, und das wollte ich in der Sache abschließend sagen.

Wenn ich vor einigen Wochen bei der Eröffnung des Plabutschunnels dabei war, dann ist wie im Zeitraffer vor meinen Augen in die Erinnerung gekommen, was wir jahrelang in dieser so heiklen Frage an Gutachten und Gegengutachten gehabt haben. Es ist ganz unpolemisch. Hätten wir uns an jene Gutachten gehalten von hochmögenden Fachleuten, ich nenne die Namen nicht, die gesagt haben, das geht nicht, dann hätten wir, wie Figura zeigt, unrecht getan. Denn es hat sich gezeigt, daß das eine fast problemlose Sache war. Und daß das ursprüngliche Gutachten des Prof. Sedlmayer – und den nenne ich jetzt wirklich beim Namen, er lebt außerdem nicht mehr –, er hat sich übrigens wahnsinnig gekränkt, persönlich, er ist kein Politiker gewesen; daher nicht im Training, so ist die Welt. Sie wissen das inzwischen auch, Frau Abgeordnete Kamm-lander. Mir hat sehr gefallen, was Sie heute gesagt haben. Das muß ich Ihnen auch sagen. Und zwar warum? Weil Sie zum Unterschied – ich bin nicht mit allem einverstanden, das liegt in der Natur zur Sache –, aber weil Sie zum Unterschied zum Beispiel von Ihrem Fraktionskollegen, der sich dann noch dazu als Fachmann ausgegeben hat, wirklich ganz beachtlich auch Fragen gestellt haben. Ich sage das ganz offen, denn ich sage Ihnen, wenn man so lang ein solches Referat geführt hat und noch führt wie ich dieses Baureferat, dann wird man sehr bescheiden. Wenn nämlich dann zum Schluß der Politiker darüber entscheiden muß, welchem Fachmann er wirklich glaubt, und wenn diametral gegensätzliche Gutachten vorliegen – (Abg. Vollmann: „Jetzt wißt Ihr, wie es einem Bürgermeister geht!“) Richtig! Genau, das ist es! Und daher habe ich für den Bürgermeister Rohr persönlich vollstes Verständnis. Mir sagt der Landesrat Dipl.-Ing. Schaller übrigens, daß bei der Diskussion in Fohnsdorf ein bemerkenswertes Niveau geherrscht habe, eine sehr sachliche Diskussion, und ich unterstütze voll und ganz, auch wenn ich in der Sache nicht persönlich ressortzuständig bin und auch der Kollege Gross nicht, daß notfalls auch durch mehrere Gutachten geklärt wird, wie die Sache dort wirklich liegt. (Abg. Trampusch: „Auf den Bürgermeister Rohr wird mit vollem Rohr geschossen!“) Ja, so wie er mit vollem Rohr als Rohr auf andere! (Abg. Trampusch: „Herr Landeshauptmann, andere sind aus Bescheidenheit nicht mehr zuständig!“) Ich sage Ihnen ganz offen, das tut keinen Abbruch meinem Respekt vor diesem Bürgermeister. Aber glauben Sie mir, dort liegt das eigentliche Problem, und da muß mit aller Entschiedenheit alles getan werden, denn man kann den Leuten da hinten gar nichts verargen. (Abg. Sponer: „Herr Landeshauptmann, eine Frage ist noch offen!“) Sie wußten nicht einmal, daß man da nicht klatschen darf. Das

steht leider in der Geschäftsordnung. Ich habe ja menschlich für Emotionen etwas übrig. (Abg. Erhart: „Jetzt hätten sie ohnehin nicht geklatscht!“) Nur, Herr Kollege, Sie sind alle in Hunderten Versammlungen schon gewesen oder wenigstens viele von Ihnen und Sie wissen ganz genau, daß Menschen nicht nur Emotionen haben, sondern, Gott sei Dank, in der Demokratie auch haben dürfen.

Es ist nur ein bißchen ein Unterschied, ob ich ein Mitglied des Hauses bin und die Geschäftsordnung kennen müßte oder eben kein Mitglied bin und sie daher nicht kenne. Das muß man ganz nüchtern feststellen. Ich verstehe, daß diese Leute besorgt sind, und diese Sorgen muß man ihnen auf der Basis des Rechtsstaates wirklich nehmen (Beifall bei der ÖVP.), so, wie eben auch kein Zufall ist, daß die Bürgermeister aus Radkersburg heute den ganzen Tag hier ausgeharrt haben, aus einer ganz ähnlichen Sorge. Ich sage Ihnen noch ein persönliches Wort. (Abg. Trampusch: „Nur sind die Sorgen mit heute nicht weg!“) Mir ist das ganz gleichgültig, ob es ein privater oder öffentlicher Betreiber ist, denn dort hört sich der Spaß auf bitte, restlos. In Ordnung muß die Sache sein! (Beifall bei der ÖVP.) Wir haben genug Lehren ziehen können in den letzten Monaten, wohin wir kommen, wenn die Demagogie die Überhand gewinnt. (Abg. Sponer: „Herr Landeshauptmann, eine Frage von mir ist noch offen!“) Sponer, jetzt sage ich dir etwas, wenn dir sonst nichts mehr bleibt. Da kann ich nur sagen, eine respektable Geschichte, die die gemacht haben, wenn das so eine Aufregung verursacht. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Sponer: „Ich habe Sie gefragt, welche Kompetenzen der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter in Fragen des Mülls hat!“) Ich habe es schon angeführt, scheinbar ist da nicht genau zugehört worden. Ich darf es noch einmal verlesen. Es heißt in der Verordnung der Landesregierung, in der die Geschäftsordnung fixiert wird für die jetzige Periode: Für Gemeindeverbände mit überwiegend landwirtschaftlicher Struktur und alle Gemeinden mit Ausnahme jener Gemeinden mit sozialistischen Bürgermeistern, steht wörtlich drinnen, ist auch verlautbart, Verfassungs-, Verwaltungs- sowie Finanzangelegenheiten einschließlich Aufsicht, Volksrechte in der Gemeinde, steirischer Umweltlandesfonds, generelle Angelegenheiten, jedoch im Koreferat mit Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross. Und nachdem vom Müll nichts steht – (Abg. Trampusch: Darf Landeshauptmannstellvertreter Gross bei Halbenrain mitreden?“) Es steht dasselbe beim Gross. Ich lese Ihnen das vor. Sehr wohl darf er. Er hat sich dazu bitte nie gemeldet. Ich sage das ganz ausdrücklich. Wieso wird hier Strip-tease mit Ihrem Parteivorsitzenden betrieben? Ich verstehe das überhaupt nicht! Aber das ist Ihre Sache.

Ich lese Ihnen nur vor, was beim Ersten Landeshauptmannstellvertreter steht. (Abg. Trampusch: „Herr Landeshauptmann, dann sind Sie Koreferat für Fohnsdorf!“) Unter B. Jetzt hören Sie ganz genau zu: Für die Gemeindeverbände mit überwiegend industrieller Struktur und Gemeinden mit sozialistischen Bürgermeistern Verfassungs- sowie alle Verwaltungs- und Finanzangelegenheiten einschließlich Aufsicht, Volksrechte in der Gemeinde, steirischer Umweltlandesfonds, generelle Angelegenheiten, jedoch im Koreferat mit Landeshauptmann Dr. Josef Krainer. (Abg.

Dr. Strenitz: „Aber doch nicht Müll!“) Und jetzt lese ich Ihnen noch das Gutachten, damit Sie alles haben, ich stelle es Ihnen auch zur Verfügung, des Verfassungsdienstes vor. (Abg. Hammerl: „Herr Landeshauptmann, ist das ein schon entschiedenes Gutachten?“) Eines verstehe ich sehr genau, die ganze Tragik Ihres heutigen Ansatzes ist in diesen letzten speziellen Fragestellungen noch einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. (Abg. Trampusch: „Die Tragik liegt darin, daß es vorher nicht erledigt worden ist!“) Weil Sie, Herr Kollege Trampusch, und der Herr Klubobmann offenkundig eine falsche Strategie vorgelegt haben. (Beifall bei der ÖVP.) Und weil Sie sehr gut beraten gewesen wären, wie sich zeigt, sehr gut beraten gewesen wären, einem erfahrenen Regierungsmitglied wie dem Dr. Klausner wirklich zu folgen. Das ist die Situation. (Beifall bei der ÖVP.) Und nur in der Frage und ob, und ich habe mit Ihrem Bürgermeister über diese Dinge genauso geredet wie mit den anderen Herren der Gemeinde, das weiß er ganz genau. Aber bei Ihnen scheint die Kommunikation nicht ganz zu funktionieren. Und im übrigen gilt diese Zuständigkeit von Gross und mir in generellen Angelegenheiten nach der Tradition bitte für die Müllbeseitigungspläne. (Abg. Trampusch: „Herr Landeshauptmann, wenn Sie verhindert sind, wird Sie Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross in ÖVP-Gemeinden vertreten – habe ich das richtig verstanden?“) Da werden Sie sich täuschen! (Beifall bei der ÖVP.) Sie wissen scheinbar nicht, was ein Koreferat ist. Ich bin aber gerne bereit, Sie privatissimum darüber aufzuklären. Im übrigen ist die Sache so ernst, daß Sie gut auch in der Zukunft daran tun würden, sich an uns zu halten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Im Antrag der Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka, Pußwald, Neuhold und Schwab, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Abfallbeseitigungsgesetzes 1974, wurde gemäß Paragraph 42 Absatz 2 des Landesverfassungsgesetzes 1960 in Verbindung mit Paragraph 60 Volksrechtsgesetz der Antrag gestellt, den Gesetzesbeschluß als dringlich zu erklären. Gemäß Paragraph 60 Absatz 2 werden dringlich erklärte Gesetzesbeschlüsse, unbeschadet der Durchführung einer Volksabstimmung, verlautbart.

Dem Bericht des Gemeinde-Ausschusses ist auch ein Minderheitsantrag der Sozialistischen Partei Österreichs zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Abfallbeseitigungsgesetz geändert wird (Abfallbeseitigungsgesetz-Novelle 1987), angeschlossen.

Dieser Antrag wurde im Gemeinde-Ausschuß nicht angenommen.

Weiters liegt von den Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka, Pußwald, Neuhold und Schwab gemäß Paragraph 34 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ein Abänderungs- und Zusatzantrag vor.

Außerdem liegt ein Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammländer zum Abfallbeseitigungsgesetz vor.

Wir gehen nun zur Abstimmung über.

Ich lasse nun zuerst über den Minderheitsantrag der SPÖ abstimmen.

Wer diesem Minderheitsantrag der SPÖ die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Weiters lasse ich nun über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka, Pußwald, Neuhold und Schwab zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 246/2, Beilage Nr. 17, abstimmen.

Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Nun lasse ich über das eigentliche Gesetz, wie es in der Einl.-Zahl 246/2, Beilage Nr. 17, abgedruckt ist, abstimmen.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag, den Gesetzesbeschluß als dringlich zu erklären.

Die Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich schreite jetzt nun zur Abstimmung über den Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammländer.

Wer diesem Beschlußantrag die Zustimmung erteilt, möge mit der Hand ein Zeichen geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

3. Bericht des Gemeinde-Ausschusses, Einl.-Zahl 248/2, Beilage Nr. 18, über den Antrag der Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka und Schwab, Einl.-Zahl 248/1, betreffend die Novellierung der Steiermärkischen Bauordnung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Adolf Pinegger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Pinegger: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Antrag, eingebracht von den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka und Schwab, wurde im Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß beraten und wurde dort, ich glaube einstimmig, angenommen.

Nunmehr liegt aber in Abänderung ein gemeinsamer Antrag der Abgeordneten, bezogen auf diese Thematik, und zwar betreffend die Novellierung der Bauordnung, Paragraph 57 Absatz 1, vor. Es sind hier antragstellend die Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka, Schwab, Kammländer, Dipl.-Ing. Dr. Korber, Mag. Rader, Weilharter, Trampusch und Sponer.

Ich darf Ihnen nun diese Abänderungsnovelle in bezug auf die Steiermärkische Bauordnung, Paragraph 57 Absatz 1 zum Vortrag bringen, und zwar ist das der Abschnitt j. Die Veränderung der Höhenlage eines im Freiland befindlichen Grundstückes, soweit

sie mit dem Aufbringen von natürlichem oder künstlichem Material verbunden ist und besondere technische Fertigkeiten verlangt, insbesondere Ablagerungsplätze für Müll. Das soll hier praktisch eingefügt werden. Ich darf bitten, auf Grund dessen, daß es sich um einen gemeinsamen Antrag handelt, dieser Formulierung die Zustimmung zu geben.

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Zuerst muß ich einmal sagen, daß für uns im Fall der Deponien Wundschuh, Kaiserwald oder Fohnsdorf immer ganz klar war, daß auf Grund der baulichen Anlagen, die diese Deponien beinhalten, eine Baubewilligung beziehungsweise Widmungsbewilligung notwendig ist. Diese Novelle, die nunmehr vorliegt, soll Rechtsunsicherheiten restlos ausräumen. Zu diesem Zweck haben wir auch einen Abänderungsantrag eingebracht, der die beispielsweise Anführung von Müllbeseitigungsanlagen im Paragraph 47 Absatz 1 vorsieht. Auf Grund der Verhandlungen konnte daraus ein gemeinsamer Antrag werden, was mich ganz besonders freut, weil es hier herinnen sonst sehr selten ist. Er wurde zur Verlesung gebracht. Aus der Begründung zitiere ich nur kurz einen Teil von uns: „Um dem Ziel der Novelle gerecht zu werden, gilt es daher auch, den Detailkatalog zu ergänzen. Es wird natürlich die Schwierigkeit gesehen, die mit einer solchen Regelung verbunden ist. Jede Konkretisierung könnte ihrerseits Anlaß zur Ausschließung anderer Unterfälle dienen. Trotzdem soll dieser Versuch unternommen werden.“ Unser Anliegen geht jedoch weiter. Mit der Novelle ist auch sichergestellt, daß nicht nur bauliche Anlagen der Überprüfung durch ein Baurechtsverfahren zu unterziehen sind, sondern die Anlage als Ganzes. Insofern ist es für uns von besonderer Bedeutung, ein klares Wort zu sprechen. Ein klares Wort in Hinsicht auf die Wirksamkeit der Bewilligungspflicht in ihrer nunmehr umfassenden Form, wie sie jetzt die Novelle vorsieht für all jene Anlagen, die noch nicht in Betrieb genommen wurden. In diesem Sinne ist unser zusätzlicher Abänderungsantrag zu verstehen. Ich lese ihn nunmehr vor:

In der Begründung des Antrages wird selbst auf den aktuellen Hintergrund der Novelle hingewiesen, jedoch im konkreten findet sich auch in der Begründung des Antrages kein Hinweis auf die Frage, welche Wirkung auf die drei konkreten Anlagen beabsichtigt beziehungsweise mitgedacht wird. Dabei ist zu beachten, daß die Novelle eine Erweiterung der bewilligungspflichtigen Maßnahmen bringt, selbst wenn man darin nur eine Festschreibung der denkmöglich weitesten Interpretation des jetzigen Gesetzestextes sieht. Im Hinblick auf Rechtsunsicherheiten, die mit der Frage der Wirkung der Novelle auf diese Anlagen auftreten können, ist es sinnvoll, daß der Gesetzgeber ein klares Wort statuiert. Das Kumulationsprinzip besagt, daß mit der Errichtung und dem Betrieb einer Anlage erst begonnen werden darf, wenn sämtliche notwendige Bewilligungen rechtskräftig vorliegen. Es soll zum Ausdruck gebracht werden, daß allein auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Anlage abgestellt

wird. Für Anlagen, deren Errichtung bereits in Angriff genommen wurde, die aber noch nicht fertiggestellt sind, ist eine Bewilligung nach Paragraph 57 Absatz 1 der Bauordnung in der Fassung der Novelle notwendig.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Novellierungstext hat die Überschrift „Artikel I“ zu erhalten.

Zweitens: Dem Text ist anzuschließen: „Artikel II. Die Bewilligungspflicht nach Paragraph 57 Absatz 1 der Steiermärkischen Bauordnung in der Fassung des Artikels I findet auch Anwendung auf Anlagen, mit deren Errichtung bereits begonnen wurde, die aber bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht in Betrieb genommen wurden.“

Heute hat teilweise dicke Luft im Landtag geherrscht. Das gehört gewissermaßen zum Umweltthema. Aber gerade weil dieses Thema so ernst ist, dürfen gegenseitige Attacken nicht so weit führen, daß die Gesprächsbasis für die jetzt notwendigen Entscheidungen gefährdet ist und die notwendigen, sachlichen Vorschläge und Beiträge nicht erörtert werden. Ich möchte daher zum Abschluß folgendes sagen: Ich bin nicht nur auf der Seite jener Bürger, die zur Zeit um ihr Recht kämpfen. Ich werde auch zu jenen Bürgern gehen, die von künftigen Standorten betroffen sind und die dort notwendigen Maßnahmen den Bürgern gegenüber rechtfertigen. Warum ich das machen werde?

Es geht nicht darum, ob gegen die Bevölkerung oder mit der Bevölkerung allein agiert wird, sondern man muß zur Kenntnis nehmen, daß die Bevölkerung ganz berechnete Interessen hat, nämlich die Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen. Und nicht um egoistische, nachbarliche Interessen wird zur Zeit etwa in Fohnsdorf gekämpft, sondern um die Erhaltung dieser Lebensgrundlagen, um die Zukunft künftiger Generationen, und wir halten das für sehr legitim. Die Bevölkerung weiß aber ganz genau, daß Müllprobleme auch in Zukunft noch bestehen werden, und es geht hier um die Einhaltung von ganz bestimmten Bedingungen. Bedingungen, die ich heute schon genannt habe. Wir verstehen darunter die Vermeidung, die Verringerung und die Verwertung. Wenn diese Bedingungen der Müllvermeidung eingehalten werden und wenn die schon bestehenden Bedingungen für die Auswahl von Standorten eingehalten werden, ist ein derartiger Standort auch vor der Bevölkerung zu vertreten.

Ich schlage in diesem Zusammenhang zum Abschluß noch etwas vor. Wir sollten womöglich noch vor dem Einsetzen der allgemeinen sommerlichen Ermüdung eine eigene Arbeitsgruppe festsetzen – nachdem ich heute auch gehört habe, daß dieser Landtag das Thema „Müll“ zuwenig diskutiert, meine ich, daß der Ausschuß zuwenig darüber diskutiert und es überhaupt nicht so üblich ist –, eine eigene Arbeitsgruppe von Personen festsetzen, die – so bald es nur irgendwie geht – sich damit beschäftigen, den Müllkarren wieder beweglich zu machen. In dieser Arbeitsgruppe sollten unserer Meinung nach neben Beamten, die ausschließlich für dieses Thema abgestellt werden, auch die entsprechenden Fachleute von außen mitwirken, möglichst solche, die Erfahrungen aus anderen Ländern einbringen können, als Parteienvertreter mit-

wirken. Vielleicht ist es doch keine so andere Auffassung über den Weg, wie der Herr Landesrat gemeint hat. Ich kann mir vorstellen, daß insbesondere die Aufgabe der Standortfindung von Müllbewirtschaftungsanlagen, seien es Umwandlungsanlagen wie Kompostieranlagen oder seien es Deponien, sofort angegangen werden muß. Das heißt, es müssen parallel mit anderen Aufgaben die speziellen gesetzlichen Regelungen zur Müllbewirtschaftung und ähnliches in Angriff genommen werden. Ich hoffe, daß beide Änderungsanträge, der gemeinsame und der von uns jetzt eingebrachte, zur Bauordnungsnovelle, die wir heute beschließen könnten, Ihre Zustimmung bekommen. Ich danke schön!

Präsident Klasnic: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader: Frau Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich kann mich kürzer fassen, nachdem die Zuschauer bereits durch die Länge der Diskussion aus diesem Bereich vertrieben worden sind.

Ich gebe dem Herrn Landeshauptmann in seinen Ausführungen recht, die er früher getan hat, nicht in jenen, die er jetzt den Betroffenen erzählt, daß wir auf der Basis des Rechtsstaates den Menschen ihre Sorgen nehmen müssen. Ich darf aber bei der Gelegenheit den Kollegen Grillitsch bitten – Herr Kollege Grillitsch, wenn du vielleicht einen Augenblick noch wartest –, ich habe mir jetzt auch jene Passage deiner Rede ausheben lassen, die heute schon einmal hier Wellen geschlagen hat. Die lautet wörtlich, ich zitiere Grillitsch von heute vormittag: „Ich habe kein Verständnis dafür, wenn Abgeordnete dieses Hauses, die hier die Verpflichtung und das Gelöbnis abgegeben haben, für das Recht zu sorgen, dann gegen das bestehende Recht etwas unternehmen und hier querspielen.“ Du hast dann zwei Namen genannt, den Herrn Kokail von der SPÖ und mich, sowie einen Grünen Herrn, ich nehme an, es wird der Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber gemeint sein. Ich würde dich dringlich bitten – (Abg. Köllmann: „Die zwei Namen sind nicht zitiert worden!“) Zwei Namen hat er genannt. Ich kann auch weiterlesen. Ich glaube, hier muß man auch Ihren Kokail, den sozialistischen Abgeordneten zum Nationalrat, genauso wie den Grünen Herrn und den Mag. Rader meinen. Ich würde dringend bitten, lieber Herr Kollege Grillitsch, wir haben alle unseren Eid auf die Verfassung und die Gesetze geleistet, ich würde dringlich warnen davor, einem Abgeordneten in diesem Haus und auch einem Abgeordneten eines anderen Hauses zu unterstellen, daß er bewußt und absichtlich die Gesetze bricht. Ich halte das für eine Vorgangsweise, die man ganz einfach nicht wählen kann. (Beifall bei der SPÖ.) Ich habe Verständnis dafür, daß der Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, obwohl ich sein Vorgehen nicht billigen kann, auf Grund einer derartigen Unterstellung etwas gereizter reagiert, als man das üblicherweise in diesem Haus tut. Ich darf dir noch einmal sagen, ich war bei den Demonstranten in Fohnsdorf im Murwald, und ich werde wieder dort hingehen. Und niemand wird mich daran hindern, meine Damen und Herren, zumal auch durch die Aussagen des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller nicht nur die Bedenken, die wir

haben, sondern auch die Bedenken der Bevölkerung da oben vollkommen unterstrichen worden sind, denn auch er hat genau das gesagt, was wir mehrmals in diesem Haus gesagt haben und das auch den Menschen oben sagen. Sie haben höchste Bedenken gegen Deponien überhaupt. Sie haben spezifische Bedenken gegen diese Deponie da oben, und wenn diese spezifischen Bedenken nicht ein bißchen gerechtfertigt wären, dann müßte es diese neue Untersuchung nicht geben, meine Damen und Herren.

Jetzt zu dieser Novelle der Bauordnung. Es war lange strittig, und wir haben auch heute hier meiner Meinung nach eine völlig unsinnige Diskussion geführt, ob der eine jetzt einen Brief geschrieben hat mit Bescheidcharakter oder ohne Bescheidcharakter, ob solche Anlagen baugenehmigungspflichtig sind. Ich habe immer die Ansicht vertreten, sie sind es sowieso. Aber wir stellen das jetzt klar, und ich bin froh, daß es seit heute morgen auch möglich ist, daß der Antrag so intensiv lautet, daß es da wirklich keine Diskussionen mehr gibt, aber, es gibt drei Deponien, die im Augenblick die Hauptprobleme sind. Die eine ist die Deponie im Bereich Halbenrain, wo es um die Einschränkung geht, aber auch um allfällige Ausweitungen. Die zweite ist die geplante Deponie im Kaiserwald, und die dritte ist die im Augenblick Gott sei Dank gestoppte Deponie in Fohnsdorf. Ich weiß schon, wenn man diese Bauordnungsnovelle jetzt so beschließt, dann kann das möglicherweise für alle Deponien gelten, die künftig noch gebaut werden könnten. Man kann auch noch sagen, daß sie möglicherweise für jene Deponien gelten, die zwar in den anderen Genehmigungsverfahren fertig sind, Herr Kollege Dr. Dorfer, aber deren Bau noch nicht begonnen wurde. Ich bin aber sicher, und diese Meinung, lieber Kollege Dr. Dorfer, teilen auch viele namhafte Juristen, daß es auf jeden Fall bestritten werden wird, daß die Interpretation nach der Bauordnung in Fohnsdorf anzuwenden sein wird. Auch wenn jetzt der Versuch unternommen wird, mit einem neuen Feststellungsverfahren das wieder in Gang zu bringen. Ich glaube daher, daß genau diese entscheidenden Fragen, weswegen diese Novelle beschlossen wird, wie sich durch neue Gutachten und neue Interpretationen herausstellen wird, durch diese Novelle nicht betroffen sein werden. Das heißt, daß hier mit diesem Beschluß bei den Menschen Hoffnungen geweckt werden, die dann schlußendlich auch nicht eingehalten werden. Und das ist der Grund, warum ich sehr gerne jenen Antrag unterstütze, den die Kollegin Kammlander eingebracht hat, der nämlich klarstellt, daß diese Bewilligungspflicht nach Paragraph 57 Absatz 1 der Bauordnung auf jeden Fall auch Deponien trifft, mit deren Errichtung möglicherweise begonnen wurde, nämlich mit Erdverschubarbeiten, wie in Fohnsdorf oben, die aber noch nicht in Betrieb gegangen sind. Ich würde dringend bitten, wenn Sie bei den Leuten im Kaiserwald nicht Hoffnungen wecken wollen, die Sie dann schlußendlich nicht erfüllen können und dann dastehen und sagen, was können wir machen. Da ist wieder ein neues Gutachten gekommen. Wir sind ja so arm, daß Sie auch diesem Punkt hier zustimmen, damit von allem Anfang an klargestellt ist, daß damit selbstverständlich auch die geplanten Deponien im Kaiserwald und auch die geplanten Deponien in Murwald bei Fohnsdorf gemeint sind, weil sonst ganz einfach etwas anderes herauskommt, von dem Sie heute glauben,

daß es nicht herauskommen wird. Ich will Ihnen nicht unterstellen, daß Sie mit dieser Bauordnungsnovelle eine reine Augenauswischerei betreiben wollen, nämlich zwar eine beschließen, aber genau wissen, daß Sie sie hier auf die konkreten Fälle nicht anwenden können. Das möchte ich Ihnen nicht unterstellen, das kann Ihnen aber passieren, wenn wir diese Rückwirkung nicht beschließen.

Und zur Problematik der Rückwirkung, ich weiß schon, ich habe heute gehört, da entdeckt man sein Herz für die Juristerei und sagt, um Gottes Willen, das ist eine Rückwirkung und die ist gesetzestechnisch so schwierig und da soll man darauf achten, daß das nicht der Fall ist. Wir haben alle gemeinsam und mit voller Überzeugung in der letzten Sitzung des Landtages bei der Rückwirkung der Pensionsobergrenzen da viel weniger Gewissensbisse gehabt und auch bei anderen Fragen viel weniger Gewissensbisse gehabt. Ich glaube, daß man diese Gewissensbisse nicht plötzlich jetzt entdecken soll, wo es um eine Frage geht, die nicht uns interessiert, sondern die die Menschen draußen interessiert. Ich würde bitten, diese Geschichte wegzulassen.

Und zum Schluß: Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat früher erklärt, daß er genau durchgerechnet hat, daß das Inkrafttreten der erforderlichen Gesetze bei Verschweigen der Bundesregierung, das heißt, wenn sie die acht Wochen, die sie hat, ausnützt, Mitte September sein kann. Ich bestreite das nach wie vor, aber wollen wir es hoffen. Das sollte uns aber um Himmels willen nicht hindern, daß wir den Versuch unternehmen, an die Bundesregierung zu appellieren, daß sie frühzeitig auf die Achtwochenfrist verzichtet, damit die Novellen wirklich früher in Kraft treten können. Ich habe daher überhaupt nicht verstanden, warum Sie eine derartige Initiative bei der Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz früher abgelehnt haben. Ich verstehe es ganz einfach nicht. Das heißt ja nichts anderes, als daß Sie es plötzlich nicht eilig haben, sondern es Ihnen völlig egal ist, wenn die Bundesregierung sich acht Wochen Zeit läßt.

Du verstehst das nicht ganz genau, Herr Kollege. Ich sage es dir dann später noch einmal. Ich kann dir die Verfassungsbestimmungen vorlesen. Du mußt dich nicht mit allem beschäftigen. Ich würde aber meinen, daß genau der Grund, den der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller erläutert hat früher beim Abfallbeseitigungsgesetz, dieser Grund genau noch einmal gilt für die Bauordnungsnovelle, weil da haben wir es ja noch eiliger. Sonst beginnen sie im Kaiserwald auch noch zu roden, und dann geht es plötzlich auch nicht mehr, daß man die Bauordnungsnovelle anwendet und eine Verhinderung macht. Ich bringe daher nochmals genau denselben Entschließungsantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung ein, und zwar namens unserer Fraktion und namens der grünalternativen Fraktion. Im Antrag auf Novellierung der Bauordnung wird ausgeführt, daß im Zuge von drei konkreten Verfahren Rechtsunsicherheiten über die Baubewilligung von Müllbeseitigungsanlagen aufgetreten sind, die im öffentlichen Interesse raschest beseitigt werden müßten. Um das rasche Wirksamwerden dieser Novelle zur Bauordnung sicherzustellen, wird beantragt, der Hohe Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird, um das rasche Inkrafttreten der

Bauordnungsnovelle sicherzustellen, aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, gemäß Paragraph 98 Absatz 3 Bundesverfassungsgesetz sowie Paragraph 21 Absatz 4 Landesverfassungsgesetz der Kundmachung dieser Novellierung möglichst rasch, jedenfalls vor Ablauf der achtwöchigen Einspruchsfrist, zuzustimmen. Sie werden wohl nicht dagegen sein, daß wir es eilig haben!

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich finde das auch, was der Herr Grillitsch gesagt hat hier im Hohen Landtag, nämlich daß er kein Verständnis dafür hat, wenn sich Abgeordnete dieses Hauses, die hier die Verpflichtung und das Gelöbnis abgegeben haben, für das Recht zu sorgen, dann gegen bestehende Rechte etwas unternehmen und hier querspielen, daß hier der Name Kakail und Mag. Rader genannt wird und auch der Grüne Herr, finde ich eine Vorgangsweise, die natürlich dann Reaktionen hat. Sie haben das gemerkt. Ich überlege mir schon, nachdem hier überhaupt keine Aufmerksamkeit ist, wieder einmal die Sitzung unterbrechen zu lassen, damit die hohen Herren wieder anmarschieren, weil ich glaube, für viele ist schon eine sommerliche Stimmung da. Es gibt gewisse Möglichkeiten, daß man die Herren wieder hereinbewegt.

Was die Bauordnung betrifft, schließe ich mich voll an, daß eine Novelle zu dieser Bauordnung ohne Rückwirkung, das heißt für Anlagen, die noch nicht in Betrieb sind, hier gemacht wird, nicht nur eine Augenauswischerei ist, sondern ein Vorschub für die Täuschung der Öffentlichkeit und der Bevölkerung. (Abg. Kollmann: „Es wird nicht eindrucksvoller, wenn etwas wiederholt wird!“) Denn die Bauordnung sagt klar aus, daß Deponien, die aus einer Basis bestehen beziehungsweise aus einer Basisdichtung, die mit dreifacher Sicherheit auf Jahrtausende sicher sein muß aus einer sogenannten Kanalanlage zur Sickerwasserentsorgung. Und da sagt die Bauordnung unter Paragraph 57 d, bauliche Anlagen, insbesondere Kanalanlagen, sind baurechtlich zu verhandeln. Ich glaube auch, daß in der Gemeinde Fohnsdorf in der Rechtsberatung manches sozusagen hier überlegt werden müßte. Ich nenne auch hier den Herrn Stadtamtsdirektor Dr. Knittel, der jetzt, wo ein Schreiben hinausgegangen ist in Bescheidform und die Betroffenen Einspruch gemacht haben, sozusagen hintenherum wieder feststellen läßt, daß dieses Schreiben nur ein bescheidloses und formloses Schreiben war ohne Bescheidwille. Und da pflichte ich dem Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher vollkommen zu, dieses Schreiben ist natürlich ein Bescheid. Und gegen dieses Schreiben hat man auch das Rechtsmittel zu ergreifen. Und es ist möglich. Wenn ein Gemeinderat es dann wieder ablehnt in Fohnsdorf, dann bin ich überzeugt, daß er von der Rechtsberatung in der Gemeinde Fohnsdorf völlig falsch informiert ist. Ich glaube, das ist hier ganz klar einmal festzuhalten, und die Vorstellungsmöglichkeit, die jetzt die Betroffenen beim Land haben, wird ja hoffentlich klären, daß dieses Schreiben ein Bescheid war, und daher bin ich

überzeugt, daß man gar nicht viel Bescheidwille braucht, sondern es ist diesem Schreiben der Gemeinde als Bescheid Rechnung zu tragen. Das zur ganzen Situation in Fohnsdorf. Ich bin überzeugt, daß der Bürgermeister Rohr, der seit einem halben Jahr in Amt und Würden ist, sozusagen diesen ganzen Rucksack noch am Hals hat. Ich möchte es nicht verhehlen, daß in der Gemeinde Fohnsdorf Bedenken sind, daß der Herr Stadtamtsdirektor Knittel hier schon Dinge gemacht hat, die nicht sein ureigenstes Aufgabengebiet gewesen sind. Er hat damals zu der Zeit ein Realitätenbüro in Fohnsdorf gehabt, das jetzt seit zwei Jahren seine Frau leitet. Da stoßen mir die ganzen Pelzmann-Geschichten auf und daß hier nach Zeugenaussage von Landwirten dieser Stadtamtsdirektor bei der Grundauffindung, bei der Grundersatzbereitstellung bereits aktiv beteiligt war. Ich finde, ein Mann, der ein Gehalt hat wie der Bezirkshauptmann in Judenburg, daß es dessen Aufgabe ist, die Rechte der Bevölkerung zu schützen, und nicht hintenherum für den Herrn Schöffel und die MDH Ersatzgrundstücke aufzureißen. Ich sage das ganz klar, weil ich glaube, daß wir heute alle miteinander mit Dingen zu tun haben, die sozusagen hintenherum gelaufen sind, und daß darum auch diese Emotionen und auch dieses Ballspiel angefangen haben. Ich glaube, daß die Bauordnung Grund genug ist, hier den rechtmäßigen Zustand, nämlich daß hier eine Bauverhandlung durchgeführt wird, einleiten zu lassen. Ich verstehe es auch bei bestem Willen nicht, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hier wieder versucht, der Gemeinde den Ball zuzuspielen, denn es ist nicht die Gemeinde, die dieses Ansuchen um Baubewilligung drei Jahre liegengelassen hat, sondern es ist der verantwortliche Rechtsberater, und das ist der Stadtamtsdirektor. Und man soll daher nicht jetzt dem Bürgermeister Rohr den Ball hinspielen, sondern man soll klar sagen, daß der Herr Schöffel hier nicht den Rechtsweg eingehalten hat. Und bitte keinen Persilschein für diese ganze Angelegenheit! Und nicht wieder den Ball der Gemeinde Fohnsdorf, der politischen Verantwortlichkeit der Gemeinde Fohnsdorf zuzuspielen, sondern sagen Sie: Hier sind Leute in der Gemeinde Fohnsdorf, ein gewisser Herr Knittel, seines Zeichens Jurist, der das wissen mußte, und er hätte sozusagen hier das weiterleiten müssen an die Baubehörde erster Instanz. Das ist nicht geschehen. (Abg. Harmtodt: „Bitte Kürzungen!“) Ich kürze nicht, das ist für uns ganz, ganz wichtig, und ich möchte es auch im Protokoll festgehalten haben. (Abg. Harmtodt: „Das gleiche wurde schon gesagt!“) Ich habe das gleiche noch nicht gesagt, daß hier in der Gemeinde Fohnsdorf anscheinend Leute am Werk sind, die hier den Rechtsstaat bisher ausgeschaltet haben, was die Parteistellung der Betroffenen bezüglich Bauordnung betrifft. Was die ganze Deponie und vor allem das Baurechtliche bei der Deponie betrifft, selbstverständlich bin ich der Ansicht, daß bei einer Deponieanlage, auch vor allem einmal von der Widmung her, das Grundstück gewidmet werden muß, denn die Bauordnung sagt klar, gebaut werden kann in der Steiermark nur, wenn vorher eine Widmungsbewilligung erteilt wurde. Und dort sind eindeutig Dinge, die einer baurechtlichen Bewilligung bedürfen, die ganzen sanitären Anlagen, es sind dort bereits Fuhrwerke und Wagen, die mehr als drei Tage dort stehen. Da sagt die Bauordnung, die über drei Tage hinaus-

gehende Aufstellung von Fahrzeugen und anderen (Abg. Harmtodt: „Das wissen wir!“) – das wißt Ihr eben nicht, das ist das Traurige – transportablen Einrichtungen, die zum Aufenthalt oder Nächtigen von Personen geeignet sind wie insbesondere Wohnwagen, Mobilheime und Wohncontainer außerhalb öffentlicher Verkehrsflächen, Abstellflächen oder Garagen. Und daher ersuche ich gerade die Herren, die mit dem Bürgermeister Rohr guten Kontakt haben, allein wegen dieses Punktes dort den Bau einstellen zu lassen und daß hier eine Baugenehmigung gemacht wird. (Abg. Harmtodt: „Amen!“)

Amen sagt man im Gebet, ich würde sagen, es ist eine mißbräuchliche Verwendung von Dingen, die ganz woanders Platz haben. Das Wort Amen zeigt nur, daß Ihr praktisch hier Lederhosen und Hochzylinder verwechselt, und Ihr glaubt nämlich, weil in diesem sogenannten Sperrgebiet (Abg. Kollmann: „Herr Kollege, weil Sie vom Verwechseln reden: Das mit dem Stadtamtsdirektor ist falsch!“) eine Feldmesse stattgefunden hat, an der 500 Menschen teilgenommen haben, daß man dieses Ganze mit Amen abtun kann. Amen, das ist genau Eure Politik seit Jahren, und auch Herr Fuchs und Herr Harmtodt, Ihr habt Dinge mit Amen abgesegnet. Amen, da kann man nichts tun. Und darum ist das Wasser in Graz-Süd, in Leibnitz verseucht. Wir haben Probleme mit der Raab. Das Amen gehört woanders hin, aber nicht hier in das Landhaus. (Abg. Harmtodt: „Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, hast du schon etwas getan?“ – Abg. Dr. Maitz: „Außer lange zu reden hat er noch nichts getan!“) Und etwas, was ich auch hier feststelle, wenn ich hier eine fachliche Meinung abgebe und dann vom Herrn Landeshauptmann sozusagen von oben herab, ja, ja, er hat seine Meinung, ich habe es ja aufgeschrieben, ich habe meine fachliche Meinung preisgeben wollen, bitte. Das sind Dinge, die hier nicht hergehören. Außerdem gehört auch hier nicht in den Landtag, ich sage hier, daß ich nie mit einem Parteibuch der ÖVP in den Landesdienst gekommen bin. Das sind ganz arge, so von oben, so polemische Unterstellungen.

Vielmehr stelle ich fest, daß ich auf Grund meiner fachlichen Qualifikation zum Land gekommen bin und ich mich nicht – auch wenn es der Herr Landeshauptmann ist – hier runtermachen lassen werde, sozusagen daß ich nur fachliche Qualifikationen vorspiele. Ich sehe hier ein, daß hier parteipolitische Polemik gemacht wird mit Mitgliedern des Landes und des Landhauses und Abgeordneten und stelle noch einmal fest, ich bin nicht mit einem Parteibuch der ÖVP beim Land angestellt worden. Das sind Unterstellungen. Das sind Dinge, die meiner Meinung nach nicht in Ordnung sind. (Abg. Kollmann: „Herr Kollege, bitte zur Sache!“) Ich möchte feststellen, daß ich seit drei Perioden parteifreier Gemeinderat in Weinitzen bin. (Abg. Kollmann: „Zur Sache bitte, Herr Kollege!“) Ich zitiere hier wortwörtlich, der Herr Landeshauptmann hat festgestellt, er weiß, wie ich beim Land aufgenommen wurde und eine Anstellung durch seine Gnade erfolgt ist. Ich kann nichts dafür, wenn er der Landeshauptmann ist und vielleicht hier das positiv beurteilt hatte, aber nicht über ein Parteibuch. Ich möchte auch wortwörtlich den Landeshauptmann zitieren: „Der Korber hat sich hier als Fachmann ausgegeben“. Bitte, das ist

auch so eine polemische Unterstellung, denn eines steht fest, ich habe die Ausbildung und kann als Fachkundiger hier über diese Dinge sprechen. Und wenn hier Leute wie Amtskollegen von mir noch immer verteidigt werden, daß sie beste fachliche Kenntnisse an den Tag legen, dann muß ich sagen, wenn man erst am Donnerstag bei der Veranstaltung zugeben muß, daß hier der größte obersteirische Grundwassersee unter der Deponie ist, dann muß ich sagen, dann muß man sich um andere Leute umschauen. Und wenn man hier wieder zwei neue Leute nimmt vom Land als Gutachter, dann sind die wieder meiner Meinung nach weisungsgebundene Beamte. Es ist höchste Zeit, daß man hier gerichtlich beeidete Sachverständige nimmt. Denn eines steht fest, diese ganze Situation spielt rein in das Verwaltungsverfahrensgesetz. Es steht dort, daß Bescheide von Amts wegen in Ausübung des Aufsichtsrechtes von der sachlich in Betracht kommenden Oberbehörde als nichtig erklärt werden, wenn zum Beispiel der Bescheid einen strafgesetzwidrigen Erfolg herbeiführen würde. Eine vorsätzliche beziehungsweise vorhersehbare Gefährdung des Grundwassers ist eben nach Paragraph 180 bis Paragraph 182 eine fahrlässige beziehungsweise, wenn es nicht gemacht wird, eine vorsätzliche Gefährdung, und daher war es ganz wichtig, daß endlich einmal dieser Wasserrechtsbescheid aufgehoben wurde. Denn durch diese Dinge da oben, sage ich Ihnen heute noch einmal auf Grund meiner fachkundigen Kenntnisse, ist die Grundwasserverseuchung vorhersehbar programmiert und daher dies ein Tatbestand der fahrlässigen Gefährdung für Wasser und daher für Leib und Leben der Bevölkerung. (Abg. Kollmann: „Zur Sache bitte!“)

Herr Kollmann, wenn Sie das nicht kapieren, dann tun Sie mir leid. Sie sind Obersteirer, waren auch noch nicht dort. Auch Sie werden sicher die Möglichkeit haben, in das Sperrgebiet eintreten zu können, ohne gleich abgestraft zu werden. Das sind die Dinge, die ich hier sage. Es ist schade, daß der Herr Landeshauptmann nicht da ist, wenn er kommt, werde ich versuchen, mich noch einmal zu Wort zu melden, denn, ich habe das auch letztes Mal miterlebt, wenn noch heute Leute von der Forschungsgesellschaft Joanneum, die den Kindern in Graz durch Bausteinaktionen Geld herauslachselt, wo der Rechnungshof nicht einmal prüfen kann (Abg. Dr. Maitz: „Ist ja alles auf den Tisch gelegt worden!“), die noch immer hochgehoben werden, dann muß ich eben aufstehen und hinausgehen aus Protest. Das sind ungeheuerliche Dinge. Über 474.000 Schilling weiß ich bis heute nicht Bescheid (Abg. Dr. Maitz: „Aber alle anderen wissen es, nur der Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber weiß es nicht!“), und auch im Rechnungshofbericht steht drinnen, konnte nicht überprüft werden. Und diese Dinge sind ungeheuerlich (Abg. Harms: „Ungeheuerlich ist dein Auftreten!“), und ich stehe nun auf und gehe hinaus.

Daher ganz klar, es gibt hier sozusagen, es ist gesagt worden, schwarze Schafe, die dann grün werden, das sind Redensarten, die nicht in Ordnung sind. Ich bekenne mich zur ökologischen Bewegung, und ich bekenne mich dazu, daß wir versuchen werden, das Ärgste dort oben zu verhindern. Ich gestehe jeder anderen Partei zu, daß sie bereit ist, ökologisch zu

denken, und daher ist diese Polemik, die heute der Landeshauptmann mir persönlich an den Tag gelegt hat, praktisch ein Aufruf, ihn auch einmal härter hier im Landtag anzufassen. Denn oft habe ich das Gefühl, wenn er redet, sitzen Sie wie die Kaninchen vor der Schlange. Danke.

Präsident Klasnic: Als letzter Redner hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller gemeldet.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: Meine Damen und Herren, keine Angst, ich werde es kurz machen. Ich möchte trotzdem noch etwas sagen, eine Klarstellung. Ich gehe davon aus, und das betrifft vor allem den Beitrag der Frau Abgeordneten Kammländer, daß auch jetzt schon auf Grund der Bauordnung für mich gar kein Zweifel besteht, daß Deponien bewilligungspflichtig sind. Ohne Zweifel. Wenn Sie den Paragraph 57 der Bauordnung anschauen, können Sie zumindest, wenn Sie schon nicht das Wort Anlagen finden, dann unter litera f die Veränderung der Höhengelage eines im Bauland gelegenen Grundes, soweit durch die nachbarlichen und öffentlichen Interessen berührt, dafür in Anspruch nehmen oder litera g, bauliche Anlagen größeren Umfangs unter der Erde, insbesondere Schachtbrunnen, Kanalisation und dergleichen.

Meine Damen und Herren, warum wir dem einen Antrag, dem rückwirkenden, nicht zustimmen beziehungsweise nicht mitgehen? Ich möchte Ihnen das auch sagen, weil nach unserer Auffassung, und das ist durchaus die bestehende Rechtslage, in jedem Fall, noch dazu bei dieser Klarstellung, die wir heute treffen, für eine Deponie, die noch nicht in Betrieb ist, die Bauordnung gilt. Ich gehe davon aus, ich weiß, daß Sie eine andere Auffassung haben, aber ich gehe davon aus, daß sie gilt. Also daher sehe ich überhaupt kein Problem. Nicht zuletzt wäre auch jetzt schon, ich sage das nochmals ohne einen Hintergedanken, die Diskussion in Fohnsdorf hat sich ja letztlich immer insoweit auf der falschen Ebene bewegt, als der Bürgermeister jederzeit, und das gilt nicht nur für Fohnsdorf, sondern das gilt natürlich auch für Unterpremstätten, jederzeit nach der Bauordnung auch ohne Feststellungsverfahren ein Baubewilligungsverfahren durchzuführen hat. (Abg. Trampusch: „Wieso hat die Rechtsabteilung 3 nicht diese Auskunft erteilt?“) Herr Abgeordneter, das ist nie zur Diskussion gestanden, sondern der Betreiber, darf ich vielleicht das noch sagen, der Betreiber, der die Auffassung vertreten hat auf Grund des Gutachtens von den beiden Professoren Pauger und Novak, der sich auf dieses Gutachten beruft, hat behauptet, daß er eine baubehördliche Bewilligung nicht benötigt. In dem Fall mußte es die Baubehörde nicht akzeptieren. Wenn kein Antrag vorliegt, dann ist ein Feststellungsbescheid der Gemeinde erforderlich, daß sie auf Grund der Unterlagen oder der Kenntnisse, die sie hat, mit Bescheid feststellen kann, daß das Bauwerk bewilligungspflichtig ist. Ich sage es deshalb, weil diese heutige Novelle eigentlich nur eine Klarheit bringt für etwas, was nach meiner Meinung ohnedies immer geregelt war.

Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, ich muß Sie nur in einer Frage trotzdem korrigieren. Ich weiß nicht, warum Sie den Bürgermeister oben so in Schutz neh-

men, ich greife ihn auch nicht an. Von der Verfassung her ist immer der Bürgermeister verantwortlich. Wenn irgend etwas passiert in einem Amt, das mir untersteht, bin ich als gewählter Mandatar, in dem Fall als Regierungsmitglied, verantwortlich, auch wenn es ein Beamter unterschreibt. (Abg. Trampusch: „Wer war für Hofrat Zwittig und für sein Gutachten verantwortlich?“) Herr Kollege, ich glaube, Sie haben die entsprechende Antwort im Vorjahr bekommen. Sie ist klar genug. Es wird von ihm in dieser Frage nichts unterschrieben. Ich wollte das abschließend sagen. Ich bin im übrigen trotzdem froh, daß der Landtag heute diese Klarstellung beschließt, damit jeder Zweifel in Zukunft ausgeschlossen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wegart: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Der Gemeinde-Ausschuß hat beschlossen, den Antrag zu stellen, den Gesetzesbeschluß, betreffend die Novellierung der Steiermärkischen Bauordnung gemäß Paragraph 42 Absatz 2 des Landesverfassungsgesetzes 1960 in Verbindung mit Paragraph 60 des Volksrechtgesetzes, als dringlich zu erklären. Gemäß Paragraph 60 Absatz 2 werden dringlich erklärte Gesetzesbeschlüsse, unbeschadet der Durchführung einer Volksabstimmung, verlautbart.

Vorgelegt wurde von den Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka, Schwab, Kammländer, Dipl.-Ing. Dr. Korber, Mag. Rader, Weilharter, Sponer und Trampusch gemäß Paragraph 34 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ein Abänderungsantrag.

Weiters eingebracht wurde von den Abgeordneten Kammländer, Dipl.-Ing. Dr. Korber, Mag. Rader und Weilharter gemäß Paragraph 34 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ebenfalls ein Abänderungs- und Zusatzantrag.

Außerdem liegt noch ein Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammländer zur Bauordnung vor.

Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Fuchs, Grillitsch, Dr. Lopatka, Schwab, Kammländer, Dipl.-Ing. Dr. Korber, Mag. Rader, Weil-

harter, Sponer und Trampusch zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 248/2, Beilage Nr. 18, abstimmen.

Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Nun lasse ich über den Abänderungs- und Zusatzantrag der Abgeordneten Kammländer, Dipl.-Ing. Dr. Korber, Mag. Rader und Weilharter zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 248/2, Beilage Nr. 18, abstimmen.

Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Das ist die Minderheit.

Somit gilt dieser Antrag als abgelehnt.

Nunmehr lasse ich über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 248/2, Beilage Nr. 18, beziehungsweise über den darin enthaltenen Gesetzestext abstimmen.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Nunmehr lasse ich über den Antrag, den Gesetzesbeschluß als dringlich zu erklären, abstimmen.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich gehe jetzt nun zur Abstimmung über den Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammländer über.

Wer diesem Beschlußantrag die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Beschlußantrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden und ist somit abgelehnt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Ich darf auf diesem Weg allen hier Anwesenden erholsame Ferien wünschen.

Die nächste Sitzung wird wieder auf schriftlichem Weg einberufen.

Die Sitzung ist damit geschlossen. (Ende der Sitzung: 17.50 Uhr.)